

NORDENSTADT-NACHRICHTEN

7. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert Dez. 1982/Jan. 1983

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

Die Förderstufe für alle

Auch unter der Elternschaft in Nordenstadt ist ein großes Informationsbedürfnis festzustellen, wie es zu Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1983 für die Schüler der vierten Schuljahre weitergehen soll. Aus diesem Grund haben wir die Schulleiterin unserer Grundschule in Nordenstadt, Frau Gabriele Bothe-Scheffler, um Auskünfte zum Thema "Förderstufe" gebeten. Hier unser Gespräch mit Frau Bothe-Scheffler:

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wie Sie wissen, besteht zur Zeit ein Rechtsstreit zwischen Stadt und Land in Sachen Förderstufe, der noch nicht entschieden ist. Informationen können darum sicher nur sehr allgemein gegeben werden. Aber nehmen wir an, dieser Rechtsstreit wird für die Einführung der flächendeckenden Förderstufe positiv entschieden. Was bedeutet dies dann für unserer Nordenstädter Schüler?

Frau BOTHE-SCHEFFLER:

Zunächst ist zu sagen, daß die Förderstufe als Verbindung zwischen Primarstufe (Grundschule) und den aufbauenden weiterführenden Bildungsgängen der Sekundarstufe I zu sehen ist, die die Jahrgangsklassen 5 und 6 umfaßt. Am Ende dieser Förderstufe können Eltern ohne Einschränkung der abgebenden Schule den weiteren Bildungsweg ihres Kindes bestimmen. Konkret heißt das für unsere Schüler aus Nordenstadt, daß sie zunächst weitere zwei Jahre gemeinsam in dieser Schule besuchen. Über die Standorte der Förderstufe können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültigen Aussagen gemacht werden. Hier ist letztendlich die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung zuständig. Man kann aber mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß für Nordenstadt Erbenheim als Standort festgelegt werden wird.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Nun wird ja von den Gegnern der Förderstufe immer wieder als Argument angeführt, dabei handele es sich um eine rein "ideologisch-politische" und nicht um eine "pädagogisch motivierte" Maßnahme. Deshalb an Sie die Frage, was will man mit einer flächendeckenden Förderstufe eigentlich erreichen?

→ S. 4

„Wir wünschen unseren
Lesern ein gesundes
und erfolgreiches Jahr



1983



BÜRGER GEGEN HUBSCHRAUBER IN ERBENHEIM

Bereits 3.000 Unterschriften gegen die Stationierung von Hubschraubern in Erbenheim sammelten die verschiedenen Initiativgruppen "Bürger gegen Hubschrauber in Erbenheim". Darin drückte sich die Sorge der von diesen Plänen betroffenen Mitbürger über die weitere Belastung unserer Region aus, erklärte ein Sprecher dieser Gruppe. Es sei daher nicht verwunderlich, daß kurz nach Bekanntwerden der Pläne über die Reaktivierung des Erbenheimer Flughafens sich Gruppen konstituierten, die alles daran setzten, dieses Vorhaben zu verhindern. Auch die SPD-Nordenstadt beteiligt sich hierbei.

Vertreter dieser Bürgerinitiativen aus Delkenheim, Erbenheim, Hochheim, Hofheim, Massenheim, Nordenstadt und Wallau trafen sich Ende Dezember 1982 um über das weitere Vorgehen zu beraten und über die stattgefundene Demonstration der angeblich geräuscharmen Hubschrauber zu sprechen.

Bei dieser Demonstration wurde den Teilnehmern der Hubschrauber "Black Hawk" vorgestellt. Diese Vorstellung beschränkte sich nach Auffassung von Teilnehmern auf allgemeine Beschwichtigungen über die angeblich geringe Anzahl der zur Stationierung vorgesehenen Fluggeräte und auf die damit verbundenen geringen Flugbewegungen. Bei der Demonstration wurden die vorgestellten Hubschrauber im Abstand seitlich an den Beobachtern vorbeigeführt.

Ein Teilnehmer: "Das Lärmempfinden beim seitlichen Vorbeiflug ist weitaus geringer als wenn der Hubschrauber direkt über die Gruppe geflogen wäre.

Aus eigenen Anschauungen bei bisher stattgefundenen Manövern ist festzustellen, daß bei direktem Überflug das Schlagen der Rotorblätter zu einer starken Erschütterung des Bodens führt und mit erheblicher Lärmbelastung einhergeht. Die Demonstration war so angelegt, daß dieser Eindruck nicht entstehen sollte."

→ S. 2

NACHDENKLICHES ZUM JAHRESWECHSEL

.... Doch hoffentlich bleibt uns der Frieden.

Je enger die Wege werden, um so stärker wird das Bemühen, sich auf Ellbogen-
distanz zu halten, und um so schmerz-
licher wird der verbleibende Platz auf-
geteilt. Auf der Strecke bleiben die
Schwachen, die nicht mehr die Kraft
haben, sich mittels ihrer Ellbogen
Lebensraum zu erhalten. Dies trifft
erschreckenderweise innen wie außen,
oben wie unten auf unserem Globus zu.

Wer nicht für uns ist, der ist gegen
uns, lautet die Devise. NATO oder
OSTBLOCK. Und wer sich da nicht an-
schließt, hat kaum eine Chance. Eine
Rakete nach da gerichtet, richtet
eine Rakete zurück. Und Hunger im
Lande hat auch noch nie Zufriedenheit
gebracht. Schwarzafrika ist da beson-
ders hart betroffen.

Wer jedoch Öl oder gar Uran hat, wird
es hinfließen, hinspalten lassen zu
den Ruhe-Garanten, den sogenannten
Freunden.

In der Bundesrepublik ist es zur Zeit
besonders deutlich zu sehen, wie Ent-
wicklungspolitik jetzt mit "Sicher-
heitsfragen" der NATO verknüpft wird.
Doch was heute wie ein Schneeball
nach Afrika geworfen wird, kann viel-
leicht schon morgen als Lawine zurück-
kommen.

Die Arbeitsplätze bei uns sind zunehmend
vom Export abhängig. Der Inlandsmarkt
ist gesättigt. Die Brauereien beschwe-
ren sich, die Zigarettenhersteller be-
schweren sich, die Kühlschränke sind
auch nicht mehr zu verkaufen! Und trotz-
dem sind wir nicht bereit, eine
Schachtel Zigaretten mehr zu rauchen,
einen Kasten Bier mehr zu leeren, oder
gar uns einen zweiten, dritten Kühl-
schrank anzuschaffen. Ja, was glaubt
Ihr denn, Ihr Bundesbürger? Glaubts
Wachstum produziert sich von selbst?
Es gibt von allem zuviel, es will nichts
kaputtgehen und keiner kommt auf den Ge-
danken, einfach alles wegzwerfen. Was

bleibt? Vielleicht eine kleine konven-
tionelle Auseinandersetzung? Oder die
Neutronenbombe? Nein, die nicht, denn
die vernichtet ja nur Menschen, Kühl-
schranke läßt sie ja heil.
Was dann? Klar: Pershing II gegen SS 20.

In der Einleitung zum Verteidigungshaus-
halt 1983 der Vereinigten Staaten von
Amerika heißt es:

"US defense policies ensure our pre-
paredness to respond to and, if neces-
sary, successfully fight either conven-
tional or nuclear war." Das heißt zu
deutsch, daß die US-Verteidigungspolitik
die Vereinigten Staaten in die Lage ver-
setzen soll, auf jede Herausforderung
zu antworten und wenn nötig, einen kon-
ventionellen oder nuklearen Krieg mit
Erfolg zu führen. Das Wort Abschreckung
kommt da nicht mehr vor!

Was ist eine Herausforderung?

Ich für meine Person habe Angst, den
zweiten Kühlschrank nicht zu kaufen,
es könnte ja falsch verstanden werden.

Will man etwas über Frieden schreiben,
so muß man etwas vom Kriegshandwerk
verstehen - das habe ich gelernt.
Steht Ihnen einer mit einer Pistole
gegenüber und sagt, Hände hoch, so ist
das eine äußerst unangenehme Situation.
Stehen Sie aber mit einer Pistole in
der Hand dem gegenüber, der Hände hoch
gesagt hat, so bricht beiden schnell
der Schweiß aus und läuft über die
Stirn in die Augen. Wer dann zuerst
blinzelt, wird erschossen. Bei solchen
Vorstellungen raubt's mir den Schlaf!
Diese Situation im übertragenen Sinn
wird eintreten, wenn Ende 1983 mit der
Stationierung der Pershing II in der
Bundesrepublik begonnen wird. Fünf
Minuten - ohne aufzutauchen - nur,
dann hat sie das entfernteste Ziel in
der Sowjetunion erreicht. Sie wird
als Gegenwaffe zur SS 20 ausgegeben.
Ist sie das tatsächlich?

Ist sie nicht eher Bestandteil dieses
Konzepts, einen Atomkrieg - wenn nötig
- mit Erfolg zu führen? Die Pershing
paßt in das Bild, das man in den USA
mit dem Wort "decapitation" (Enthauptung)
beschreibt. Sie kann ohne Vorwarnung,
ohne Voraufklärung die wichtigsten
Kommandostränge der Sowjetunion bis
zum Kreml hin zerschlagen.
Abschreckung?

Die Vereinigten Staaten haben heute
bereits 50 Prozent ihrer Interkontin-
entalraketen praktisch unverwundbar
auf U-Booten stationiert, während
80 Prozent aller sowjetischen Raketen
landgesetzt, also verwundbar sind.

Galt ohne Stationierung der Pershing II
noch uneingeschränkt die nukleare Ver-
pflichtung der USA, bei einem atomaren
Angriff von ihrem eigenen Territorium
aus mit Atomraketen zurückzuschlagen,
so eröffnen sich durch eine hiesige
Stationierung neue Möglichkeiten, den
Kriegsschauplatz weitgehend auf Europa
zu begrenzen. Wie sehr man sich auf
diese Stationierung in den USA bereits
verläßt, zeigt meiner Meinung nach der
neue Vorschlag von Präsident Reagan,
seine Superrakete MX in Klumpen auf-
zustellen und Geld zu sparen, das man
ohnehin nicht hat.

Wird hier Schach gespielt? Zwei Könige
allein auf dem Brett garantieren ja
ein sicheres Remis.

Die Automatismen des NATO-Doppelbe-
schlusses beginnen zu greifen. Unseren
Kopf zwar in der Schlinge, sitzen wir
nicht am Verhandlungstisch! Ein ungutes
Gefühl. Einer Autorität wie Helmut
Schmidt hätte ich ja zugetraut, da Ein-
fluß zu nehmen. Auch einem Kanzler
Vogel mit Schmidt als Ratgeber und ei-
nem SPD-Parteitag, der über die Genfer
Verhandlungen einer Stationierung oder
Nichtstationierung noch beschließen
muß, im Rücken, nehme ich ernsthaften
Einfluß ab.
Aber einem Mann wie Kohl, der bei je-
der Rede Reagans untertänig daneben-
steht und an den falschen Stellen nickt,
traue ich nicht zu, den richtigen Weg
aus dem NATO-Doppelbeschluß zu finden.
Eine Null-Lösung - ohne Bedrohung -
wie wir es uns wünschen, ist nicht in
Sicht. Weihnachten ist schon vorbei,
erst wieder 1984!

Mir ist nicht wohl in meiner Haut,
aber Neuseeland nimmt ja auch keine
deutschen Einwanderer mehr auf.

Nichts wird mehr so sein, wie es war.
Doch hoffentlich bleibt uns der Frie-
den!

H.P.Sch.

ÖFFENTLICHE DISKUSSION

Freitag, 14. Jan. 1983, 19 Uhr, im Tattersall,
Wiesbaden

Eingang Lehrstraße

mit Johan van Minnen (MdEP), Niederlande
Gerard Fuchs (MdEP), Frankreich
Heidemarie Wiczorek-Zeul (MdEP), BRD
Teilnehmer aus der DDR und aus Polen
Diskussionsleitung: Anton-Andreas Guha
Lieder von Hein und Oss



Veranstalter: Jungsozialisten Hessen-Süd, SPD Wiesbaden

BÜRGER GEGEN HUBSCHRAUBER IN ERBENHEIM

Eine Lärmmessung zur objektiven Beur-
teilung der Lärmmission fand weder
an leerlaufenden noch an fliegenden
Hubschraubern statt. Zur Beruhigung
der Teilnehmer wurde jeweils nur von
der Mindestflugdauer von 15 Stunden
pro Monat und Hubschrauber gesprochen.

Nach Informationen, die der Bürger-
initiative zugespielt wurden, ist eine
Stationierung von 135 Hubschraubern
und 20 mehrmotorigen Militärflugzeugen
beabsichtigt. Die Stationierung der
bisher genannten 15 neuen (zu den vor-
handenen 5) Hubschraubern sollte nur
der Anfang sein. Die Infrastruktur
des Flughafens Erbenheim bestätigt die-
se Information.

Die Bürgerinitiative "Bürger gegen
Hubschrauber in Erbenheim" waren sich
einig, daß der Widerstand im Interesse
der betroffenen Bevölkerung fortgesetzt
werden muß.

Weitere Aktionen sind für den Januar
geplant, so u.a. eine Informationsver-
anstaltung am

Mittwoch, 19. Januar 1983 um
20 Uhr im Bürgerhaus Delkenheim,

zu der auch die Nordenstädter Bevölke-
rung eingeladen ist.

Mit Betroffenheit nahmen die Vertreter
der verschiedenen örtlichen Initiativen
von der Stellungnahme des Oberbürger-
meisters der Landeshauptstadt Wiesbaden
Kenntnis, in der es u.a. heißt, daß er
nicht in der Absicht des Magistrats
liege, die Stationierung von Hubschrau-
bern auf dem Erbenheimer Flugplatz zu
verhindern. Der Magistrat und an seiner
Spitze der OB Jentsch setzen sich damit
über die Belange der betroffenen Bürger
hinweg. Die Initiativen bedauern es
sehr, daß ein geschlossenes Auftreten
für die Lebensinteressen der Bewohner,
wie es z.B. in Friedberg der Fall ist,
in unserer Region nicht vorhanden ist.

WW

Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten: Hans-Jochen Vogel

„Das ist eine sehr kantige Persönlichkeit, und er weiß, daß er schon manchen mit seiner Kantigkeit verletzt hat. Und er wird sich trotzdem nicht ändern. Das ist ein Mann mit hoher eigener Urteilskraft, und er wird seine eigene Urteilskraft nicht verstecken. Er ist ein Mann mit rigoroser politischer Moral und davon wird ihn auch keiner abbringen, Gott sei Dank. Insgesamt: Kein einfacher Mann, das werdet ihr noch erleben. Aber gerade deshalb ist er geeignet, ist er ein hervorragender Mann“, so Helmut Schmidt auf der Bundeskonferenz der Sozialdemokraten Mitte November in Kiel über den Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel.

Sowohl der Parteivorstand der SPD als auch die Bundeskonferenz in Kiel wählten Vogel einstimmig zum neuen Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten.

Hans-Jochen Vogel, 1926 in Göttingen geboren und von Hause aus Jurist, hat wichtige politische Stationen durchlaufen, die ihn geprägt haben. Als Oberbürgermeister von München hat er in zwölf Jahren breite Zustimmung gerade bei den Arbeitnehmern gefunden. Als Bundesminister in Bonn hat er insbesondere zur Zeit der gefährlichsten terroristischen Herausforderung entscheidend dazu beigetragen, daß der liberale Rechtsstaat auch unter extremen Bedingungen keinen Schaden nahm. Und zuletzt in Berlin hat er seine Führungsfähigkeit dadurch bewiesen, daß er eine Linie entwickelte, an der sich der Weizsäcker-Senat zum Teil noch heute orientiert. Er hat dort geholfen, die schwierigen gesellschaftspolitischen Konflikte, die vor allem die Jüngeren umtreiben, mit politischen Mitteln zu überwinden.

Auf der SPD-Bundeskonferenz in Kiel nannte Vogel die Hauptpunkte des künftigen SPD-Programmes: „Wir wollen vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen; wir wollen den äußeren Frieden sichern und alles uns Mögliche tun, damit der Rüstungswetlauf ein Ende findet; wir wollen den Frieden auch mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten; wir wollen die Liberalität und die Schutzfähigkeit unseres Rechtsstaates behaupten und wir wollen den sozialen, den inneren Frieden bewahren“.

Allen Presse-Spekulationen um seine politische Identität setzte Vogel schon früh ein Ende: „Ich bin weder ein Brandt- noch ein Schmidt-Mann. Ich bin Hans-Jochen Vogel und – bei allem Respekt vor den großen Leistungen der beiden Männer und bei allem Willen zur Kontinuität – mit meiner Nominierung der Mann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

„Im eigenen Land gilt es, der Arbeitslosigkeit durch einen vernünftigen Ausgleich zwischen Staatsverschuldung, Haushaltskonsolidierung und Erhaltung der Massenkaukraft, durch Verkürzung der Arbeitszeit auf allen drei Ebenen und durch Beschäftigungsprogramme und Investitionsanreize entgegenzuwirken, und dabei die sich ändernden Berufsstrukturen im Auge zu behalten. Die neue Regierung vermindert durch Kürzungen im Bereich der Einkommen der sozial Schwächeren, die zu einem hohen Prozentsatz unmittelbar für den Lebensunterhalt ausgegeben werden, und durch Abgabenerhöhungen die Kaufkraft schon jetzt um mindestens 16 Milliarden DM. Das ist nicht nur sozial bedenklich. Es ist auch wirtschaftlich kontraproduktiv.“

„Eine sozialdemokratische Regierung wird auch sparen müssen. Sie wird darüber hinaus auf dem Gebiet der sozialen Sicherung, einen neuen, dauerhaften Ausgleich zwischen den Generationen anstreben, der dem ständigen Hin- und Herrangieren zwischen den Sozial-



systemen einerseits und dem Bundeshaushalt andererseits ein Ende macht. Aber sie wird dabei die Gebote der sozialen Gerechtigkeit beachten und die Einkommensstärker stärker und nicht schwächer heranziehen als die mit den geringeren Einkommen. Ergänzungsabgabe, Begrenzung des Vorteils aus dem Ehegatten-Splitting, Abschaffung des Kinderbetreuungsfreibetrages sind hier Stichworte, bei denen es allein schon um ein Volumen von vielen Milliarden DM geht.“

„Lange haben wir den Frieden als etwas Selbstverständliches hingenommen. Heute wissen wir: Er ist es nicht. Er muß immer auf's neue errungen und gesichert werden. Und das in einer Welt, in der mindestens 20.000 nukleare Sprengkörper aufgehäuft sind.“

„All unser Mühen muß aber künftig darauf gerichtet sein, das Wettrüsten in Ost und West zu stoppen, vertraglich vereinbarte Rüstungskontrolle und Rüstungsverminderung zu erreichen und so endlich den Prozess der weltweiten Aufrüstung umzukehren.“

„Noch ein Wort zur Friedensbewegung. Herr Kohl hat am Vorabend seiner Reise in die Vereinigten Staaten gesagt, es gebe sie gar nicht. Ich glaube, da irrt er sich. Es gibt sie. Und nicht nur bei uns. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was die Anhänger dieser Bewegung sagen. Manches ist einseitig; und auch ungerrecht. Aber Politiker in der Verantwortung, die sich um den Frieden bemühen, sollten diese Bewegung nicht als Gegner ansehen, sondern als Bundesgenossen. Als mitunter unbequemen, manchmal die Grenze zwischen Wunsch und Wirklichkeit überschreitenden Bundesgenossen, aber eben als Bundesgenossen, und nicht als Gegner.“

„So wie der König Midas der Sage nach schließlich verhungerte, weil ihm alles zu Gold wurde, was er anrührte, so ist Herr Genscher seinem politischen Ende nahe gekommen, weil ihm alles zur Taktik gerät, was er anfaßt und was er in die Hand nimmt. Prinzipien, Grundsätze, selbst Versprechen stehen ihm da nur zeitweise im Wege.“

Initiative: Bürger gegen Hubschrauber-Stationierung in Erbenheim



Jetzt sollen sie kommen! Hubschrauber nach Erbenheim!

Dies bedeutet für die Bevölkerung zusätzliche Lärmbelästigung durch Übungsflüge, Tiefflüge und Warmlaufen der Hubschrauber.

Nach den Erfahrungen an Hubschrauberstandorten ist mit 35—70 Tausend Flugbewegungen zu rechnen, einschließlich der Nachtflüge.

Die Grenze des Erträglichen wird damit weit überschritten.

Wieder einmal soll auf die Lebensinteressen der hier wohnenden Bürger keine Rücksicht genommen werden, und mitten in einem dichtbesiedelten Raum ein zusätzliches militärisches Ziel errichtet werden.

Wir wehren uns! Helfen Sie mit Ihrer Unterschrift die Stationierung zu verhindern!

Ich protestiere gegen die beabsichtigte Stationierung von Hubschraubern auf dem Erbenheimer Flugplatz!

Name:
 Anschrift:
 Unterschrift:

Bitte ausschneiden und abgeben oder einsenden bei:

- Dr. Siegfried Brill, Schleier Straße 97
- Wolfgang Spangenberg, Fasanweg 9
- Willi Schumacher, Hunsrückstraße 56
- Nils Jensen, Horchheimerstraße 1 e

oder bei einem der Redaktionsmitglieder.

Wenn Bürokraten entbürokratisieren

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Ortsbeiräte

Mur die SPD ist für die Beibehaltung der Bürgerbeteiligung bei Baugenehmigungen für Großbauprojekte.

Einen entsprechenden Antrag lehnte der Nordenstädter Ortsbeirat mit den Stimmen von CDU und FDP ab. Das Abstimmungsverhalten der FDP im Ortsbeirat war, wenn man auf die Diskussion über die Erstellung von Bebauungsplänen für den Nordenstädter Ortskern zurückblickt, im höchsten Maße unverständlich. Hier machte sich anscheinend die "Bonner Wende" auch bemerkbar.

Worum geht es bei diesen Richtlinien?

In der Vergangenheit, konkret waren es 29 Fälle, mußten Ortsbeiräte befragt werden, wenn Bauvorhaben erhebliche Belange von Bürgern und Ortsbeiräten betrafen. Der "normale" Bauwillige mit seinem Einfamilienhaus wurde und wird von dieser Richtlinie überhaupt nicht betroffen. Die Körperschaften waren bisher auch einzuschalten, wenn bei Maßnahmen im Innenstadtbereich die Bau- summe über 1,5 Millionen Mark betrug. Diese Grenze liegt nun bei 3 Millionen Mark. Zudem sollen Ortsbeiräte nur noch befragt werden, wenn Einzelkulturdenkmäler betroffen sind, oder wenn es sich um den Abbruch von Wohnungen innerhalb des erweiterten historischen Fünfecks handelt.

Begründungen der CDU für die neuen Richtlinien, Abbau überflüssiger, bürokratischer Hemmnisse im Interesse der Bauwilligen.

In Wahrheit ist diese Demontage von Bürgerbeteiligung nur ein weiterer Schritt in Richtung Abschaffung der Ortsbeiräte. Die Wiesbadener Ortsbeiräte sind ohne Zweifel die schnellste Entscheidungsin- stanz. Wenn nötig, werden sogar Sonder- sitzungen mit verkürzter Ladefrist durch- geführt, um wichtige Entscheidungen zu treffen. Interessant in diesem Zusammen- hang ist, daß die Mehrheit (CDU und FDP) im Nordenstädter Ortsbeirat sich als "Verschlepper" sieht.

Natürlich ist die Argumentation mit der Entbürokratisierung im Augenblick sehr griffig. Hört man doch ständig, daß In- vestitionen und damit der mögliche Auf- schwung unserer Wirtschaft durch Ver- schleppung und ständige Einsprüche ir- gendwelcher Instanzen blockiert würden. Ohne Zweifel hat man jedoch am falschen Ende der Kette mit der Entbürokratisie- rung angefangen. Ortsbeiräte können bürgerfreundliche Entscheidungen inner- halb von zwei Wochen fällen, die städti- sche Verwaltung braucht trotzdem noch ein Jahr. Das Baugenehmigungsverfahren wird nicht einen Tag schneller werden, jedoch erspart man den Bürgern unnötige Aufregung, denn die erfahren erst durch das Bauschild oder die anrückenden Pla- nierräupen, daß nebenan ein Tenniszen- trum oder ein Hotel mit Discothek ge- baut wird.

W.Sp.



Die Förderstufe für alle



► F Ö R D E R S T U F E

Frau BOTHE-SCHEFFLER:

Kurz gesagt: damit soll die Entscheidung über die Schullaufbahn eines jeden Kindes auf einer verlässlicheren Grundlage gestellt werden. Ausführlicher kann ich dazu sagen, daß die Förderstufe zwei grund- legende Ziele hat: sie soll o r i e n t i e r e n und sie soll f ö r d e r n.

Orientieren heißt hier: eine Festlegung auf bestimmte Bildungsgänge soll erst zwei Jahre später getroffen werden, um eine größere Chance zu haben, die Lern- und Leistungsfähigkeit des Schülers g e n a u e r festzustellen. Man will hier über geeignete Unterrichtsfächer und Lernangebote behutsam an die Anforderungen und Arbeitsweisen der Mittelstufe heranführen.

Das zweite Ziel - zu fördern - beinhaltet zwei Komponenten: eine erzieherische und eine auf die individuelle Begabung eines jeden einzelnen Schülers abgestellte.

Erzieherisch soll die Förderstufe immer dort sein, wo sie es den Schülern aller Schichten ermöglicht, gemeinsam und in gegenseitiger Hilfestellung von- und mit- einander - also sozial - zu lernen. Ähnliche Argumente spielten bereits bei der Einführung der allgemeinen Grundschule zu Beginn der Weimarer Republik eine ent- scheidende Rolle.

Um aber auch die individuelle Begabung eines jeden Schülers zu berücksichtigen, soll durch die Bereitstellung differenzierter Unterrichtsangebote, das heißt Lerninhalte auf unterschiedlichem Niveau, diesen Begabungen, Neigungen und In- teressen des einzelnen Schülers Rechnung getragen werden.

Für die Realisierung dieser Art von Förderung bedarf es dann eben der Organi- sationsformen einer innern und äußeren Differenzierung. Man spricht da von Kern- und Kursunterricht.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Können Sie unseren Lesern denn diese Organisationsformen etwas genauer schildern bzw. verständlich machen?

Frau BOTHE-SCHEFFLER:

Zunächst einmal ist der Unterricht in einer Förderstufe in einen sogenannten Kern- und einen Kursunterricht aufgegliedert.

Als Kernunterricht bezeichnet man den Unterricht, der im heterogenen Klassen- verband stattfindet. Er betrifft die Fächer: Gesellschaftslehre, Deutsch, Naturwissenschaften, Sport, Religion, Polytechnik/Kunst, Musik.

Dabei sollen die Schwerpunkte Deutsch, Gesellschaftslehre und Naturwissen- schaft möglichst fächerübergreifend und epochal (über einen länger dauernden Zeitabschnitt) unterrichtet werden. Das heißt dann konkret, daß jeweils für etwa 1 - 3 Wochen eine bestimmte Fragestellung aus einem der drei genannten Bereiche im Mittelpunkt steht, bei der eine innere Differenzierung zum Unter- richtsprinzip erhoben wird. Das bedeutet, daß ein Gesamtthema dann in verschie- dene Teilthemen mit differenzierten Aufgabenstellungen und unterschiedlichen Leistungsanforderungen aufgegliedert wird.

Das bedeutet, daß damit auch den unterschiedlichen Neigungen und Interessen der Kinder begegnet werden kann.

Beim Kursunterricht dagegen handelt es sich um eine Maßnahme der sogenannten äußeren Differenzierung in der ersten Fremdsprache (in der Regel Englisch) und in Mathematik. Hier werden aus mehreren Parallelklassen eines Jahrgangs Lern- gruppen zusammengestellt, die in sich möglichst gleich leistungsstark sind. Dabei sind noch Zweier- bzw. evtl. auch Dreierdifferenzierungsmöglichkeiten im Gespräch.

Wichtig ist sicher hier darauf hinzuweisen, daß die Entscheidung über die Art der Differenzierung die einzelnen Schulen in Zusammenarbeit mit dem Schul- elternbeirat treffen. Also die Eltern hier eine Mitsprachemöglichkeit haben.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wenn wir uns das so anhören, dann ist doch da wieder sehr von einem dreigeteilten Schulsystem die Rede?

Frau BOTHE-SCHEFFLER:

Nein, das können Sie so nicht sehen. Denn der Anspruch, der sich mit Förder- stufe verknüpft, ist der einer großen Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Fachleistungskursen. Um hier Über- bzw. auch evtl. Unterforderungen zu vermeiden, kann ein Schüler bei veränderten Leistungen jederzeit in einen anderen Kurs mit höherem oder niedrigerem Anspruch umgestuft werden. Hier geben sogenannte Stütz- oder Liftkurse entsprechende Hilfestellung.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Nachdem Sie uns ja nun über die "Technik" dieser Schulform etwas aufgeklärt haben, möchten wir Sie zum Schluß doch noch fragen, welche Erwartungen Sie als Grundschulpädagogin in eine obligatorische Förderstufe setzen?

Frau BOTHE-SCHEFFLER:

Grundsätzlich muß ich dazu sagen, daß man sicher keine Schule nach ihrem theoretischen Konzept beurteilen kann. Es gilt auch hier die praktische Rea- lisation abzuwarten.

Die Qualität einer jeden Schule und schon gar einer solchen, mit den geschil- derten hohen Anforderungen an Bildung und Erziehung, wird mit Sicherheit sehr stark vom theoretischen Fundus und dem praktischen Geschick der in ihr arbei- tenden Lehrkräfte abhängig sein.

DIE SONDERSEITE



**HERZLICHEN
GLÜCKWUNSCH !**

WILLI SCHUMACHER



STRASSENREINIGUNG

Das Thema STRASSENREINIGUNG war einer der Diskussionspunkte der letzten Sitzung des Ortsbeirates im Jahre 1982. Bereits in der Ausgabe Oktober/November 1981 erschien in den NORDENSTADT NACHRICHTEN der nachfolgende Artikel zu diesem Thema, den wir der Nordenstädter Bevölkerung hier nochmal in Erinnerung bringen wollen:

Es gibt in Nordenstadt, vom Gewerbegebiet einmal abgesehen, keine öffentliche Straßenreinigung. Bürgersteige und Fahrbahnen müssen von den Anliegern selbst gereinigt werden. Dieses Prinzip, in der ehemals selbständigen Gemeinde ohnehin eine Selbstverständlichkeit, ist auch nach der Eingliederung in die Stadt Wiesbaden gültig geblieben.

Aber mit der Parxis hapert es. Und zwar in den Neubaugebieten. Im alten Ortskern kann man samstags sehen, daß die Reinigungspflicht durchweg korrekt befolgt wird. In den Neubaugebieten ist dies viel seltener der Fall. Woran liegt das? Zum einen daran, daß viele Neubürger gar nicht wissen, daß sie zur Straßenreinigung verpflichtet sind. Zum anderen ist oft wohl auch unklar, wer für welches Straßenstück verantwortlich ist. In beiden Fällen wäre es gut, wenn die Anlieger offiziell darüber informiert würden, wozu sie im Einzelfall verpflichtet sind.

Ein besonderes Problem sind die Baustellen. Hier werden Straßen oft in außergewöhnlichem Maße verschmutzt. Die Verursacher lassen den Dreck auch schon mal liegen oder begnügen sich mit einer nur oberflächlichen Reinigung. Bei solchen Mißständen hilft am ehesten die "Umweltstelle" des Stadtreinigungsamtes. Zu erreichen ist sie unter der Rufnummer (06121) 31882 und 318814. S.B.



Unser Bild zeigt die Gratulanten Rudi Schmitt, SPD Bundestagsabgeordneter, Paul Hüllenhütter, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Nordenstadt, Alois Olbrich, Ortsvorsteher, und Wolfgang Kiehne, Geschäftsführer der SPD-Hessen, die anlässlich des 70. Geburtstages von Willi SCHUMACHER ihre Glückwünsche überbrachten.

Frohe Stunden für Nordenstadt's Senioren★

Großen Anklang fand auch diesmal wieder der von der SPD Nordenstadt ausgerichtete Alternachmittag Anfang Dezember 1982.

Wesentlich geprägt wurde die Veranstaltung von der FALKEN-Gruppe Nordenstadt unter der Leitung von Gabi Wahler und Gertrud Jensen. Ein zum Nachdenken anregendes Theaterstück "Gemütliches Weihnachten" gab den Schwerpunkt des Nachmittags. Den festlichen Rahmen bildeten Musikdarbietungen und Gedichtvorträge, die vom fleißigen und eifrigen Üben der Kinder zeugten.

Rudi Schmitt, Bundestagsabgeordneter der SPD, und langjähriger OB Wiesbadens und Horst Winterstein, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, wurden herzlich begrüßt und dankten mit vielbeachteten Grußworten.

Ein herzliches Dankeschön den FALKEN, den Helfern und allen Gästen für diesen gelungenen festlichen Adventsnachmittag!

N.J.



Initiative: Bürger gegen
Hubschrauber-

Stationierung
in Erbenheim



gegen unerträgliche

Lärmbelästigung

- * durch Hubschrauber ab 1983
- * durch 200 Flugbewegungen und mehr
pro Tag und Nacht



Auch Sie können etwas dagegen tun.

INFORMATIONSVORANSTALTUNG IN DELKENHEIM

am Mittwoch, dem 19. Januar 1983

im Bürgerhaus Beginn: 20⁰⁰ Uhr

MIT

Udo Blonski

(Sprecher der BI Bonames „Bürger gegen Fluglärm“)

Hans-Joachim Hoffmann (Fluglotse)

Prof. Dr. med. Denk (Lärmsachverständiger)

KOMMEN SIE ZU DER VERANSTALTUNG

Verantwortlich: Horst Domes, Augsburg Str. 2, Wiesbaden-Delkenheim

FÜ R D E R S T U F E

Sicher setzt das fächerübergreifende Arbeiten - das in Grundschulen ja nicht neu ist - für Sekundarstufenlehrer eine Umorientierung voraus. Denn sie kommen in der Regel von Universitäten, die noch in starkem Maße nach dem Zwei-Fächer-System ausbilden.

Die Anbindung der Grundschule an eine zuständige Förderstufe könnte eine bessere Abstimmung von Unterrichtszielen und -inhalten bedeuten.

Alles in allem befürworte ich eine Förderstufe und halte sie aus pädagogischer Sicht für sinnvoll. Die momentan sehr unterschiedlichen Erwartungen, die von den weiterführenden Schulen an die Grundschüler gestellt werden (auch Gymnasien legen für sich jeweils andere Schwerpunkte fest), orientieren die Arbeit im vierten Schuljahr bereits zu stark auf den Übergang.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Frau Bothe-Scheffler, wir bedanken uns sehr herzlich für dieses Gespräch und für die sicher für viele unserer Leser interessanten Informationen über die so heiß diskutierte Schulform.

MAL WIEDER AUFS KREUZ GELEGT?

— Tips für Leute, die vom Eigenheim träumen —

Vor kurzem wurde im Gewerbegebiet am Ostring eine Grube ausgehoben, Bauarbeiter begannen mit der Erstellung eines Kellers. Auf dem Bauschild war zu lesen, daß dort ein Muster-Fertighaus erstellt wird. Unruhe ging durch alle Parteien Nordenstadts. Man fragte sich, was geschieht mit dem Musterhaus, wenn es seinen Zweck erfüllt hat und nicht mehr als solches genutzt wird. Denn nur ein Musterhaus, wenn es als solches genutzt wird, erfüllt die Auflagen, die durch das Bundesbaugesetz für die Erstellung von Gebäuden in Gewerbegebieten vorgeschrieben sind.

Der Nordenstädter CDU-Stadtverordnete meinte, daß es dann abgerissen werden müßte. Doch warum ist dann eine Vollunterkellerung erstellt worden und nicht nur eine einfache Bodenplatte, so fragte sich die SPD. Das Rätseln begann.

Die Auflösung des Rätsels ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Das Haus wird als Musterhaus gebaut und dann später gewerblicher Nutzung zugeführt.

Unseren Lesern wollen wir deshalb Tips zu billigeren Bauen geben, denn viele Nordenstädter wohnen noch zur Miete, weil sie das Geld für ein eigenes Haus nicht aufbringen können.

ERSTENS:

Will man billig bauen und hat ein Grundstück, so sehe man sich nach einer Fertigbaufirma um, die ein Grundstück für die Erstellung eines Musterhauses sucht. Kostenersparnis je nach Haustyp und Hersteller ca. 20.000 bis 40.000 Mark.

ZWEITENS:

Hat man kein Grundstück, so suche man sich ein schönes ruhiges Gewerbegebiet und kaufe dort 500 Quadratmeter Boden. Kostenersparnis gegenüber einem Grundstück in reinem Wohngebiet in Nordenstadt ca. 130.000 bis 160.000 Mark. Übrigens: die Ausweitung des Gewerbegebietes an der Erbenheimer Straße ist im Gespräch.

DRITTENS:

Nachdem das Grundstück gekauft und das Musterhaus erstellt ist, muß man nur noch eine gewerbliche Nutzung nachweisen, um einzuziehen zu können.

Man suche sich, wenn man nicht zufällig Rechtsanwalt, Steuerberater oder Versicherungsvertreter ist und ein Arbeitszimmer braucht, um Kunden und Klienten empfangen zu können, ein Gewerbe aus, das man nebenberuflich oder auch als Hausfrau ausüben kann und melde es an! Hier bietet sich das Gewerbe eines Maklers an. Am Anfang kann man diese Tätig-

keit auch im Wohnzimmer ausüben: es sollte freilich im Wohnzimmerschrank ein wenig Platz für einen Aktenordner sein. Die Schreibmaschine kann man notfalls unters Sofa stellen, das Telefon hat man ja ohnehin. Sie wollen ja nicht unbedingt Großmakler werden, nur einmal jährlich eine Vermittlung - so zur Rechtsfertigung des Gewerbes!

Nach diesen guten Ratschlägen für "billiges Bauen" werden Sie fragen, ist das denn wirklich so einfach und was ist, wenn ich keine Lust mehr habe, Makler zu sein, wird das Haus dann doch wieder abgerissen?

Unsere Antwort: Es ist tatsächlich so einfach und das Haus reißt Ihnen auch keiner mehr ab. Ein gutes Beispiel dafür ist der Aussiedlerhof auf dem gleichen Grundstück, auf dem das Musterhaus jetzt erstellt wurde. Bauernhof, werden Sie vielleicht fragen? Ja, das Wohnhaus am Ostring, wo man Äpfel und Birnen in der Garage kaufen kann. Die landwirtschaftlich zu nutzende Halle, Bestandteil für das Genehmigungsverfahren dieses Aussiedlerhofes, ist halt noch nicht erstellt. Oder vielleicht wird sie auch nicht mehr erstellt, weil man die Nebenerwerbslandwirtschaft aufgibt.

Nur weil dann die Halle fehlt, ist ein Wohnhaus ja noch lange kein Wohnhaus! Haben Sie jetzt die Überschrift verstanden?

W.Sp.

Willi Schumacher 70 Jahre!

Seinen 70. Geburtstag feierte am 27. Dezember Willi Schumacher. Den Nordenstädtern ist er ein Begriff! Fast sein ganzes Leben verbrachte er hier. Er wurde hier geboren und setzte sich sein Leben lang für die Belange der Nordenstädter sowohl in den verschiedenen Vereinen als auch in der Politik ein. Von 1964 bis 1968 war er Mitglied der Gemeindevertretung und danach bis 1976 Beigeordneter der damals noch selbständigen Gemeinde Nordenstadt. Von 1968 bis 1977 war er Vorsitzender des Turn- und Sportvereins 1883, kurz TUS genannt, deren Ehrenvorsitzender er heute ist.



Zehn Jahre lang war er auch Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Nordenstadt. So waren auch die zahlreichen Glückwünsche aus dieser Partei nicht verwunderlich. Der Geschäftsführer der Hessen-SPD, Wolfgang Kiehne, konnte im Auftrag vom Landtagsabgeordneten Horst Winterstein, vom Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der SPD, Holger Börner, und nicht zuletzt gar im Namen des Parteivorsitzenden Willy Brandt die herzlichsten Glückwünsche überbringen, die er mit entsprechenden Geschenken und persönlichen Widmungen unterstreichen konnte. Auch unser langjähriger Oberbürgermeister und heutige Bundestagsabgeordneter, Rudi Schmitt, kam, um seine Glückwünsche persönlich zu überbringen.

Alle Gratulanten waren sich einig: Möge uns Willi Schumacher noch sehr, sehr lang so aktiv und erfrischend erhalten bleiben. Viele äußerten ja denn auch den Wunsch, zum 100. Geburtstag wieder erscheinen zu dürfen!



NA ENDLICH

...hat es geklappt! Der Dämmerungsschalter wurde gefunden, ausgetauscht und richtig eingestellt.

Gemeint ist der Schalter zum Ein- und Ausschalter der Straßenbeleuchtung in Nordenstadt.

Warum mußte hierfür erst ein Antrag gestellt werden? Warum genügten hierfür nicht die Hinweise und Anfragen?

Mal sehen, wie es mit einem weiteren Mangel in der Nordenstädter Straßenbeleuchtung weitergeht. Gegen 23 Uhr nämlich werden einige Laternen zur Hälfte oder ganz abgeschaltet.

Und da gibt es auch noch eine Straßenverkehrsordnung, in der steht, daß Straßenbeleuchtungen, die nicht die ganze Nacht durchbrennen, mit einem roten Ring zu kennzeichnen sind. An den Nordenstädter Straßenlaternen fehlt diese Kennzeichnung.

WW



OB ES WAHR WIRD?

In der letzten Ausgabe der NORDENSTADT NACHRICHTEN hatten wir von einem Kindertraum berichtet, der ausführlich beschrieb, wie schön es wäre, wenn der Bolzplatz an der Taunushalle in eine Eisbahn verwandelt würde.

Für die SPD-Fraktion des Nordenstädter Ortsbeirates war dies Anlaß, einen Antrag einzubringen, der von allen Fraktionen befürwortet wurde.

In dem vorliegenden Schreiben des Sportamtes zu diesem Antrag wird betont, daß das Amt keine Bedenken gegen ein solches Vorhaben hat. Es sollte lediglich bedacht werden, daß eventuell eine Konkurrenz zur städtischen Kunsteisbahn am Kleinfeldchen entstehen könne, was vom Sportamt natürlich nicht gern gesehen würde. Falls die Eisbahn realisiert werde, müsse sie unter der Durchführungsverantwortung der Ortsverwaltung stehen.

Mal sehen, ob es wahr wird? Mal sehen, ob die Eisbahn Wirklichkeit wird? Der Winter kommt sicher sehr bald.

WW

IMPRESSUM:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
Elke Spiekermann, Wacholderstraße 5
Werner Wahler, Pommernstraße 45

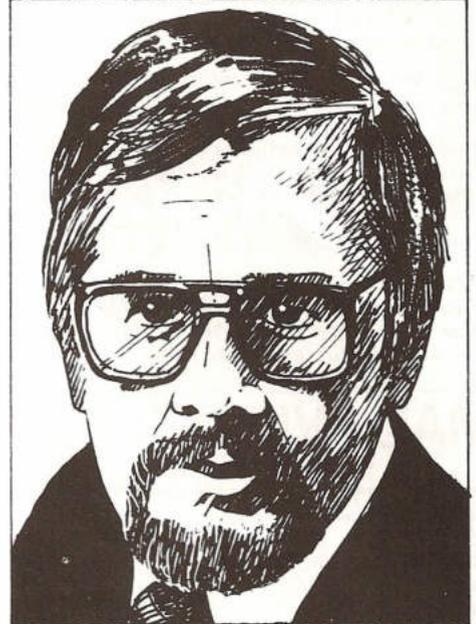
Druck: Breitwieser Werbung & Druck,
Leberberg 4, 6200 Wiesbaden

NICHT ZU VERHINDERN?

Die Mitteilung des Leiters der Ortsverwaltung, nach der in Kürze mit der Erweiterung des Parkplatzes hinter dem Gemeindezentrum begonnen werden soll, veranlaßte die SPD-Fraktion nachzufragen, ob die Notwendigkeit zur Erweiterung auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch existiert. Mitgliedern des kommunalpolitischen Arbeitskreises der SPD ist nämlich aufgefallen, daß die Parkplätze in der Regel kaum frequentiert werden. Warum also die Erweiterung?

In einem Baugebiet in der Nähe des Gemeindezentrums kaufte sich ein Bauträger einfach frei. Das heißt anstelle von vorgesehenen Parkplätzen wurde das Grundstück mit weiteren Reihenhäusern zugebaut. Dafür erhielt die Stadt eine Entschädigung, um damit an anderer Stelle Parkplätze zu bauen. Und dieses Geld muß nun ausgegeben werden! Aber muß das wirklich so ausgegeben werden? Wäre der vorgesehene Platz nicht besser für einen vernünftigen Spielplatz zu verwenden? Der vorhandene "Spielplatz" am Gemeindezentrum verdient eine solche Bezeichnung ja ohnehin nicht. Und wenn man aus dem derzeit vorhandenen Spielplatz einen Sommer-Treffpunkt für unsere Senioren machen könnte! Wäre das nicht wesentlich sinnvoller und schöner! Aber da steht ja der Bebauungsplan im Wege? Könnte der nicht geändert werden?

KK



Aus dem Ortsbeirat

Auf Gerüchte hereingefallen?

Der Ortsbeirat Nordenstadt hat, wie auch andere Ortsbeiräte in den östlichen Stadtteilen Wiesbadens, gegen Planungen Einspruch erhoben, die den Bestand des Oberstufengymnasiums Moltkerring gefährden können. Der SPD-Antrag wurde nach lebhafter Diskussion bei nur einer Gegenstimme angenommen.

In der Diskussion im Ortsbeirat wie auch in der Auseinandersetzung in der Presse erscheint immer wieder das Argument, das Gerede über eine Schließung des OMR sei doch nur ein Gerücht. Der Oberbürgermeister hat sich öffentlich ungnädig über Diskussionen und Beschlüsse gezeigt. Es habe doch gar keine Magistratsvorlage gegeben. Und natürlich fehlt nicht das Argument vom bloß parteipolitischen Schachzug. Und so weiter. Kämpfen wir gegen ein Phantom?

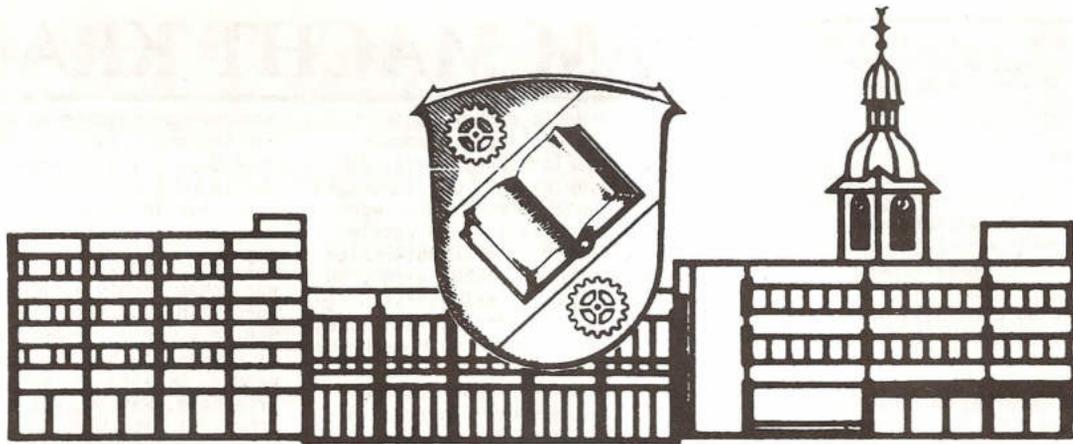
Tatsache ist: Über die Verlegung der Louise-Schröder-Schule wird in der Verwaltung nachgedacht. Tatsache ist: Auch der Moltkerring ist neben anderen Schulen in dieses Planspiel mit einbezogen und öffentlich genannt worden. Tatsache ist: Die CDU-Mehrheit in Wiesbaden wollte vor Jahren das OMR auflösen, ließ ihren Plan aber nach den Protesten der Betroffenen wieder fallen. Nimmt man noch hinzu, daß die Schulpolitik der Wiesbadener CDU nicht gerade vor Klarheit der Konzeption strahlt, ist es nicht verwunderlich, wenn die interessierte Öffentlichkeit äußerst sensibel reagiert, wenn die Existenz dieser Schule - und sei's auch nur in noch ganz ausgereiften Überlegungen - in Frage gestellt wird.

Es scheint mir sinnvoll zu sein, wenn auch die Ortsbeiräte als eine Art von kommunalpolitischem "Frühwarnsystem" arbeiten. Besser einmal zu früh protestiert als einmal einer verpaßten Gelegenheit zum Einspruch nachgetrauert. Alle drei im Ortsbeirat Nordenstadt vertretenen Parteien haben erklärt, für den Bestand des OMR zu kämpfen. Erfreulich. Noch erfreulicher, wenn's gar nicht mehr nötig wird zu kämpfen.

Sigfried Bille

TERMINE

- 14. Januar 1983
Jahreshauptversammlung Freiwillige Feuerwehr im Gemeindezentrum
- 15. Januar 1983
Familienabend MVN in der Taunus-Halle
- 15. Januar 1983
Altpapiersammlung der Jugendfeuerwehr
- 19. Januar 1983 - 20 Uhr
Bürgerversammlung gegen die Stationierung der Hubschrauber in Erbenheim im Bürgerhaus Delkenheim
- 21. Januar 1983
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr im Gemeindezentrum
- 29. Januar 1983
Große Fremdensitzung CBVN in der Taunus-Halle
- 01. Februar 1983
Sprechstunde NORDENSTADT NACHRICHTEN im Gemeindezentrum, Sitzungszimmer, 1. Stock, 18 - 19 Uhr
- 05. Februar 1983
Maskenball KZV mit Kindermaskenball in der Taunus-Halle
- 12. Februar 1983
Maskenball der Freiwilligen Feuerwehr in der Taunus-Halle
- 13. Februar 1983
Maskenball MGV in der Taunus-Halle
- 14. Februar 1983
Maskenball TUS mit Kindermaskenball in der Taunus-Halle
- 15. Februar 1983
Maskenball MVN in der Taunus-Halle
- 15. Februar 1983
Begrabung der Fastnacht CBVN in der Gutenberg-Stubbe
- 21. Februar 1983
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr im Gemeindezentrum



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

7. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert Februar/März 1983

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

WESTRING-AUSBAU: NOCH DIESES JAHR

Ein wichtiger Schritt ist getan. Der Ortsbeirat hat am 26. Januar 1983 Beschlüsse zu einer Verkehrskonzeption für Nordenstadt gefaßt. Beschlüsse, die im großen und ganzen von allen Parteien im Ortsbeirat getragen werden und die politisch und finanziell durchsetzbar sein dürften. Es war auch an der Zeit. Die Diskussion um eine Verkehrsführung wurde über Jahre hinweg geführt, zum Teil sehr kontrovers, weil eben die Interessen der einzelnen Bürger sehr unterschiedlich sind. Wer möchte nicht ganz ruhig wohnen, aber ganz zügig zur Arbeit, zum Einkauf fahren ... ?

Zwar hatte der frühere Ortsbeirat gegen Ende seiner Amtszeit, nämlich im Dezember 1980 einen konzeptionellen Beschluß gefaßt. Doch der erwies sich schnell als Schritt in eine politische Sackgasse. Zum einen sollte nämlich die jetzige Anschlußstelle der Autobahn nach Westen in Richtung Erbenheim verlegt werden, wenn das Land die Autobahn sechsspurig ausbauen würde. Zum zweiten sollte westlich der Bauungsgrenze von Nordenstadt, also mitten durch Obstanlage und Ackerland, eine Umgehungsstraße gebaut werden; sie sollte u.a. auch den Verkehr aus Richtung Medenbach, der heute die Oberpfortstraße, den Wallauer Weg und die Hunsrückstraße belastet, um Nordenstadt

herumführen. Mit diesem Beschluß waren schon die, die ihn faßten, nicht recht zufrieden und andere noch weniger. Im Blick auf die Folgen für die Entwicklung Nordenstadts und unter Berücksichtigung der ökologischen und finanziellen Ausmaße dieses Plans erkannte man bald, in welcher Sackgasse man sich befand.

Der heutige Ortsbeirat hatte die ganze Sache neu aufzunehmen. Im Oktober 1981 wurden auf Antrag der SPD-Fraktion Beschlüsse zum Ausbau des Westrings gefaßt. Seit dem Frühjahr 1982 hat die SPD im Ortsbeirat beharrlich Sachstandsberichte angefordert. Und weil steter Tropfen vielleicht doch den Stein höhlt, legte der Verkehrsamtsleiter im November 1982 endlich Planvorschläge für den Westringausbau und für eine Verkehrskonzeption in Nordenstadt vor. Nach gut zwei Monaten des Prüfens und Beratens war der Ortsbeirat sich einig. Und so soll es werden:

1. Der Autobahnanschluß soll dort bleiben, wo er ist, und verkehrsgerecht ausgebaut werden, unabhängig davon, ob die A 66 nun sechsspurig wird oder nicht. (Es sei hier vermerkt, daß dieser Gedanke schon immer von der FDP vertreten wurde!)
2. Eine Westumgehungsstraße soll es nicht geben. Der Westring bleibt Haupterschließungsstraße und wird, wie

Förderstufe für alle

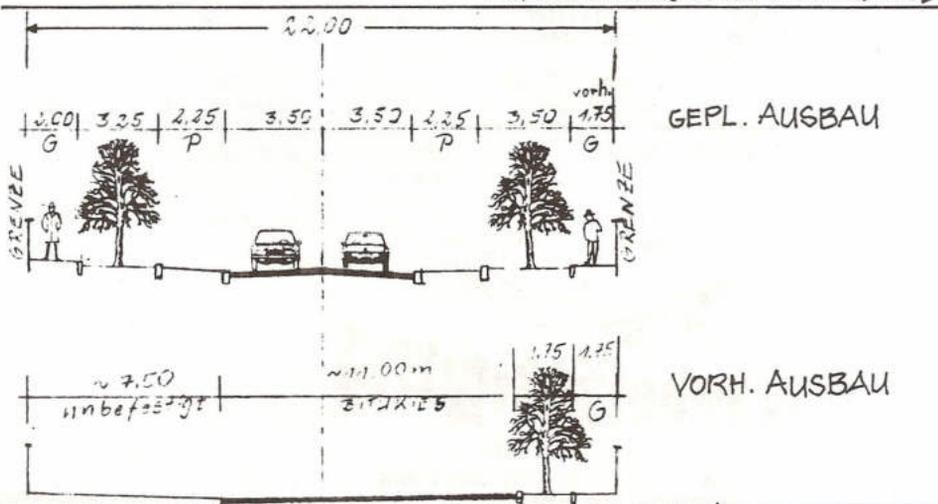


Die flächendeckende Förderstufe in Wiesbaden kommt zum 1. August 1984. Diese Entscheidung traf der Hessische Kultusminister Hans Krollmann, nachdem er sich in einem Gespräch mit dem Wiesbadener Oberbürgermeister dahingehend verständigte, zunächst die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel über ein dort anhängiges Normenkontrollverfahren - die Rechtsgrundlagen für die Einführung der Förderstufe betreffend - abzuwarten. Der Oberbürgermeister sicherte gleichzeitig zu, die um ein Jahr verlängerte Vorbereitungszeit zur Einführung der flächendeckenden Förderstufe tatsächlich zu nutzen.

Die organisatorischen Planungen und Vorbereitungen gehen somit nun intensiv weiter. Sofern das Urteil zugunsten des Kultusministeriums ausfällt - und hierfür spricht vieles -, kann der 1. August 1984 ohne Schwierigkeiten eingehalten werden. Beide Gesprächspartner versicherten einander, den Spruch des Verwaltungsgerichtshofes respektieren zu wollen, ohne weitere Rechtsmittel anzuwenden. Bleibt abzuwarten, ob man sich zum gegebenen Zeitpunkt an diesen Gesprächsteil erinnert.

Wichtig ist: die Eltern der Viertklässler des laufenden Schuljahres haben jetzt eine klare Entscheidungssituation. Zum 1. August 1983 bleibt alles beim alten. Der nächste Schülerjahrgang wird ebenfalls eine klare Situation vorfinden, da davon ausgegangen werden kann, daß der Verwaltungsgerichtshof rechtzeitig vor dem 1.8.1984 seine Entscheidung treffen wird. So hat sich die Unterstellung mancher Organisation, der Kultusminister wolle eine Entscheidung gegen die Elterninteressen treffen, wieder einmal als falsch erwiesen. Die Einführung der Förderstufe in Wiesbaden erst zum 1.8.1984 fördert den Schulfrieden und ist eine Entscheidung im Interesse der Schüler und Eltern: ein vernünftiger Kompromiß, an dem sich manch ein Politiker ein Beispiel nehmen sollte.

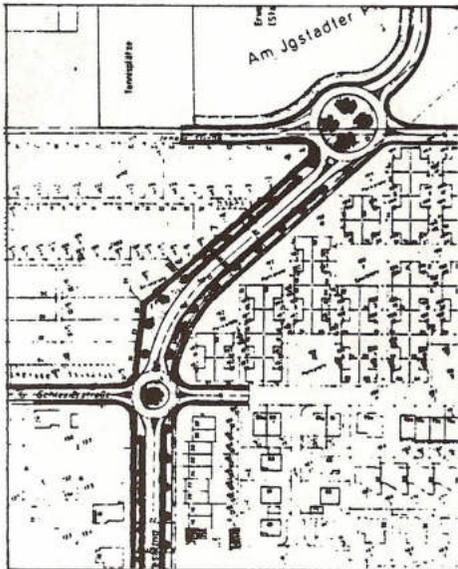
N.J.



schon lange vorgesehen, auch direkt an die Straße nach Igstadt angeschlossen, aber **nicht** an die Straße nach Medenbach und Breckenheim.

3. Der Westring soll nach Süden verlängert und unterhalb des jetzigen Gewerbegebietes zur Autobahn herumgeführt werden. Damit würde das Gebiet um den Hessenring vom Verkehr erheblich entlastet. Vor allem auch deshalb, weil der Verkehr aus Erbenheim in Richtung Autobahn oder Ostring ebenfalls durch das erweiterte Gewerbegebiet geleitet werden soll.

4. Der bebaute Teil des Westrings soll noch in diesem Jahr endlich fertig ausgebaut werden. Dabei sind im wesentlichen die Vorstellungen zum Zuge gekommen, die wir im Frühjahr 81 in den NORDENSTADT NACHRICHTEN zur Diskussion gestellt haben und die von unseren Lesern sehr positiv aufgenommen worden sind: Verringerung der Fahrbahnbreite und auf keinen Fall ein Grünstreifen in der Mitte der Fahrbahn. Diese Vorstellungen teilen heute auch die amtlichen Planer. Kleine Kreisel an den Kreuzungen sollen überdies verhindern, daß die Straße zum Rasen einläßt.



Wir meinen, daß dieses Konzept vernünftig ist. (Die SPD war übrigens von Anfang an gegen die Westumgehung!) Aber eine Frage bleibt offen: Was wird mit dem Durchgangsverkehr im Bereich Oberpforsstraße / Hunsrückstraße / Wallauer Weg? Eine wesentliche Verbesserung wird sich hier nicht ergeben. Es bleibt also ein Problembereich. Kann man dann von einem Verkehrskonzept sprechen, wenn nicht alle Probleme gelöst sind? Ja und nein!
Der Verzicht auf die Westumgehung bedeutet, daß die Probleme im Ostteil Nordenstadts nicht dadurch gelöst werden können, daß man sie in den Westteil verlegt. Dies ist eine Grundsatzentscheidung für ganz Nordenstadt. Unter Beachtung dieses Grundsatzes sollten wir uns mit den Bewohnern im östlichen Ortsteil darüber unterhalten, wie die dort vorhandenen Probleme am schonendsten gelöst werden können.

Ein wichtiger Schritt ist getan: mit ihm beginnt ein langer Weg! Wenn man vom Westringausbau im bebauten Teil absieht, der durch Anliegerbeiträge gesichert ist und noch 1983 erfolgen soll, wird für alle anderen Vorhaben bei dem komplizierten planungsrechtlichen Verfahren und der schwierigen Finanzlage damit zu rechnen sein, daß sie erst zum Ende dieses Jahrzehnts realisiert werden können.

S.B.

LÄRM MACHT KRANK

"Wenn nur drei Hubschrauber in der Nacht ihr Haus überfliegen, bedeutet das für den Dauerlärmschutzpegel, daß es eine ruhige Nacht war. Für Ihren Organismus bedeutet dies jedoch, wenn es zum Dauerzustand wird, den totalen Zusammenbruch, da die lebensnotwendige Tiefschlafphase unterbrochen wird", so Professor Dr. Denk, Lärmsachverständiger aus Rüsselsheim, auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiativen "Keine Hubschrauber in Erbenheim".

Etwa 200 Bürger der um den Flughafen liegenden Orte waren der Einladung gefolgt. Politiker der CDU und SPD, unter ihnen der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Schneider, der die Bürgerinitiativen bisher maßgeblich unterstützt und deren Zusammenschluß herbeigeführt hatte. Für die Wiesbadener SPD-Stadterordnetenfraktion war der Vorsitzende des Umweltausschusses, Wilfried Ries, anwesend. Der Ortsvorsteher von Nordenstadt, obwohl schriftlich eingeladen, glänzte durch Abwesenheit. Dies führte, genau so wie die Abwesenheit des Delkenheimer Ortsvorstehers, zu erheblichem Unmut bei den Zuhörern.

Prof. Dr. Denk erläuterte in seinem eindrucksvollen Beitrag die Auswirkungen von Lärm, die nicht nur zu gesundheitlichen, sondern auch zu sozialen Schäden führen. Hubschrauberlärm sei besonders intensiv, weil das Schlagen der Rotorblätter zu Luftschwingungen führt, die senkrecht zum Boden gehen und in bebautem Gelände reflektiert und verstärkt werden. Untersuchungen in den USA haben ergeben, daß Anwohner von Flughäfen überdurchschnittlich an Bluthochdruck leiden. Selbst robuste Organismen werden auf Dauer geschädigt und der lärmgeplagte Bürger greift zu Beruhigungsmitteln. Bluthochdruck sei eine der heimtückischsten Krankheiten, die nicht selten zum Tode führten, wie die Statistik beweise. Selbst ungeborenes Leben werde im Mutterleib bereits geschädigt.

Die US-Streitkräfte berücksichtigen weder das Nachtflugverbot noch Sicherheitsbestimmungen, die das Überfliegen von bebautem Gelände untersagen. Hierzu berichtete Udo Blonski, Sprecher der BI-Bonames, die seit 10 Jahren gegen den dortigen Hubschrauberlandeplatz vorgeht, wie auch der Fluglotse Karl-Heinz Hoffmann.

So war es der BI-Bonames gelungen, den jeweiligen Standortkommandanten das Versprechen abzuhandeln, daß in der Nacht keine Übungsflüge und auch am Tag keine Flüge über bewohntem Gebiet stattfinden. Trotz Versprechen würde beides ohne Einschränkung praktiziert. Verstöße würden geübelt und unbekannte Flugobjekte vorgeschoben. Der Fluglotse brachte das Thema Sicherheit in die Diskussion und erinnerte

an den Hubschrauberabsturz in Mannheim vom September 1982. Er nannte es unvorstellbar, was passieren würde, wenn ein mit 16 Raketen bestückter Transporthubschrauber in einem so dicht besiedelten Ort wie z.B. Nordenstadt fallen würde.

Mit dem Traum von nur 15 Hubschraubern war schon vorher aufgeräumt worden. Durch eine Indiskretion an höherer Stelle wurde die wahre Zahl bekannt. Es werden 150 bis 200 Hubschrauber werden. Der Standortkommandant von Erbenheim, Watson, wurde in der Zwischenzeit abberufen und sein Nachfolger wird die neuen Zahlen wohl bestätigen müssen.

Was bleibt also zu tun, um die Hubschrauber in Erbenheim zu verhindern und unsere Bevölkerung vor körperlichem Schaden zu bewahren?

Die Bürgerinitiative braucht noch mehr Unterstützung: Insgesamt sind bisher über 3000 Unterschriften gegen die Hubschrauber gesammelt worden; in Nordenstadt über 500. Doch das reicht noch nicht!

Von Politikern kann wohl kaum Hilfe erwartet werden, obwohl es einen kleinen Lichtblick gibt. Ministerpräsident Holger Börner hat der Initiative zugesagt, sie zu empfangen, um die Probleme zu erörtern. Dieses unser Problem fällt jedoch nicht in die Kompetenz des Landes Hessen. Es ist Bundesangelegenheit!

Für Nordenstadt tauchen allerdings noch andere Probleme auf. Der Westringanschluß an die Erbenheimerstraße, seit Jahren geplant und wichtig für die Entlastung des Hessenrings kann nur gebaut werden, wenn die Mittel hierfür durch Anliegergebühren größtenteils gedeckt sind. Dies erfordert Ausweisung neuen Baugebiets im Westen. Doch werden die Nordenstädter Landwirte ihre Grundstücke verkaufen, wenn abzusehen ist, daß die Preise fallen werden? Dies ist doch zu bezweifeln.

Eine andere Frage: Kann man neues Baugebiet ausweisen, wenn man weiß, was auf die Bürger, die dort einmal wohnen sollen, zukommt? Ohne Zweifel werden jedoch Immobilienwerte und auch Mieten im Umkreis des Flughafens fallen.

Alteingesessene Nordenstädter erinnern sich noch an den Fluglärm während der Berlin-Blockade und werden sagen, daß man das früher auch verkraftet habe. Sie mögen jedoch bedenken, daß diese Flugzeuge nur an- und abflogen, jedoch keine Übungsflüge und Platzrunden absolvierten. Außerdem ist der Lärmpegel einer viermotorigen Frachtmaschine niedriger als der eines Hubschraubers.

Wir, die wir gegen die Stationierung der Hubschrauber sind, wehren uns gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus und Neutralismuswunschenkens. Aber ist eine Verteidigung grundsätzlich sinnvoll, die die Menschen körperlich und seelisch zugrunde richtet? Hierüber sollten sich Militärstrategen einmal Gedanken machen!

W.Sp.

Initiative: Bürger gegen Hubschrauber-Stationierung in Erbenheim



* durch Hubschrauber ab 1983
* durch 200 Flugbewegungen und mehr

"Die Seite des Wahlkämpfers"

Interview mit Rudi Schmitt:

Mit überzeugender Mehrheit (217 von 220 Stimmen) wurde am 15. Januar 1983 Rudi SCHMITT von der Wahlkreisdelegiertenkonferenz als Kandidat der SPD für den Wahlkreis Wiesbaden nominiert.

Rudi SCHMITT, der den Wahlkreis seit 1980 vertritt und sich

in besonderer Weise für die Belange der Wiesbadener Bevölkerung eingesetzt hat, hat damit wieder die besten Aussichten auch in der nächsten Legislaturperiode den Wahlkreis Wiesbaden zu vertreten.

Im folgenden ein Interview mit Rudi SCHMITT:

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Herr Schmitt, Sie kandidieren für die SPD in Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Viele Wiesbadener kennen Sie noch als langjährigen Oberbürgermeister. Halten wir noch einmal die Stationen Ihres Werdeganges fest.

RUDI SCHMITT:

1928 in Frankfurt geboren, Besuch der Volksschule, anschließend Lehrerbildungsanstalt, Kriegsdienst; nach dem Krieg Volksschullehrer, dann Realschullehrer in Frankfurt.

1954 im Alter von 26 Jahren in den hessischen Landtag gewählt, Mitglied des Landtags bis 1968. 1960 - 1968 Stadtrat für Schule, Sport, Kultur in Wiesbaden; 1968 bis 1980 Wiesbadener Oberbürgermeister in der Nachfolge von unserem bekannten Georg Buch. Am 5. Oktober 1980 im Wahlkreis Wiesbaden in den Deutschen Bundestag gewählt.

Verheiratet bin ich auch und stolzer Vater dreier Töchter im Alter von 26, 20 und 16 Jahren.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Als Oberbürgermeister waren Sie die Nummer eins im Magistrat; in Bonn sind Sie einer von 519 Abgeordneten, einer von 225 in der SPD-Fraktion. Wie haben Sie sich da in Bonn zurechtgefunden?

RUDI SCHMITT:

Der Übergang war in der Tat nicht leicht, meine langjährige Tätigkeit für Wiesbaden hat mir aber den Anfang in Bonn doch wesentlich erleichtert. Im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau konnte ich mich nachhaltig für den sozialen Wohnungsbau, die Städtebauförderung und die Erhaltung des sozialen Mietrechts einsetzen.

Die von vielen Wiesbadenern geforderte Fehlbelegungsabgabe von Mietern, die die Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus weit überschreiten, habe ich als Berichterstatter für dieses Gesetz durchsetzen können. Es ist jetzt seit einem Jahr in Kraft. In dieser Zeit konnten durch vorzeitige Tilgungen 2 Milliarden DM für den sozialen Wohnungsbau mobilisiert werden.

Wenn der hessische Landtag seine Zustimmung gibt, kann diese Fehlbelegungsabgabe als sozialer Ausgleich auch in Frankfurt und Wiesbaden eingeführt werden.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Nach diesen Äußerungen, Herr Schmitt, verstehen Sie sich wohl als Wohnungsbauexperte. Aber reicht denn dies auch aus für einen Wiesbadener Abgeordneten?

RUDI SCHMITT:

Als Wahlkreisabgeordneter habe ich die Probleme meiner Mitbürger in die Beratungen des Bundestages eingebracht; bei meiner Tätigkeit im Vermittlungsausschuß, dem Gremium, das zwischen Bundestag und Bundesrat bei strittigen Gesetzen ein Einvernehmen erzielen soll, konnte ich unmittelbar für sozial tragbare Lösungen und freiheitlich-rechtsstaatliche Gesetzesbestimmungen eintreten. Die Vorschläge und Anregungen der Wiesbadener Kleingärtner konnte ich unmittelbar in die Gesetzgebung einbringen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Verliert man nicht, wenn man die ganze Woche über in Bonn ist, die notwendige Verbindung zu seinen Wählern?

RUDI SCHMITT:

So wie auch in früheren Jahren nehme ich an den Wochenenden am Wiesbadener Vereinsleben teil. In meinen wöchentlichen Sprechstunden kann ich dem Einzelnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Für meine Bonner Arbeit brauche ich auch das ständige Gespräch mit den Bürgern - wie ein Fisch das Wasser. Nur im ständigen Kontakt mit den von der Bonner Politik betroffenen Menschen findet man die richtige Einstellung zu Vielzahl der Vorlagen, die auf die Abgeordneten zukommen.



Der einzelne Abgeordnete bestimmt zwar nicht die Grundlinien der jeweiligen Politik, als Volksvertreter kann er aber Einfluß auf Entscheidungen nehmen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Nach 16 Jahren ist die SPD seit der Bonner "Wende" am 1. Oktober 1982 wieder die Oppositionspartei. Wie bewerten Sie die Entwicklung nach dem Wechsel?

RUDI SCHMITT:

Seit dem Wendebrief des Herrn Genscher im Herbst 1981 war die Zusammenarbeit zwischen SPD und FDP von den sozial unausgewogenen Sparforderungen des Genscher-Flügels belastet. Das Lamsdorff-Papier war das Kündigungsschreiben der FDP an ihren langjährigen Koalitionspartner. Die Freien Demokraten wollten die Last der Wirtschaftskrise allein den kleinen Leuten aufbürden. Dies konnten Sozialdemokraten nun wirklich nicht mitmachen! In der neuen konservativ-liberalen Regierung setzt die FDP vieles, was sie gegen

die Sozialdemokraten nicht durchsetzen konnte, nunmehr zu Lasten der breiten Volksschichten durch. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentner, Kranke, Schüler und Studenten, nicht zuletzt aber 14 Millionen Mietparteien werden von der neuen Rechtskoalition unzumutbar belastet.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wo sehen Sie denn die größten Ungerechtigkeiten?

RUDI SCHMITT:

Die Rentner erhalten statt zum 1.1. nun erst zum 1. Juli 1983 eine Rentenerhöhung. Die Krankenkassenbeiträge der Rentner werden bereits 1984 auf 3 Prozent und 1985 auf 5 Prozent erhöht. Wer ins Krankenhaus kommt, muß künftig in den ersten 14 Tagen 5 Mark pro Tag bezahlen. Ich frage Sie, wer geht aber schon aus freien Stücken ins Krankenhaus?

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozent ab Juli 1983 belastet alle Verbraucher. Die Anhebung der Beamtenegehälter um 2 Prozent zum 1. Juli 1983 ist eine Vorwegnahme der Tarifverhandlungen und belastet vor allem die kleinen Einkommensbezieher: über 70 Prozent aller Beamten sind im einfachen Dienst und kommen im Schnitt nicht über 2.000 Mark netto im Monat.

Familien mit niedrigem Einkommen verlieren durch den Wegfall des Schüler BAföGs einen Teil ihres Einkommens, die Umstellung des Studenten-BAföGs auf Darlehens-Gewährung führt dazu, daß die Bildungschancen - wie in früheren Jahren - wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind.

Erwerbstätige werden mit höheren Arbeitslosen- und Rentenversicherungsbeiträgen zusätzlich belastet. Hart betroffen sind die Mieter durch die Staffelmiete, Vereinfachung der Mieterhöhung und Auflockerung des Kündigungsschutzes durch Zeitmietverträge.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Hätte angesichts der schweren Wirtschaftskrise nicht auch eine SPD-geführte Regierung die staatlichen Ausgaben kürzen müssen?

RUDI SCHMITT:

In einer Zeit mit 2 Millionen Arbeitslosen und 1 Million Kurzarbeiter führt der rigorose Abbau sozialer Leistungen zu neuer Arbeitslosigkeit. Die neue Rechtskoalition entzieht im nächsten Jahr 16 Milliarden an Kaufkraft. Dies bedeutet eine Gefährdung von 200.000 Arbeitsplätzen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wie will denn die SPD die Wirtschaftskrise überwinden?

RUDI SCHMITT:

Wir haben es mit einer weltweiten Wirtschaftskrise zu tun, die von einer nationalen Regierung allein nicht überwunden

werden kann. Hier ist eine Kooperation innerhalb der EG und eine weltweite Zusammenarbeit erforderlich. Dazu gehört aber, daß die Bundesrepublik Deutschland eine aktive Beschäftigungspolitik betreibt. Dies geschieht nach Auffassung der SPD durch ein zusätzliches staatliches Beschäftigungsprogramm, das aus einer Ergänzungsabgabe von Gutverdienenden, dem Abbau von ungerechtfertigten Steuervorteilen und einer - aufgrund der erheblichen Zinssenkung wieder möglichen - Kreditaufnahme finanziert werden kann. Investitionen allein reichen aber zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht aus. Vordringlich ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Die vorhandene Arbeit muß gerecht verteilt werden.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wie sehen Sie die Schwerpunkte des Beschäftigungsprogramms der SPD?

RUDI SCHMITT:

In den Bereichen mit erhöhtem Wohnungsbedarf sollen in den nächsten 2 Jahren 50.000 Wohnungen zusätzlich gebaut werden. Dies würde 100.000 Bauarbeitern einen Arbeitsplatz sichern. Für die Reinhaltung der Luft und des Wassers können Milliardenbeträge kurzfristig investiert werden. Die mittelständischen Betriebe, vor allem das Handwerk, sollen durch Zinsverbilligungsprogramme gefördert werden, denn gerade sie haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre relativ gut meistern können. Die vorgezogene Rente macht Arbeitsplätze für junge Menschen frei.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

In der Bevölkerung wächst die Angst vor einer nuklearen Bedrohung. Halten Sie diese Angst für übersteigert?

RUDI SCHMITT:

Die Sorge vieler Menschen - vor allem der jungen Generation - um den Frieden ist begründet. Die Rüstungsausgaben der Großmächte steigen trotz rückläufiger Wirtschaftsentwicklung immer noch. Die nuklearen Waffenarsenale in Ost und West reichen aus, um das Leben auf der Erde zehn bis zwanzigmal zu vernichten! Angesichts dieses Rüstungswahns halte ich es für existentiell notwendig, die von Willy Brandt und Helmut Schmidt konzipierte Entspannungspolitik fortzusetzen und auf eine kontrollierte Abrüstung in Ost und West zu dringen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wie wird sich denn die SPD zum NATO-Doppelbeschuß verhalten?

RUDI SCHMITT:

Ziel der sozialdemokratischen Friedens- und Sicherheitspolitik ist es, auf die Aufstellung neuer Raketen zu verzichten und die vorhandenen Potentiale abzubauen. Wir fordern die Entfernung aller chemischen Waffen in der Bundesrepublik. Ziel muß es sein, in einem ersten Schritt die nuklearen Waffen aus der Bundesrepublik, der DDR und der CSSR zu verbannen. Wer nur über den NATO-Doppelbeschuß diskutiert, sieht die Bedrohung nicht, die bereits jetzt von den vorhandenen nuklearen Kurzstreckenwaffen ausgeht. In diesem Zusammenhang muß die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten fortgesetzt werden.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Welche Chance hat die SPD - Ihrer Meinung nach - am 6. März?

RUDI SCHMITT:

Gegenüber der konservativ-liberalen Koalition in Bonn hat die SPD zu neuer Geschlossenheit gefunden. Die SPD kann sich wieder an ihren Zielen orientieren und überzeugende Antworten auf die brennenden Fragen unserer Zeit geben. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Sicherung des Friedens, die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für junge Menschen bestimmen die Politik der SPD in den Boer Jahren. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben in den vergangenen 13 Jahren den Frieden in Europa sicherer gemacht und die Lebensverhältnisse für Millionen Menschen verbessert. Mit Jochen Vogel hat die SPD einen glaubwürdigen, überzeugenden Vertreter für ihre Politik zum Kanzlerkandidaten nominiert. Jochen Vogel steht für einen neuen Anfang in der Bundesrepublik Deutschland, einen Beginn ohne hohles Pathos und leere Versprechungen, einen Neubeginn, der von uns allen gemeinsame Anstrengungen verlangt, der aber nur dann erfolgreich sein wird, wenn wir soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit zum Maßstab der Politik in unserer Republik machen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wir wünschen Ihnen für den 6. März viel Erfolg und bedanken uns für dieses Gespräch.

KEINE GEWISSENSPRÜFUNG FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

Als Wiesbadener Bundestagsabgeordneter habe ich gegen das neue Gesetz der Rechtskoalition zur Kriegsdienstverweigerung gestimmt:

- weil nach wie vor Gewissensprüfung bleibt;
- weil die Verlängerung des Zivildienstes um 1/3 der Dienstzeit unangemessen ist;
- weil die Einberufung zum Zivildienst jetzt bis zum 32. Lebensjahr möglich ist;
- weil die Ableistung des Zivildienstes wesentlich erschwert wird.

Das neue Gesetz soll vor der Entscheidung für den Zivildienst abschrecken!

Die SPD wird dieses diskriminierende Gesetz aufheben, wenn die Wähler am 6. März ihr das Vertrauen aussprechen.

Das SPD-geführte Land Bremen wird gegen das CDU/CSU/FDP-Gesetz Verfassungsklage einreichen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird ihren von der rechts-liberalen Koalition abgelehnten Gesetzentwurf wieder einbringen.

Der SPD-Gesetzentwurf sieht vor:

keine Gewissensprüfung für ungediente Wehrpflichtige!

Der Zivildienst wird nur auf 19 Monate verlängert, damit kann dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Rechnung getragen werden, das festgestellt hat, daß nur bei der Verlängerung der Zivildienstzeit auf ein Prüfungsverfahren verzichtet werden darf.

Zusätzliche Aufgabenbereiche in den sozialen Diensten zur Schaffung weiterer Zivildienstplätze!

Ihr SPD-Kandidat
Rudi SCHMITT

WÜßTEN SIE, DASS.....

... in den USA in bereits 7 Staaten, nämlich in Kalifornien, Maryland, Montana, Maine, Wisconsin, Connecticut und Oregon der Bau weiterer Atomkraftwerke per Gesetz untersagt ist?

AUF WAHLBENACHRICHTIGUNG ACHTEN!!

Um an der Bundestagswahl teilnehmen zu können, müssen Wahlberechtigte im Wählerverzeichnis eingetragen sein. Zur Information erhält jeder Wahlberechtigte, der im Wählerverzeichnis eingetragen ist, eine Wahlbenachrichtigung. Sollten Sie bis zum 12. Februar 1983 nicht im Besitz dieser Wahlbenachrichtigung sein, besteht die Möglichkeit, daß Sie nicht im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Um Ihr Wahlrecht in jedem Fall wahrnehmen zu können, sollten Sie sich im Falle einer fehlenden Wahlbenachrichtigung mit der Ortsverwaltung in Verbindung setzen. Hier besteht die Möglichkeit zwischen dem 14. und 19. Februar 1983 das Wählerverzeichnis zu ergänzen, damit auch Sie Ihre Stimme abgeben können; auch wenn der Computer Sie nicht berücksichtigen wollte!

WW

**Unsere Bitte:
Gehen Sie
zur Wahl!**



SPD-Nordenstadt: Mitgliederzuwachs wie nie zuvor!

Viele neue Gesichter sah man bei der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Nordenstadt Ende Januar. Wie der Vorsitzende Paul Hüllenhütter in seinem Rechenschaftsbericht bemerkte, konnte der starke Mitgliederschwund der letzten beiden Jahre - hauptsächlich durch Wegzüge - annähernd wettgemacht werden.

Durch die Eintrittswelle, die nach der Bonner "Wende" einsetzte, erreichte die Mitgliederzahl fast den Stand von 1980. Der Ortsverein verlor im zurückliegenden Jahr zwei Mitglieder, die sich um die ehemalige Gemeinde Nordenstadt, wie auch um den 1977 nach Wiesbaden eingemeindeten Vorort, bleibende Verdienste erworben haben. Die Jahreshauptversammlung gedachte in einer Trauermminute dem verstorbenen TUS-Vorsitzenden und langjährigen SPD-Vorsitzenden Willi SCHUBERT und dem ehemaligen Gemeindebediensteten Karl ZINN.

Für die Ortsbeiratsfraktion berichtete Dr. Siegfried Brill über die Arbeit des letzten Jahres. Als Beweis der Glaubwürdigkeit der politischen Arbeit der SPD für Nordenstadt, nannte er die Einreichung der vor der Kommunalwahl angekündigten Normenkontrollklage gegen die willkürliche Wasserpreiserhöhung durch die Stadt Wiesbaden. Trotz enorm hohen finanziellen Risiken habe die SPD die Klage angestrebt (die anderen Nordenstädter Parteien hatten leider einen Rückzieher gemacht), um auch die grundsätzliche Gültigkeit der Eingemeindungsverträge feststellen zu lassen.

Überraschend kam für den Vorsitzenden Paul Hüllenhütter eine Ehrung, die er ergriffen kommentierte: "Es kommt mir gar nicht so lange vor, aber wenn ich jetzt in mein Parteibuch schaue, dann stimmt's. Ich bin tatsächlich ein Vierteljahrhundert in der SPD."

Mit der Ehrenurkunde für 25-jährige Mitgliedschaft und der silbernen Ehrennadel wurde aber nicht nur der Vorsitzende Hüllenhütter ausgezeichnet, sondern auch das langjährige Vorstandsmitglied und Mit-Redakteur der NORDENSTADT NACHRICHTEN, Werner Wahler.

Die Neuwahl für den Vorstand brachte weniger Überraschungen. Das ehemalige Männerkolloquium ist aufgeweicht. Im neuen Jahr sind drei Frauen im Vorstand und repräsentieren damit auch den Anteil der Frauen im Ortsverein. Vorsitzender und mit einem deutlichen Vertrauensbeweis wurde Paul Hüllenhütter, der zum siebten Mal in diese Funktion gewählt wurde. Seine Stellvertreter sind auch weiterhin Dr. Siegfried Brill und Wolfgang Spangenberg. Schriftführer: Harald Schindler, Joachim Großmann. Kassierer: Dieter Majer und

Elke Spiekermann. Beisitzer: Katrin Kiehne, Anita Szabolcsi, Werner Wahler, Nils Jensen, Wolfgang Herold und Klaus Kühnau.

Der alte und neue Vorsitzende forderte in seinem Schlußwort alle Mitglieder auf, im bevorstehenden Wahlkampf aktiv mitzuarbeiten. Die SPD ist im Aufwind, denn die jetzige Übergangsregierung hat beim Bürger innerhalb von vier Monaten bereits Vertrauen verspielt. Auch in Nordenstadt wurden einigen Bürgern nach den angekündigten Mieterhöhungen die Augen über die Ziele der neuen Regierung geöffnet. Kohl und den ihn stützenden Interessengruppen geht es weniger um den sozialen Frieden, der Fundament für den Fortbestand der Demokratie sein muß, sondern ihnen geht es mehr um eine Umverteilung "von unten nach oben"



Wolfgang Spangenberg überreicht die Urkunden für 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD, an Paul Hüllenhütter (Mitte) und Werner Wahler (links).

Politik wie der Wind weht ... mal so, mal so!

JUGENDHAUS FÜR NORDENSTADT

In absehbarer Zeit wird das alte Feuerwehrgerätehaus in der Turmstraße frei. Die noch darin befindlichen Geräte werden bald weg sein.

Begrüßenswert ist der Vorschlag des Leiters der Ortsverwaltung, den Raum zu einem "Jugendhaus" umzubauen. Die Nordenstädter Jugendgruppe "DIE FALKEN" hat bereits ihr Interesse bekundet, und ist auch bereit, beim Umbau kräftig mithzuhelfen. Ebenso besteht Interesse vonseiten der Jugendgruppe der Freiwilligen Feuerwehr.

Erfreulich ist auch, daß der Nordenstädter Ortsvorsteher, Herr Olbrich, seine Bereitschaft erklärt hat, kostenlos einen Entwurf für den notwendigen Umbau anzufertigen.

Wir glauben, so kann es gelingen, trotz leerer Haushaltskassen für die Nordenstädter Jugend eine Einrichtung, einen Treffpunkt zu schaffen. Auch die Nordenstädter SPD wird sich an dieser gemeinschaftlichen Aktion beteiligen. WW

Können Sie sich noch an die Abschaffung der Getränkesteuer im Jahre 1977 erinnern?

Die Abschaffung dieser sogenannten Bagatellsteuer brachte den städtischen Haushalt ganz schön durcheinander. Um fair zu sein, muß hinzugefügt werden, daß es in Nordenstadt noch nie eine Getränkesteuer gab, deshalb konnte ihre Abschaffung auch nur für Wiesbaden gelten. Die SPD lief 1977 gegen diese Abschaffung Sturm, weil sie meinte, daß der Stadtsäckel auf diese Art von Steuer nicht verzichten könne. Ein Wiesbadener Großgastronom bekundete die Delegierten des SPD-Unterbezirks seinerzeit, der Steuerabschaffung zuzustimmen, denn nur so könnten Wettbewerbsnachteile ausgeglichen, Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.



Ein interessantes Urteil des Bundesgerichtshofes: Lärm von Tennisplätzen in Wohngebieten ist unzumutbar. Der Betreiber muß hier für Lärmschutz sorgen, sonst droht im die Schließung.

Ob dieses Urteil auch für die Lärmbelästigung durch Hubschrauber gilt?

Die SPD war dennoch dagegen - die CDU schaffte die Steuer ab! Nach fast sechs Jahren kann man sagen, die Preise sind nicht gefallen, und ob Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert wurden, ist nicht nur zweifelhaft, sondern durch die Statistik der in der Gastronomie Beschäftigten einfach zu widerlegen. Jetzt will die CDU diese Steuer wieder einführen: diese arbeitsplatzvernichtende Steuer, die Wettbewerbsnachteile aufbaut, wenn man die damaligen Argumente noch im Ohr hat! Eines ist sicher, die Zeche bezahlt hier im wörtlichsten Sinn der Verbraucher! W.Sp.

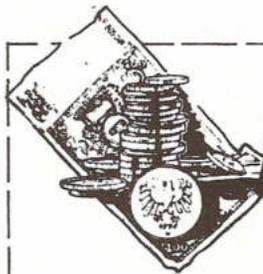
IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein-Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26,
Elke Spiekermann, Wacholderstraße 5,
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr.14

Druck: Breitwieser Werbung & Druck,
Leberberg 4, 6200 Wiesbaden



Wasser Preis

DER WASSERPREIS UND SEINE FOLGEN

Die SPD Nordenstadt hat im Dezember des vergangenen Jahres durch ihren Anwalt einen Normenkontrollantrag beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht.

Ziel des Normenkontrollantrages ist, durch das höchste Hessische Verwaltungsgericht feststellen zu lassen, daß der Teil der Satzung der Stadt Wiesbaden vom 11.12.1980 rechtswidrig ist, der den Wasserpreis in Nordenstadt auf das Niveau der Stadt Wiesbaden anhebt.

Was war geschehen?

Die damals selbständige Gemeinde Nordenstadt und die Stadt Wiesbaden haben am 9.3.1974 einen Eingliederungsvertrag abgeschlossen, in dem u.a. vereinbart wurde, daß der Wasserabnahmepreis im Stadtbezirk Wiesbaden-Nordenstadt auf die Dauer von zehn Jahren vom Tage der Eingliederung ab nur insoweit erhöht werden kann, als auch die Gemeinde Nordenstadt aufgrund gestiegener Kosten den Bezugspreis hätte erhöhen müssen.

Die Gemeinde Nordenstadt wurde mit Wirkung zum 1.1.1977 kraft Gesetzes in die Stadt Wiesbaden eingliedert. An diesem Tag galt die Wasserbeitrags- und Gebührensatzung der Gemeinde Nordenstadt. Danach war für das Frischwasser ein Preis von 1 Mark pro m³ zu zahlen. Diese Regelung galt bis zum 31.12.1980. Obwohl seit der Eingliederung erst vier Jahre vergangen waren, beschloß das Stadtparlament Wiesbaden, daß der Wasserabnahmepreis in Nordenstadt wie im Innenstadtbereich auf 2,30 Mark pro m³ angehoben wird.

Dieser Beschluß verstößt nach Auffassung der SPD Nordenstadt gegen den Eingliederungsvertrag.

Aus entsprechenden Gutachten ist eindeutig zu entnehmen, daß die Kosten für die Wasserbeschaffung Nordenstadts erheblich weniger als 2,30 Mark pro m³ betragen.

Wenn man nach dem Grundsatz verfahren würde, daß einmal geschlossene Verträge auch gelten, wäre eine Klage nicht notwendig. Doch hier beginnen die juristischen Feinheiten. Die Vertreter der Stadt Wiesbaden stellten plötzlich fest, daß notwendige Veröffentlichungen und Genehmigungen fehlen würden, mithin der Eingliederungsvertrag zumindest teilweise unwirksam wäre.

Mit dieser Rechtsauffassung kann sich die SPD Nordenstadt nicht abfinden; es ist ihr gelungen, einen renommierten Verwaltungsjurist zu gewinnen, der die Klageschrift ausgearbeitet und die Klage beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof vertreten wird.

Wie lange es dauern wird, bis ein Urteil vorliegt, läßt sich heute noch nicht abschätzen. Die NORDENSTADT NACHRICHTEN werden Sie jedenfalls auf dem Laufenden halten.

D.M.

Termine ... Termine ... Termine ...

- 14. Februar 1983
Maskenball TUS mit Kindermaskenball in der Taunushalle
- 15. Februar 1983
Beerdigung der Fastnacht CBVN in der Gutenbergstube
- 01. März 1983
Sprechstunde NORDENSTADT NACHRICHTEN im Gemeindezentrum, Sitzungszimmer, 1. Stock von 18 - 19 Uhr
- 04. März 1983
Jahreshauptversammlung TUS in der Taunushalle
- 06. März 1983
WAHLEN ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG
- 18. März 1983
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr im Gemeindezentrum

VORSCHULE FÜR NORDENSTADTER GRUNDSCHULE

Zugestimmt hat der Nordenstädter Ortsbeirat dem Antrag auf Einrichtung einer Vorschule, nach dem bereits der Schulleiternbeirat dieses Vorhaben gebilligt hatte.

Gedacht ist die Vorschule für Kinder, die wegen ihres Alters zwar bereits schulpflichtig sind, aber in ihrer Entwicklung die "Schulreife" noch nicht besitzen.

Mit Hilfe einer Sozialpädagogin sollen diese Kinder so auf die Schule vorbereitet werden, daß ein normales Mitkommen im Unterricht möglich ist. Bisher wurden diese Kinder an die Grundschule nach Delkenheim verwiesen.

WW



GEDANKEN-LOSIGKEITEN AUTO CONTRA KINDER

Der aufmerksame Spaziergänger begegnet in Nordenstadt immer wieder einem Phänomen: Auf dem Gehweg steht ein geparktes Auto!

Der nachdenkliche Spaziergänger fragt sich, welche Gedanken der Fahrer beim Verlassen seines Verkehrsmittels hatte:

- Die Fahrbahn muß für den fließenden Verkehr frei bleiben?
- Ich muß den kürzesten und bequemsten Weg gehen?
- Einer Mutter mit Kinderwagen ist die Gymnastik beim Verlassen des Bürgersteiges zuzumuten?
- Kinder sind auf dem Weg zum Kindergarten oder zur Schule auf der Fahrbahn sicherer?
- Die StVO § 12 "Parken und Halten" gilt nur für andere?
- Parkmarkierungen, Parkverbote und Halteverbote sind Schikanen der Polizei gegen Autofahrer?

Der kritische Spaziergänger wird diese Gedanken nie erfahren! Er wird sich daher selbst weitere Fragen stellen:

- Wofür wurden von den Stadtplanern Bürgersteige vorgesehen? (für den Fußgänger)
- Gibt es denn so viel mehr Autos als Eltern mit Kindern in Nordenstadt? (sicher nicht, also müssen doch ein Teil dieser Autofahrer auch Eltern sein, die sich um die Sicherheit ihrer Kinder sorgen!)

Existiert nicht ein Straßenplan, der durch verkehrsregelnde Maßnahmen eine, dem kindgemäßen Verhalten entsprechende, Sicherheit auf dem Weg zum Kindergarten oder zur Schule gewährleisten soll? (dieser Plan wurde in Zusammenarbeit mit Polizei, Amt für Verkehrswesen, Ortsverwaltung und Schulleiternbeirat ausgearbeitet)

Läßt sich die Gedankenlosigkeit des Autofahrers beim Parken abändern???

(damit wäre die ehrenamtliche Tätigkeit des Schulleiternbeirates für die Schulsicherung nicht "für die Katz")

Welche Argumente haben bei dem Autofahrer die größeren Auswirkungen? Denn gern würde der besorgte Spaziergänger die Überschrift abändern:

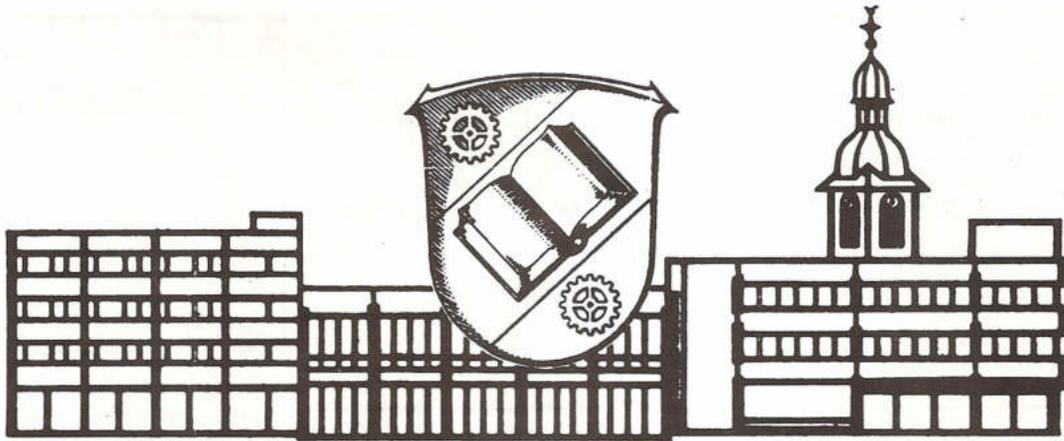
GEDANKEN ZUM MITEINANDER: KINDER UND AUTO.

H.Fiedler

ÜBRIGENS

wenn Sie die Zeitung gelesen haben, werfen Sie sie nicht in den Müll-eimer, warten Sie bis zur nächsten Altpapiersammlung der Jugendfeuerwehr am

Samstag, 09. April 1983



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

7. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert April/Mai 1983

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

6. März — ein rabenschwarzer Tag

Schaut man nach dem 6. März aus der Nordenstädter Perspektive, also aus den kommunalpolitischen Niederungen, gen politischen Olymp (Bonn), so wird einem, und dies im wahrsten Sinn des Wortes, schwarz vor Augen.

Alles ist schwarz, wo man nur hinschaut. Ortsvorsteher, Oberbürgermeister, Bundeskanzler, Bundestagspräsident und Bundespräsident - alle sind schwarz. Dazwischen zur Zeit wenigstens noch, ein kleiner, winziger roter Punkt, ein geschäftsführender hessischer Ministerpräsident ohne parlamentarische Mehrheit. Diese Liste umfassend schwarzer Staatsgewalt wäre noch beliebig zu erweitern und man hätte am Ende doch noch etwas vergessen. Die drei Säulen einer Demokratie - Legislative, Exekutive und Jurisdiktion - sind fest in einer Hand. Für westliche Demokratien ein einmaliger Zustand.

Politische, wirtschaftliche und meinungsbildende Macht so einseitig verteilt, neigt dazu, Andersdenkende auszuschalten. Dies wiederum provoziert radikale Gegenwehr. Beispiele dafür existieren in der jüngsten Geschichte unserer Republik. Bundeskanzler Kohl muß beweisen, ob er genügend demokratisches Fingerspitzengefühl besitzt. Denn von der Bundes-FDP, die dank Kohl's Hilfe den Wiedereinzug ins Parlament geschafft hat, und die durch die Austritte der wichtigsten liberalen Köpfe zu einer reinen Wirtschaftslobby verkommen ist, ist wohl kaum viel zu erwarten.

Im Grunde war das Wahlergebnis vom 6. März vorhersehbar. Unverständlich ist, daß vonseiten der Bonner Wahlkampf-führung nicht gegen den Trend gearbeitet wurde. Die Wahl wurde nicht von der CDU/CSU oder von Helmut Kohl gewonnen, sondern von der SPD verloren.

Der Ursprung dieser Niederlage liegt in dem drastischen Vertrauensverlust seit der Wahl 1980. Seit dieser Wahl gewann die CDU/CSU von Monat zu Monat in den Augen der Wähler an Kompetenz in den zentralen Fragen, die auch diesen Wahlkampf bestimmten: Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und Sozialpolitik. Die SPD stritt sich lieber in dieser Zeit um den Nato-Doppelbeschuß. Man hatte anscheinend nur noch die letzten Worte von Willy Brandt im Ohr, "der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts".

Es wurde ein starker Wahlkampf gegen die Nachrüstung geführt, aber damit am Wähler vorbei, dem wirtschaftliche Sicherheit zum gegenwärtigen Zeitpunkt wichtiger ist als diese elementaren und komplizierten Sicherheitsfragen. Mit einem Märchen jener Wahlnacht sollte jedoch aufgeräumt werden: nicht so sehr die Arbeiter sind der SPD weggelaufen, sondern Wähler der Mittelschicht, kleine und mittlere Angestellte und Beamte.



NORDENSTÄDTER FRIEDHOF ALS FILMKULISSE

Verwunderung löste bei einigen Anwohnern das nächtliche Treiben auf dem Nordenstädter Friedhof aus. Ende März nämlich waren Scheinwerfer, Kameras, Lastwagen und Bulldozer bis in die Mitte mehrerer Nächte im Einsatz. Der Friedhof hatte sich außerdem innerhalb von wenigen Stunden an einem Samstag um fast zwanzig Grabstätten vergrößert.

Warum das alles? Des Rätsels Lösung ist ganz einfach.

Der Nordenstädter Friedhof war zur Filmkulisse für einen Fernsehfilm geworden. "DAS KANN UNS NIE PASSIEREN" heißt der (vorläufige) Titel.

Geschildert wird hierin, wie sich zwei gegenseitig kontrollierende Computer doch irren und die Existenz eines Menschen verneinen. Die Hauptperson, die nach einem Auslandsaufenthalt wieder über die heimatische Grenze einreisen will, wird von diesen Computern als nicht existent geführt, da verstorben. Auf der Suche nach seinem vermeintlichen Leichnam kommt diese Person zum Nordenstädter Friedhof und findet sein Grab.

Was sich sonst noch so in dem Film abspielt und wie er endet, soll nicht verraten werden.

Sendetermin ist der 2. Januar 1984.

W.W.

30. April Taunushalle Nordenstadt

Beginn: 20 Uhr · Eintritt: 5,- DM

Weekend Expresß

Tausch in den Ma

Unter den Anwesenden werden Reisen + kleine Preise verlost



Nun zu Nordenstadt: Die Wahlbeteiligung lag mit 90,3 Prozent um knapp zwei Prozent über der Wahl von 1980. Zum ersten Mal schlug die CDU die SPD bei den Erststimmen ganz klar. Betrug der Vorsprung der CDU bei den Erststimmen 1976 nur 0,3 Prozent (46,1 : 45,8),

so betrug er bei dieser Wahl 8,4 Prozent (50,9 : 42,5). 1980 war bei den Erststimmen die SPD stärkste Partei mit 8,3 Prozent Vorsprung vor der CDU (40,3 : 48,6). Auch bei den Zweitstimmen sah der Abstand in diesem Jahr ähnlich aus.

ERGEBNIS DER ZWEITSTIMMEN VON NORDENSTADT (incl. Briefwahl)

	CDU	SPD	FDP	Grüne
1983	46,3 %	38,2 %	9,5 %	5,8 %
1980	39,1 %	42,9 %	16,3 %	1,4 %

Das Bundestagswahlergebnis entspricht bis auf die Stelle hinter dem Komma dem Kommunalwahlergebnis von 1981. In den vier Stimmbezirken Nordenstadts wurde ein unterschiedlicher Trend sichtbar. Die SPD verlor gegenüber 1980 alle Stimmbezirke an die CDU. Am stärksten waren die SPD-Verluste mit 9 Prozent rund um den Hessenring (CDU + 9,2 %), der ehemaligen Hochburg der SPD. Am niedrigsten waren die Verluste im Baugbiet Westring: hier verlor die SPD 1,9 Prozent (CDU + 6,8 %). In diesem Stimmbezirk verlor die FDP 9,9 Prozent (1980: 21,3 % 1983: 11,4 %). Die CDU hat ihren stärksten Stimmbezirk nördliches Nordenstadt weiter ausgebaut auf 50,1 Prozent (1980: 42,2 %). Bei dieser Wahl erzielte die SPD im alten Ortskern ihr bestes Ergebnis mit 39,6 Prozent, das schwächste am Hessenring mit 38,3 Prozent. Fazit dieser Wahlschlappen. Die SPD muß wieder neu aufbauen. Der lange und schwere Marsch durch die Gemeinden und Länder bis nach Bonn muß beginnen. Verspieltes Vertrauen muß zurückgewonnen werden. Diese "unsere jetzige Regierung" kann die Probleme, die der Mehrheit der Bevölkerung auf den Nägeln brennen, nicht lösen, auch wenn der sogenannte Aufschwung kommen wird. Denn sie hat

die Probleme nicht erkannt, weil sie andere Interessen vertritt. Die Arbeitslosigkeit wird langfristig steigen. Die SPD hat die richtigen Lösungen in der Schublade, nur hat sie den Schlüssel dazu in der Zeit der Koalition mit der



FDP offenbar verlegt. Ich erinnere da nur an den Aufstand von allen Seiten, als die SPD 78/79 von der 35-Stunden-Woche sprach, um die drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden. Wir haben die Wahl verloren. Es gilt viel zu tun. Also -- packen wir's an!

W.Sp.

ZUFALL ODER ABSICHT ?

Genau eine Woche vor der Bundestagswahl berichtete der Wiesbadener-Kurier, die Stadtverwaltung habe zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit für 1983 285 Lehrstellen der verschiedensten Berufszweige bereitgestellt.

Eine Wiesbadener Schülerein hatte bereits Anfang Januar eine Absage auf ihre Bewerbung mit dem Hinweis auf die abgelaufene Bewerbungsfrist am 31.12.82 erhalten. Angesichts dessen und angesichts des Zeitpunktes der Veröffentlichung glaubte sie, es handle sich um zusätzliche Ausbildungsplätze und bewarb sich erneut.

Ihre Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. Eine erneute Absage flatterte ins Haus. Darin hieß es "...bei dem Zeitungsbericht handelt es sich lediglich um einen abschließenden Artikel über das Einstellungsverfahren der Wiesbadener Stadtverwaltung."

Wer auch immer der Urheber der Meldung gewesen sein mag, der Termin der Veröffentlichung war geschickt gewählt und paßte hervorragend zu den vollmundigen Versprechungen der CDU für 30.000 neue Lehrstellen.

Schade nur, daß wieder einmal die schwächsten der Schwachen an der Nase herumgeführt worden sind!

R.G.

Ferienreisen '83

Unter dieser Überschrift liegt wieder eine Broschüre des Wiesbadener Jugendamtes vor. Angeboten werden darin 18 Ferienfreizeiten für Jugendliche von 8 bis 13 Jahren und 13 bis 17 Jahren.

Reiterferien oder Ferien im Zirkus gehören ebenso dazu, wie Zeltlager, Wanderungen, Boots- oder Radwanderungen.

Die Broschüre gibt es bei der Ortsverwaltung Nordenstadt oder beim Jugendamt der Landeshauptstadt Wiesbaden, Dotzheimer-Straße 97-99.

Erstmals vorgestellt werden in dieser Broschüre auch Familienfreizeiten. Während bei den Jugendfreizeiten keine Einkommensgrenzen zu beachten sind, gelten bei den Angeboten für Familien bestimmte Einkommensgrenzen.

W.W.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein-Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26,
Elke Spiekermann, Wacholderstraße 5,
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr.14

Druck: Breitwieser Werbung & Druck,
Leberberg 4, 6200 Wiesbaden

Chronik des Jahres 1933

23. März

Ermächtigungsgesetz. Der Reichstag nimmt gegen die Stimmen nur der SPD das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ an. Die Regierung erhält damit das Recht, Gesetze, die von der Reichsverfassung abweichen, zu erlassen. Rode des SPD-Vorsitzenden Otto Wels zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. 94 SPD-Abgeordnete sind anwesend. 26 Abgeordnete sind bereits verhaftet oder konnten sich durch Flucht der Verhaftung entziehen. Den KPD-Abgeordneten war ihr Mandat aberkannt worden.

2. Mai

Besetzung der Häuser, Büros, Banken und Zeitungsredaktionen der Freien Gewerkschaften im ganzen Reich durch SA und SS; Gleichschaltung der Gewerkschaften.

29. Mai

Julius Leber wird in Lübeck zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis verurteilt.

8. Juni

Toni Pfülf, geboren am 14. Dezember 1877 in Metz, Lehrerin, Mitglied der SPD. 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung. 1920-1933 MdR. begeht in München wegen der politischen Verhältnisse Selbstmord.

21. Juni

Höhepunkt der „Köpenicker Blutwoche“ – Ermordung von 91 Menschen, Festnahme von 500 Menschen.

22. Juni

Verbot der SPD.

Ende Juni

Innerhalb einer Woche werden über 3000 Sozialdemokraten verhaftet, darunter Paul Löbe, Max Westphal; am 6. Juli Kurt Schumacher.

2. Juli

Die emigrierten Mitglieder des SPD-Parteivorstandes treten zu ihren ersten Sitzungen zusammen. Otto Wels erklärt, jetzt sei die Prager Gruppe der legitime Parteivorstand.

7. Juli

Durch „Verordnung zur Sicherung der Staatsführung“ des Reichsinnenministers werden SPD-Mandate im Reichstag, den Landtagen und Gemeindevertretungen für unwirksam erklärt.

November 1982:

In einem Artikel von Norbert Bender (Vorstandsmitglied der CDU-Nordenstadt) in "CDU-Aktuell":

"Sie (die Sozialdemokraten) gehören nicht nur nicht auf die Regierungsbank, sie gehören eigentlich auch nicht auf die Oppositionsbank."

GUTER RAT IST KOSTENLOS

Haben Sie Fragen zu Ihrer Rente? Wollen Sie eine Kur antreten? Müssen Sie einen Antrag stellen?

In allen Fragen der Rentenversicherung für Angestellte können Sie sich vertrauensvoll an den Versichertenältesten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) wenden. Am besten Sie vereinbaren mit ihm telefonisch einen Besuchstermin.

Der Versichertenälteste für Nordenstadt ist ein junger Mann aus Breckenheim, der der Leiter der Barmer in Nordenstadt ist.

Seine Anschrift: Hans-Joachim Wink
Alte Dorfstraße 56
6200 Wi-Breckenheim
Tel.: 06122/12439

oder tagsüber: BARMER Ersatzkasse
-Zweigstellenleiter-
Hessenring 21
6200 Wi-Nordenstadt
Tel.: 06122/16132

Sprechzeiten sind in der Regel jeden zweiten Donnerstag im Monat von 17 bis 18 Uhr. Aber am besten ist es, Sie vereinbaren mit ihm vorher telefonisch einen Termin, sagen ihm, worum es sich handelt, dann kann er Sie noch auf wichtige Unterlagen hinweisen und Sie ersparen sich unter Umständen unnötige Wege. Was gehört zu seinen Dienstleistungen? Wobei kann er Ihnen direkt helfen oder weiterführenden Rat erteilen?

Hilfe bekommen Sie von ihm bei der Antragstellung. Es kann sich dabei um einen Rentenanspruch handeln oder aber um einen Antrag auf Kurbewilligung. Er hilft Ihnen in Fragen der Kontenklärung, d.h. bei der Überprüfung Ihrer Unterlagen und des Versicherungskontos.

Er erteilt Rat, wie Nachweise von Beschäftigungszeiten zu belegen sind und hilft Ihnen bei der Vervollständigung Ihrer Unterlagen, soweit es in seinen Möglichkeiten liegt.

Grundsätzlich sollten Sie bei der Beantragung einer Rente etwa ein bis zwei Jahre vorher mit ihm Rücksprache halten. Wer also heute schon weiß, daß er in zwei Jahren in Rente geht, sollte sich jetzt schon mit Herrn Wink in Verbindung setzen, vielleicht kann er mit seinem Rat Sie vor zukünftigem Ärger bewahren.

Der Versichertenälteste führt keine Beratung im Sinne einer Rentenberechnung durch. Er arbeitet aber eng zusammen mit der Berliner Geschäftsstelle für Selbstverwaltung und den Auskunfts- und Beratungsstellen der BfA in Mainz und in Frankfurt.

Er ist in der Lage, Ihren Rentenkontenstand innerhalb weniger Tage über eine hessische EDV-Außenstelle der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte abzurufen. Dies sollte natürlich nicht die Regel sein, aber in manchen Fällen ist schnelle Information nützlich. Die Versichertenältesten sind ehrenamtlich tätige Vertrauensleute der BfA. Eine Beratung durch sie erfolgt kostenlos. Ihre Beratungstätigkeit erstreckt sich ausschließlich auf Angestellte. Maßgeblich dafür ist: die letzte Beitragszahlung der Rentenversicherung muß an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte erfolgt sein und nicht z.B. an die Landesversicherungsanstalt.

In Schulungen und regelmäßig stattfindenden Seminaren werden die Versichertenältesten von der BfA auf dem neuesten Wissensstand gehalten. Ihr Wissen und ihre Hilfe kommen uns zugute!

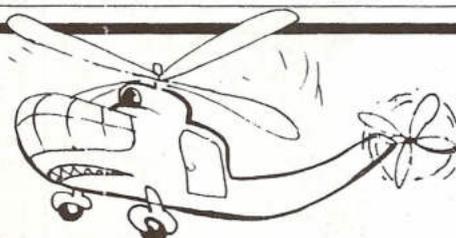
HPSCH

HUBSCHRAUBER IN ERBENHEIM

Am 16. Februar 1983 wurde von einer Delegation der verschiedenen Bürgerinitiativen "Bürger gegen Hubschrauber in Erbenheim" dem Ministerpräsidenten des Landes Hessen ein Protestschreiben überreicht. Entgegengenommen wurde das Schreiben von dem Leiter der hessischen Staatskanzlei, Herrn Staatssekretär Bartholomäi.

Verwiesen wurde in dem Schreiben auf die über 5.000 Unterschriften, die bei einem Wiesbadener Notar hinterlegt wurden. Diese Unterschriften wurden von betroffenen Bürgern gesammelt, die sich mit ihrer Unterschrift gegen eine Stationierung von Hubschraubern wandten.

Einen Vorgeschmack haben die betroffenen Bewohner rund um den Erbenheimer Flughafen bereits erhalten. Trotz schärfster Proteste und Unterschriftenaktionen erfolgte bisher eine Teilstationierung. Weitere Hubschrauber und sogar Flugzeuge sollen folgen.



Trotz Zusicherung der Militärs, Wohngebiete nicht zu überfliegen, wird dies ständig praktiziert. Hoffentlich heißt es nicht eines Tages: "In einem Wohngebiet Nordenstadts ist ein amerikanischer Hubschrauber abgestürzt." So wie es erst jetzt wieder in Nidderau-Ostheim geschehen ist. Dort ist er glücklicherweise dicht neben einem Wohngebiet in einem Waldstück abgestürzt.

Was weiter gegen die bereits teilweise vollzogene Stationierung unternommen werden soll, wird Ende April auf einer Zusammenkunft der Initiativen beschlossen werden. Bedauerlich, daß sich wieder nur die Nordenstädter SPD dabei um die Interessen und Belange der Bevölkerung kümmert.

W.W.

NUR DER WINTER FEHLTE

Der Traum von der Eisfläche in Nordenstadt hätte Wirklichkeit werden können.

Die Stadt Wiesbaden gab grünes Licht; Nordenstadt konnte in Eigeninitiative eine Eisbahn schaffen. Die Freiwillige Feuerwehr erklärte sich bereit zum Spritzen. Sie versuchte es, aber der milde Winter und die leichte Böschung auf dem Bolzplatz spielten nicht mit.

Der nächste Winter kommt bestimmt, hoffentlich auch mit Eisflächen-Kältewetter und Sandsäcken (damit das Wasser nicht wieder wegläuft).

Diese Eislauffläche wird bestimmt so manchem müden Nordenstädter auf die Kufe helfen.

G.J.

WOHIN MIT DEM GARTENABFALL??

Alle Jahre wieder - vom Frühling bis zum Herbst - stellt sich die Frage, wohin mit den Gartenabfällen. Und da gibt es halt immer noch Anlieger, die sich ihrer Abfälle dadurch entledigen, indem sie sie einfach auf ein freies Grundstück oder in die Gemarkung werfen. Der Gesetzgeber sieht hierfür empfindliche Geldstrafen vor!

Machen Sie es doch wie schon so viele. Stellen Sie sich in irgendeine Ecke Ihres Gartens einen Kompostsilo oder Komposthaufen. Schon nach einem Jahr ist aus Ihren Abfällen Kompost geworden, der sich bestens als Bodenabdecker, Bodenverbesserer und Dünger verwenden läßt und wesentlich besser als Torf ist. Vielleicht gehen Sie jetzt mal ran, solange die Gartensaison noch nicht angebrochen ist und planen das Komposteckchen schon mal ein. Vielleicht hat ja Ihr Nachbar auch schon einen Kompostsilo und kann Ihnen da sicher gute Tips geben.

Für diejenigen, die absolut keinen Platz in ihrem Garten finden, um einen Komposthaufen anzulegen: Setzen Sie sich mit dem Stadtreinigungsamt in Verbindung! Die Sperrmüllabfuhr ist unter der Telefon-Nummer 06121/31 33 27 zu erreichen. Sie sorgt gegebenenfalls für den Abtransport. Oder verwenden Sie die von der Stadt bereitgestellten Müllsäcke, die es in der Ortsverwaltung und auch bei einigen Verkaufsstellen in Nordenstadt gibt.

Auf alle Fälle nicht mehr irgendwohin schmeißen, denn UMWELTSCHUTZ FÄNGT AUCH VOR DEINER HAUSTÜR AN!!

WW

100 Jahre TUS NORDENSTADT

Der TUS NORDENSTADT 1883 e.V. begeht vom 6. - 15. Mai 1983 sein 100-jähriges Vereinsjubiläum.

Die Festivitäten beginnen am 6. Mai um 20,00 Uhr in der Taunushalle mit einem akademischen Abend - Kommers - unter Mitwirkung des MGv Concordia, des Fanfarenzugs der Freiwilligen Feuerwehr und des Musikvereins Nordenstadts. Schirmherr dieser Veranstaltung ist der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden, Dr. Jentsch. Am Samstag, 7. Mai, werden die Feierlichkeiten mit einem großen bunten Abend in der Taunushalle - mit namhaften Künstlern und anschließendem Tanz - fortgesetzt.

An den folgenden Tagen werden bis einschließlich 14. Mai Sportveranstaltungen der Fachschaften Fußball, Frauen- und Männerhandball, Tischtennis und Volleyball dargeboten. Einer der Höhepunkte wird dabei sicher ein Fußballspiel gegen Eintracht Frankfurt sein. Die genauen Termine und Programmabläufe können einem Jubiläumsbuch entnommen werden, das der TUS Nordenstadt in diesen Tagen herausgibt. Aber darin sind nicht nur die Termine interessant, sondern sicher auch für viele Nordenstädter die 100-jährige Vereinsgeschichte, in der sich der TUS vom gegen Widerstände gegründeten Turnverein zum heute gut funktionierenden Turn- und Sportverein mit verschiedenen Fachschaften entwickelt hat. Abgeschlossen werden die Jubiläumstage mit einem Frühschoppen am Sonntag, dem 15. Mai ab 10.00 Uhr. Wünschen wir uns alle für diese Veranstaltung ein paar schöne Tage und dem TUS ein gutes Gelingen für die nächsten 100 Jahre.

kk

BLICKPUNKT NORDENSTADT

Sprechstunden des Sozialdienstes

SPD-ARBEITSKREIS FORDERT BESSERE AUTOBAHNAUSFAHRT

Eine Verlängerung der Ausfahrtspur für die Anschlußstelle Nordenstadt der A66 wird vom Kommunalpolitischen Arbeitskreis der SPD-Nordenstadt gefordert. Erreicht werden soll damit, daß der Rückstau, der in der Verkehrsspitze bis auf die Autobahn reicht, den Verkehrsfluß auf der A66 nicht stört. Durch eine Verlängerung kann schon frühzeitig eine Entflechtung des Verkehrs erreicht werden und dient folglich der Erhöhung der Verkehrssicherheit. Das gegenwärtig von vielen Verkehrsteilnehmern praktizierte frühzeitige Abfahren bzw. Befahren der Standspur stellt außerdem einen Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung dar. Ferner fordert der Arbeitskreis, soll erneut geprüft werden, ob durch eine Änderung der Vorfahrtsregelung, durchgehende Vorfahrt für Abbieger von der Autobahn bis zur Massa-Kreuzung, eine Reduzierung der Staubildung erreicht werden kann. W.W.

Seit Januar 1983 führt der städtische Sozialdienst wieder regelmäßig Sprechstunden in Nordenstadt durch. Jeweils am ersten und dritten Dienstag im Monat kann man in der Sozialstation des Gemeindezentrums, Hessenring 46, von 16 - 18 Uhr, den Sozialarbeiter Klemens Resch aufsuchen und sich von ihm beraten und auch helfen lassen. Ob Eltern und auch Kinder Probleme in Erziehungsdingen haben; ob es schulische oder auch berufliche Schwierigkeiten zu bewältigen gilt; ob Sie materiellen oder auch beruflichen Belastungen ausgesetzt sind, mit denen man allein nicht fertig wird; ob es sich um Adoptionen oder Pflegekinderfragen handelt oder ob Sie Schwierigkeiten in Wohnungsfragen oder bei der Beantragung einer Heilkur haben: all dies betreut Herr Resch und noch vieles mehr, was sich hier nicht im einzelnen alles aufzählen läßt. Eigentlich sind diese vier Stunden im Monat fast zu wenig, wenn man die breite Palette seiner Tätigkeitsbereiche sieht. Und daß es genug zu tun

gibt, kann man ahnen, wenn man mit etwas offenen Ohren Diskussionen in Elternbeiräten oder Vereinen verfolgt. Auch wenn Nordenstadt auf den ersten Blick hin den Eindruck eines problemlosen, gut strukturierten Vorortes vermittelt, kann man auch hier auf Problemfelder stoßen, für die es erst noch öffentliche Aufgeschlossenheit zu erzielen gilt. Ein erster Ansatz zur Bewältigung vorhandener Schwierigkeiten ist ein Antrag von den Elternbeiräten der Grundschule und der Horteinrichtung, der darauf abzielt für mehrere Kinder eine spezielle pädagogische Betreuung zu erreichen, um vorhersehbaren psychischen Fehlentwicklungen vorzubeugen. Sollte ein solcher Antrag realisiert werden können, wäre das sicher auch eine Erleichterung für den Sozialarbeiter, Herrn Resch, der ja ohnehin nur beratend tätig sein kann und keine intensive Therapie bzw. Betreuungsmaßnahmen leisten kann. kk



SINKENDER GRUNDSTÜCKSWERT IN NORDENSTADT

Nach Auffassung eines namhaften Wiesbadener Immobilienmaklers muß zukünftig von einem geringeren Marktwert für Baugrundstücke um den Erbenheimer-Flughafen ausgegangen werden. Zu diesen Gebieten zählen hauptsächlich Delkenheim, Nordenstadt und Wallau. Begründet wird dies mit der zunehmenden Lärmbelastung durch die in Erbenheim stationierte Hubschraubereinheit, die nach amerikanischen Plänen sogar noch weiter ausgebaut werden soll. Zu den zwischenzeitlich stationierten sollen weitere Hubschrauber hinzukommen (Endstärke ca. 150 Hubschrauber), außerdem ist von der US-Administration auch die Belegung mit "normalen" Flugzeugen vorgesehen.

Nach Auffassung des Immobilienmaklers sei mit einer Wertminderung zwischen 40 und 50 Prozent zu rechnen, dies ergebe sich aus Erfahrungen in anderen Wohngebieten, in deren Nähe ebenfalls Hubschrauber stationiert wurden. I.M.

Termine... Termine... Termine...

- 30. April 1983 - 20,00 Uhr
Tanz in den Mai mit der Kapelle "Weekend-Express" in der Taunushalle
- 03. Mai 1983
Sprechstunde NORDENSTADT NACHRICHTEN im Gemeindezentrum, Sitzungszimmer 1. Stock von 18-19 Uhr
- 06. - 15. Mai 1983
Veranstaltungen des TUS Nordenstadt zum 100-jährigen Jubiläum
- 12. Mai 1983
Vatertagswanderung des CBNV
- 21. - 23. Mai 1983
Treffen mit Den Haag - MVNG Gemeindezentrum

ÜBRIGENS

wenn Sie die Zeitung gelesen haben, werfen Sie sie nicht in den Mülleimer, warten Sie bis zur nächsten Altpapiersammlung der Jugendfeuerwehr am

SAMSTAG, 11. JUNI 1983

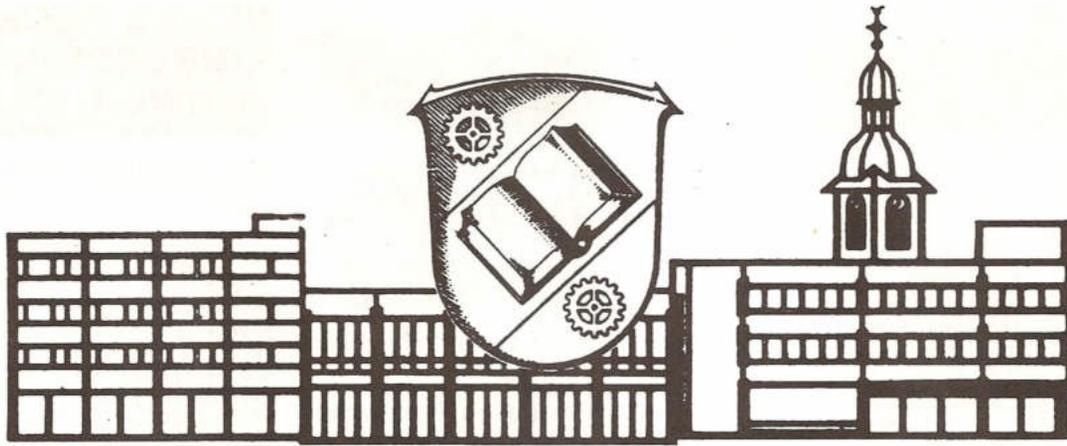
VOM GEFÄNGNIS ZUM JUGENDHAUS

Wußten Sie, daß das alte Feuerwehrgerätehaus früher einmal als Gefängnis genutzt wurde? Daß jetzt daraus ein Haus für die Nordenstädter Jugend werden soll, haben Sie sicher aus der letzten Ausgabe der NORDENSTADT NACHRICHTEN und durch die Jugendsammelwoche erfahren. Sechs Vereine und Organisationen (TuS, Jugendfeuerwehr, Jugend-Rotkreuz, SJD-DIE FALKEN, Junge Union und die Jungsozialisten in der SPD) haben die Sammlung durchgeführt. 1.073,85 DM erbrachte die Sammlung von Falken und Jungsozialisten. Insgesamt erbrachte die Sammlung 2.028,27 DM.

Die Vereine werden auch beim Umbau des alten Feuerwehrgerätehauses in der Turmstraße mithelfen. Ende April werden die Entwürfe für den Umbau mit den Vereinen besprochen.

Wenn Sie bei der Sammlung nicht angetroffen wurden und trotzdem eine Spende leisten wollen, bei allen Nordenstädter Banken und Sparkassen sind Konten eingerichtet:

- SPENDENKONTO JUGENDHAUS NORDENSTADT
- Nassauische Sparkasse Nordenstadt
BLZ 510 500 15
Konto-Nr.: 189 037 600
 - oder
 - Raiffeisenbank eG Wiesbaden
BLZ 510 602 25
Konto-Nr.: 101 2568
 - oder
 - Wiesbadener Volksbank eG
BLZ 510 900 00
Konto-Nr.: 210 300 15
- Unsere Bitte, helfen Sie mit, daß Nordenstadt für unsere Jugendlichen mehr Lebensqualität erhält. G.J.



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

7. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Juni/Juli 1983

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe ++

WAS WIRD AUS UNSEREM STADTTEIL??

Gibt es weitere Betonklötze? Steht uns in Kürze ein tägliches Verkehrschaos ins Haus? Möchte die CDU/FDP-Mehrheit in der Regionalen Planungsgemeinschaft unser Nordenstadt zur Schlafstätte von Frankfurt machen?

Viele Fragen, die sich uns aufdrängen, wenn wir die Flächenausweisungen im regionalen Raumordnungsplan für einen Siedlungsbedarf bis zum Zieljahr 1995 betrachten und sie - nicht nur für Nordenstadt - als zu gigantisch und zu hoch gegriffen einschätzen müssen.

Bereits bei den Eingemeindungsverhandlungen im Jahre 1974 hatte die Landeshauptstadt Wiesbaden mit ihren Körperschaften, die von der damaligen selbständigen Gemeinde Nordenstadt im rechtsgültigen Flächennutzungsplan von 1972 ausgewiesenen Bebauungsflächen für wesentlich zu groß erachtet. In § 2 Abs. 3 des Eingliederungsvertrages wurde auf Drängen der Stadt Wiesbaden bereits eine Abkehr von den überhöhten Plänen verankert und in einer Vertragsanlage kenntlich gemacht. Danach wurden 1974 durch die Gemeinde Nordenstadt und in den Jahren 1977 und 1978 durch den Ortsbeirat erhebliche Bauflächen u.a. am HAINWEG wieder in landwirtschaftliche Flächen und das Gebiet IM WINKEL als Grünfläche bzw. Freizeit- und Erholungsanlagen umgewandelt - trotz herber Kritik von allen Seiten.

Unter Anerkennung der stark veränderten Rahmenbedingungen, die ein verstärkter Umweltschutz, die leeren Kassen der öffentlichen Hand, keine wesentliche Verbesserung der Infrastruktur und ein geringes Interesse an neuen gewerblichen Siedlungsflächen offenbarten; haben sich alle Parteien im Nordenstädter Ortsbeirat einstimmig dafür ausgesprochen, keine weiteren Bauflächen mehr auszuweisen.

Nun wird aber im Entwurf der Fortschreibung des regionalen Raumordnungsplanes für die Region Südhessen deutlich, daß Nordenstadt (neben anderen Vororten) zukünftig für das europäische Mittelzentrum Frankfurt weitere Bauflächen zur Verfügung stellen soll.

Im Südwesten von Nordenstadt soll das Gebiet "Durch den Hainweg" und "Unter der Heil", im Nordwesten das Gelände "Igstadter Pfad" u. "Auf der Schlicht", einschließlich des vorgesehenen Sport- und Freizeitgeländes, zugebaut werden. Gleiches gilt für die Grundstücke "In der Bain" im Osten von Nordenstadt. Insgesamt handelt es sich dann um eine Fläche von 42 ha, die als Baufläche ausgewiesen ist.

Eine Verwirklichung dieser Planung bis zum Zieljahr 1995 wäre für Nordenstadt eine ökologische wie auch soziologische Unsinnstat, die einen weiteren Verlust an Lebensqualität mit sich brächte; von der ja heute schon unzureichenden Infrastruktur ganz zu schweigen.

In dem vom Regierungspräsidenten vorgelegten Planentwurf ist bei der Fortschreibung diese umfangreiche Bebauung offensichtlich durch die Planungsgruppe beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden initiiert worden.

Wir - d.h. die SPD-Fraktion - haben durch einen Antrag im Ortsbeirat den Magistrat aufgefordert, diesen Entwurf zum regionalen Raumordnungsplan für die Region Südhessen soweit er den Bereich Nordenstadt betrifft umgehend vorzulegen. Nach Eingang der Pläne werden wir sie (wenn technisch möglich) abdrucken und für eine rechtzeitige öffentliche Diskussion eintreten.

In der Regionalen Planungsgemeinschaft selbst haben sich nur die Vertreter der SPD vehement gegen die Verabschiedung dieses bereits vom Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten zurückgezogenen Plans ausgesprochen. Bisher war es in diesem Gremium auch erforderlich, Entscheidungen mit einer Zweidrittel-Mehrheit zu treffen. Durch eine Änderung der Geschäftsordnung, die ebenfalls gegen den erklärten Widerstand der SPD beschlossen wurde, genügt nun die absolute Mehrheit.



WAS WIRD AUS UNSEREM STADTTEIL ??

Kaum im Besitz der neuen Machtfülle haben CDU und FDP die neue Regionalplanung verabschiedet. Diese Entscheidung macht auch deutlich, daß die örtlichen Vertreter der betroffenen Ortsteile offensichtlich keinerlei Mitspracherecht innerhalb der Planungsgremien haben.

Nordenstadt hat seit Jahren den größten Wohnungszuwachs. Im Jahre 1982 wurden 236 neue Wohnungen fertiggestellt, so daß jetzt 3.050 Wohnungen für 7.219 Einwohner (ohne Amerikaner) zur Verfügung stehen. Wenn das Baugelände am Igstadter Weg und die noch einzelnen Baulücken bebaut sind, wird Nordenstadt ca. 8.300 Einwohner haben. Die Bevölke-

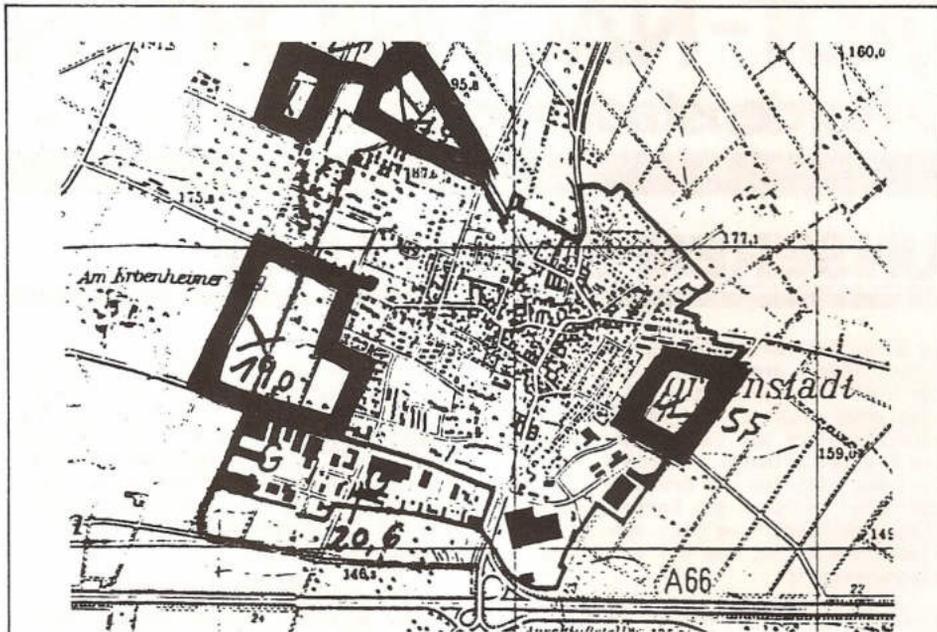
rung hat sich dann innerhalb der letzten 10 Jahre vervierfacht. Bei ruhiger Betrachtung dieses Sachverhaltes scheint eine Konsolidierungsphase in jeder Beziehung jetzt dringend notwendig.

Die SPD wird sich deshalb entschieden gegen weitere Ausweisungen von Siedlungsflächen in dem vorgesehenen Umfang aussprechen und hofft, daß es weiterhin bei der bis heute bestehenden Übereinstimmung aller im Ortsbeirat vertretenen Parteien bleibt.

P.H.

Widerstand muß heute darin bestehen, von seiner Freiheit Gebrauch zu machen.

Heinrich Böll



Die stark umrandeten Felder zeigen die ungefähre Lage und Größe der beabsichtigten Erweiterung der Baugebiete.

"Nicht rückholbar"- die neuen Medien und ihre Folgen

Die Zeitungsnotiz, daß auch Nordenstadt demnächst "verkabelt" werde, machte jäh höchst aktuell, was bisher Zukunftsmusik zu sein schien, weit entfernt. Ein fachkundiger und nachdenklicher Beobachter der Medienentwicklung, der ZDF-Redakteur Dr. Wolf Rüdiger SCHMIDT, war da bei der letzten Mitgliederversammlung der SPD in Nordenstadt genau der richtige Mann, um Informationen zu geben und Probleme aufzuzeigen.

Kabelfernsehen ermöglicht, technisch gesehen, das Senden und Empfangen von Dutzenden von Programmen. Über das Satellitenfernsehen können Fernsehstationen außerhalb der Bundesrepublik diese zum Teil mit ihren Programmen überstrahlen. Der Bildschirmtext ermöglicht, über den Anschluß an ein Computersystem, einen fast unbegrenzten Informationsaustausch. Waren bestellen, seinen Kontostand feststellen und Zahlungen vornehmen, usw. usw. - das geht vom heimischen Terminal aus.

Läßt man sich von der Faszination der technischen Möglichkeiten nicht völlig gefangen nehmen, erkennt man auch viele Probleme, auf die bislang Lösungen kaum durchdacht sind.

Die neuen Medien werden Arbeitsplätze vernichten. Im Dienstleistungsbereich schätzt man den Verlust an Arbeitsplätzen auf bis zu zwei Millionen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird allenfalls ein Zehntel des Verlustes ausgleichen. Die Verlagerung von Arbeit in Heimarbeit bedroht überdies Errungenschaften, die seit dem 19. Jahrhundert mühsam erkämpft worden sind. Heimarbeiter waren und sind in besonderem Maße der Arbeitgeber-Willkür ausgesetzt.

Im Hinblick auf die sozialen Folgen der neuen Medien, z.B. im Bereich kindlicher Erziehung und der Bildung überhaupt, stellt sich die Frage nach der Kontrolle dieser Medien. Es ist nötig, konkrete Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie einer Privatisierung vorgebeugt und eine öffentlich-rechtliche Kontrolle gesichert werden kann.

Die bisherigen Versuche zeigen, daß angesichts der Kapitalinvestitionen eine Rückholbarkeit, also ein Verzicht auf diese Medien ziemlich illusorisch ist. Um so wichtiger ist es, das Wie dieser Medien rechtzeitig zu bedenken und politisch schlüssige und verantwortbare Vorstellungen darüber zu entwickeln.

SB

NEUES RECHT FÜR KRIEGSDIENST-VERWEIGERER

Am 1. Juli dieses Jahres tritt das neue Recht für Kriegsdienstverweigerer in Kraft.

Wir erinnern uns: Unter der SPD-Kanzlerschaft wurde das vor allem bemängelte "Anhörungsverfahren" abgeschafft. Es genügte, dem Kreiswehersatzamt mitzuteilen, daß man beabsichtige, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern und stattdessen einen Zivildienst ableisten wollte. Der Zivildienst war bereits länger als der Grundwehrdienst, als Ausgleich für Wehrübungen, die von Wehrpflichtigen abgeleistet werden müssen.

Dieses Verfahren wurde dann von der CDU vor das Karlsruher Verfassungsgericht gebracht. Die Karlsruher Richter entschieden, daß ein solches Verfahren nur bei verlängertem Wehersatzdienst zulässig sei. Nach der allgemeinen Wende kam auch die Wende für diejenigen, die ihr Recht aus dem Grundgesetz in Anspruch nehmen wollen. Anstatt diesen unbegründbaren Spruch mit einer minimalen Verlängerung zu versehen, entschied sich die neue Mehrheit für eine drastische Verlängerung der Wehersatzdienstzeit auf 20 Monate.

Einen Schlupfwinkel haben die Gesetzgeber jedoch übersehen. Das alte Recht läßt eine Beantragung als Kriegsdienstverweigerer unabhängig vom Alter zu. Nach neuem Recht muß der Antragsteller 17 1/2 Jahre alt sein. Wenn man also bis zum 30. Juni 1983 einen Antrag beim Kreiswehersatzamt stellt, kann dieser Antrag noch nach altem Recht behandelt werden mit der Auswirkung, daß statt eines 20-monatigen Ersatzdienstes noch ein 16 Monate dauernder Dienst zu leisten ist.

Bürger gegen Stationierung

Ungefähr 250 - 300 Personen beteiligten sich an einer Demonstration gegen die Stationierung von Hubschraubern in Erbenheim am 11. Juni. Aufgerufen hatten die verschiedenen Bürgerinitiativen aus den umliegenden Gemeinden, wobei die Nordenstädter Initiative von der SPD getragen wird, da alle übrigen Parteien hier zu einer Mitwirkung nicht bereit waren.

Die Demonstration nahm ihren Anfang im Delkenheimer Gewerbegebiet und führte entlang dem Flughafen zum Haupteingang. Dort wurde eine Resolution übergeben, in der die Bedenken der betroffenen Bevölkerung zur beabsichtigten Stationierung von 135 Hubschraubern und 26 Flächenflugzeugen (dies wurde uns von der Hessischen Staatskanzlei bestätigt) noch einmal zum Ausdruck gebracht wurden. Ein von der Landesregierung erneut in Auftrag gegebenes Gutachten an die Bundesanstalt für Flugsicherung bestätigt die bereits getroffene Feststellung, daß es im Falle der Stationierung zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Luftverkehrsraums im Rhein-Main-Gebiet kommt. Die Bundesanstalt spricht sich eindeutig gegen eine solche Stationierung aus. In der übergebenen Resolution wird u.a. darauf hingewiesen, daß in den USA Übungsflüge dort nicht stattfinden dürfen, wo die Wohnbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird. Mit 1.500 Einwohnern pro Quadratkilometer ist die Bevölkerungsdichte in unserer Region elfmal stärker als in dem bevölkerungsreichen Bundesstaat New York. Und dennoch 135 Hubschrauber bei uns??

WW

"Die Seite des Wahlkämpfers"

Herbert Schneider

Liebe Nordenstädter,

im Mai 1983 wurde ich von den Delegierten der Wahlkreis-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei zum Landtagswahlkandidaten für den Wahlkreis 31 nominiert.

Bedingt durch die vor einiger Zeit beschlossene Änderung der Wahlkreise, gehören dem Wahlkreis 31 nun folgende Wiesbadener Stadtteile an: Biebrich mit Gräselberg und Waldstraße, die AKK-Gemeinden Amöneburg, Kastel und Kostheim, Erbenheim, Igstadt, Kloppenheim und die zuletzt nach Wiesbaden eingemeindeten ehemals selbständigen Gemeinden Delkenheim, Breckenheim, Medenbach, Auringen, Naurod und Nordenstadt.

Ich gehöre bereits als jeweils direkt gewählter Abgeordneter des alten Wiesbadener Wahlkreises 28 neun Jahre lang dem Hessischen Landtag an.

Durch die Verweigerung der Abgeordneten von CDU und Grünen bei der Verabschiedung des Haushaltes und bei der gleichzeitigen Unmöglichkeit, einen Ministerpräsidenten zu wählen, wird es am 25. September 1983 Neuwahlen geben. Damit Sie wissen, wen Sie am 25. September wählen, möchte ich mich Ihnen heute auf diesem Wege vorstellen:

Ich wurde 1942 in Wiesbaden geboren. Besuchte acht Jahre die Volksschule und absolvierte anschließend eine dreijährige Lehre als Klischee-Ätzer. Durch den technischen Wandel in der Druckindustrie war ich gezwungen, mehrmals neue Tätigkeiten hinzuzulernen und auszuüben. Zuletzt war ich als Arbeitsvorbereiter in einem graphischen Betrieb beschäftigt.



SPD

Meine politische Arbeit habe ich 1972 als Stadtverordneter begonnen. 1974 übernahm ich den Wahlkreis unseres Alt-Oberbürgermeisters und ehemaligen Landtagspräsidenten Georg Buch, der auf eine erneute Kandidatur verzichtete.

Mein Arbeitsschwerpunkt im Parlament war und ist die Sozialpolitik. In der SPD-Fraktion bin ich zuständig für die Probleme der Arbeitswelt. In diese Arbeit kann ich vor allen Dingen auch meine Erfahrungen als Vorstandsmitglied der AOK, Krankenkasse für Wiesbaden, mit einbeziehen.

Seit Juli 1982 bin ich DGB-Kreisvorsitzender in Wiesbaden. Aus dieser Arbeit heraus sind mir die wirtschaftlichen Probleme und ihre Auswirkungen auf Handwerk, Handel und Industrie bestens vertraut. Deshalb habe ich in der Fraktion daran mitgewirkt, daß im Rahmen eines Teilhaushaltgesetzes 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen worden sind und weitere geschaffen werden sollen. Dabei sollen jedoch die Unternehmer keineswegs aus ihrer Pflicht entlassen werden.

Meine natürlich auch zu wenig freie Zeit verbringe ich zusammen mit meiner Frau in meinem Erbenheimer Kleingarten oder mit Mineraliensammeln. Weiter beschäftige ich mich mit der Literatur über Industrie- und Bergwerksgeschichte unserer engeren Heimat.

Mit dieser erneuten Kandidatur möchte ich meine Arbeit im Hessischen Landtag fortsetzen und weiterhin für all die Menschen Partei ergreifen, die nicht über starke Interessensverbände ihre berechtigten Anliegen durchsetzen können.

Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!

Herbert Schneider

Einladung an alle Nordenstädter zum: **Nordenstadt-Gespräch**

am Montag, dem 20. Juni 1983, 20⁰⁰ Uhr,
im Gemeindezentrum (Sitzungszimmer)
mit **Herbert Schneider** (MdL) Thema:
Soziale Wirklichkeit

GÄRTNERN OHNE GIFT

Jedem von uns ist klar, daß bei der derzeitigen Situation der Umweltverschmutzung und den heutigen Methoden in der Land- und Gartenbauwirtschaft sowie der Nahrungsmittelindustrie, mit denen unsere Lebensmittel hergestellt werden, ein Entrinnen vor den Giften in den Lebensmitteln kaum noch möglich ist.

Nehmen wir nur einmal den Kopfsalat! Von 13.000 Gemüseproben der chemischen Untersuchungsämter wurden über 900 wegen Überschreitung der Höchstmengen für Pflanzenschutzmittel bei Stichproben aus dem Verkehr gezogen. Die meisten Beanstandungen gab es bei Kopfsalat, 30 Prozent überschritten die Höchstgrenze. Da haben wir den Salat!

Doch wer möchte gern auf den köstlich-knackigen Salat verzichten? Bauen wir doch selber Salat an! Vielleicht opfern wir gern ein Eckchen unseres nutzlosen Ziergartens für ein Salatbeet. Jetzt ist gerade noch Zeit, um Feldsalat zu säen, wenn wir ihn gut abdecken mit Ästen und Laub, nachdem er aufgegangen ist. Mit dieser Gründung sorgen wir im Winter für indirekte Bodenbedeckung, sowie für eine indirekte Unkrautbekämpfung als auch für eine Nährstoffzufuhr, wenn wir die entsprechenden Pflanzen dafür auswählen. Es eignen sich hierfür u.a. Feldsalat, Winterkopfsalat, Rosenkohl, Schwarzwurzeln, etc. Auch Spinat eignet sich gut. Dann hat man gleich im Frühjahr neben dem Feldsalat noch frisches Gemüse - alles giftfrei!

Die Bemühungen um einen naturnahen Anbau werden natürlich beeinträchtigt, wenn der Nachbar ordentlich spritzt oder der Garten an einer Hauptverkehrsstraße liegt. Dennoch vermindert man die Umweltbelastung, wenn man selbst auf die Anwendung von Giften verzichtet. Es ist sicher nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber wenn es viele tun, kann es der Anfang von einem Regen sein

E.Sp.



Unser Bild zeigt Eltern bei dem Hüttenbau im Rahmen der Schulhofgestaltung für die kürzlich eingeweihte Grundschule.

GLASSAMMELBEHÄLTER

Der Initiative des kürzlich verstorbenen Vorsitzenden der Freiwilligen Feuerwehr, Ernst Rietze, ist es zu verdanken, daß an vielen Plätzen in Nordenstadt orangefarbene Glassammelbehälter aufgestellt wurden.

Zunächst soll es ein Versuch sein. Falls dieser Versuch positiv ausfällt, soll es eine ständige Einrichtung werden. Im Moment gibt es allerdings noch Probleme, denn von manchen werden die Behälter offensichtlich als Abfallbehälter betrachtet und mit allerhand Unrat gefüllt.

Unsere Bitte an Sie: Achten Sie darauf, daß die Behälter wirklich nur als Glassammelbehälter verwendet werden! Falls es gelingt, einen finanziellen Überschub aus diesen Sammelaktionen zu erwirtschaften, wird der Betrag der Freiwilligen Feuerwehr zur Verfügung stehen und zu gemeinnützigen Zwecken verwendet.

Wenn es aber schief gehen sollte, und die Behälter wieder weg kämen, wäre das ein Schlag ins Gesicht für das Bestreben nach verbessertem Umweltschutz.

WW



Pfingstzeltlager der Falken

Die FALKEN-Gruppe Nordenstadt hat in diesem Jahr zum zweiten Mal am Pfingstlager des Verbandes DIE FALKEN teilgenommen: mit 18 Kindern und drei Betreuern.

Wir trafen uns mit ca. 300 Kindern und Jugendlichen aus ganz Hessen im Wildpark von Groß-Gerau, wo mitten in einem alten Buchenwald die Zelte aufgeschlagen wurden. Mit Sport, Spiel, Spaß und Gesang verbrachten wir dort drei Tage; die Kinder sorgten dafür, daß das Lagerfeuer nicht ausging und uns Ersatz für fehlende Sonnenwärme lieferte.

Schade, daß es bis zum nächsten Pfingstzeltlager noch so lange hin ist! Das sagen nicht nur die, die wegen Krankheit in diesem Jahr nicht mitfahren konnten.

G.J.

Ernst Rietze †

Unerwartet im Alter von 61 Jahren starb am 28. April 1983 Ernst RIETZE. In der damals selbständigen Gemeinde Nordenstadt war er zunächst Gemeindevertreter und ab 1972 bis zur Eingliederung Nordenstadts nach Wiesbaden Beigeordneter im Gemeindevorstand.



In den vielen Jahren der Zusammenarbeit mit Ernst Rietze schätzten seine Freunde ihn als aufrechten und ausgleichenden Ratgeber und Helfer.

Seinem persönlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß die Freiwillige Feuerwehr Nordenstadt, deren Vorsitzender er war, zu den besten Wehren Wiesbadens und Umgebung zählt. Die Gründung der Jugendfeuerwehr ist ebenso seiner Initiative zu verdanken, wie die Feuerlöschprüfungen für die Nordenstädter Bevölkerung sowie die Altpapiersammlungen und das Aufstellen der Glassammelbehälter.

Ernst Rietze war langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und in den Führungsgremien der SPD-Nordenstadt tätig.

Wir alle werden Ernst Rietze vermissen.

Unser Bild von Ernst RIETZE stammt aus der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Nordenstadt

Die gute alte Zeit:

Die hessische Chaussee-Ordnung Anno 1803: „Wer einen Baum mutwillig beschädigt, kommt ins Zuchthaus und wird auch nach Umständen zur öffentlichen Straßenarbeit an einen Schubkarren angeschlossen.“

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstraße 14

Druck:
Breitwieser Werbung & Druck,
Leberberg 4, 6200 Wiesbaden

Private Nutzung des Saales im GEMEINDEZENTRUM

Für Familienfeiern freigegeben wurde zwischenzeitlich der Gemeinschaftssaal im Gemeindezentrum.

Gegen eine Benutzungsgebühr können in dem Saal, der je nach Aufteilung und Verwendungszweck bis zu 200 Personen faßt, private Feiern und Veranstaltungen abgehalten werden. Von dieser Benutzungsmöglichkeit sind lediglich POLTERABENDE ausgenommen.

Mit der Benutzungsgebühr von DM 50.-- sollen Einrichtungen, insbesondere für die Küche, ergänzt werden. Selbstverständlich dabei ist, daß der Raum und die benutzten Gegenstände in gereinigtem Zustand wieder zu übergeben sind.

So erfreulich auch die Ausweitung der Nutzungsmöglichkeit ist, für die Nordenstädter Vereine bedeutet dies eine Einschränkung. Für die Belegung des Gemeindegemeinschaftssaals wurde daher folgende Grundsatzregelung aufgestellt, die wir nachfolgend zur Kenntnis bringen:

"Veranstaltungen von Ortsvereinen, die im jährlichen Terminplan des Vereinsrings verzeichnet sind, gehen den übrigen Veranstaltungen vor. Grundsätzlich wird der Bewerber vorrangig berücksichtigt, der sich zuerst beworben hat. Eine Bewerbung um Räumlichkeiten ist frühestens ein Jahr vor dem Nutzungstermin möglich.

Liegen ein Jahr vor dem Nutzungstermin mehrere Anträge bei der Ortsverwaltung vor, so wird in einer öffentlichen Ortsbeiratssitzung der Benutzer ausgelost. Die Bewerbung muß spätestens vier Wochen vorher bei der Ortsverwaltung vorliegen."

Anmeldungen nimmt die Ortsverwaltung Nordenstadt entgegen. Dort können auch weitere Auskünfte eingeholt werden.

G. W.

ROGGEN GEHT FREMD....

so steht es zumindest auf einer der 20 Tafeln, die seit 1. Juni den landwirtschaftlichen Lehrpfad von Nordenstadt nach Breckenheim zieren.

Das Forst- und Landwirtschaftsamt der Stadt Wiesbaden weist zu Beginn des "Grünen Pfades" am Breckenheimer Weg darauf hin: "Landwirtschaft ist Deine Umwelt. Aber diese Umwelt ist weithin unbekannt. Der Grüne Pfad stellt sie vor."

Und dann wird uns ins Gedächtnis gerufen, daß "Mais - eine Kulturpflanze der Inkas" ist, wir können uns über den "Lebenslauf eines Weizenkorns" informieren und den "idealen Lebenszweck der Gerste" kennenlernen. Ist Ihnen so richtig bewußt, daß von den "7,3 Mio Hektar deutscher Forsten - eine Fläche so groß wie Bayern - mit 44 % fast die Hälfte von Bauern bewirtschaftet" wird?

Diese und noch viele andere interessante Informationen können Sie sich bei einem gemütlichen Nachmittagsspaziergang in Richtung Breckenheim holen - am besten nehmen Sie die Kinder mit, dann können Sie praktischen Anschauungsunterricht vor Ort betreiben.

Eine gute Idee, die das Forst- und Landwirtschaftsamt in Zusammenarbeit mit Breckenheimer und Nordenstädter Landwirten hier realisierte.

kk

Schlüsselübergabe für den Neubau der Grundschule

"Dieses Schulgebäude ist schön und eindrucksvoll" schwärmte die Schulleiterin G. Bothe-Scheffler in ihrer Begrüßungsansprache anläßlich der Schlüsselübergabe für den Neubau der Grundschule in Nordenstadt.

In den Bau, für den im Dezember 1979 der erste Spatenstich getan wurde, sind insgesamt 8,8 Millionen DM geflossen.

Bei den Planungen hatten auch die Eltern Gelegenheit zur Mitwirkung, was Elternbeiratsvorsitzender H. Fiedler in seinem Grußwort dankend hervorhob. Stadtrat Prof. Dr. F. Betram zeigte sich besonders darüber erfreut, daß der vom Architekten hervorragend geplante und in der Ausführung erfreulich gestaltete Bau ganz offensichtlich seine ausstrahlende Wirkung nicht verfehle; dies könne auch daran festgestellt werden, daß die zur freien Gestaltung einladenden Säulenflächen von den Schülern bereits farbenfroh ausgestattet worden seien. Daß dies sogar beabsichtigt gewesen sei,

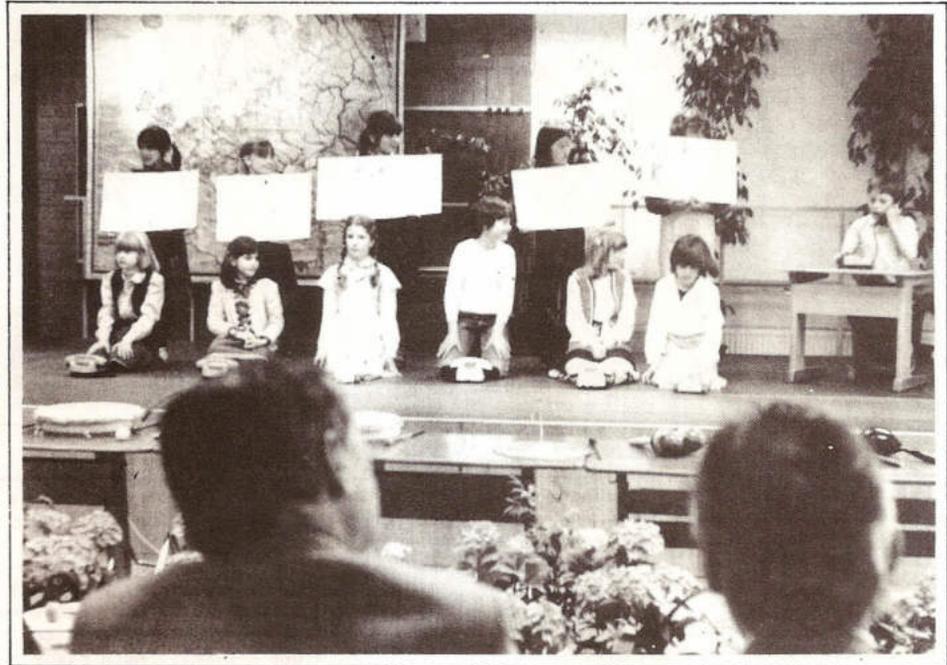
betonte Stadtrat D. Thiels in seiner Ansprache. Er lobte vor allem die große Aufgeschlossenheit aller Beteiligten bei der Beseitigung während der Bauzeit auftretender Schwierigkeiten.

Mit ihren musikalischen Beiträgen, den sportlichen Vorführungen und kurzen Theatervorführungen bestätigten die Schüler, wie sehr sie sich in den neuen Räumen wohlfühlen.

Es bleibt zu wünschen, daß der Geist der gestalterischen pädagogischen Aktivitäten auch künftig in diesem interessanten Schulbau von Kollegium und Elternschaft gepflegt wird.

Es war insgesamt eine gut gelungene Veranstaltung, die nur durch einen Wermutstropfen getrübt war: der Großteil der Kinder, die tagtäglich dieses Schulgebäude mit Leben füllen, mußte nach Hause geschickt werden. Nur die "darstellenden" Kinder hatten die Chance die Einweihung "ihres" Gebäudes mitzuerleben.

N. J.



10 Jahre KINDERTAGESSTÄTTE

Man kann es kaum glauben: aber es sind tatsächlich 10 Jahre vergangen, seit die Kindertagesstätte am Hessenring erstellt wurde.

Anlaß genug, das alljährlich stattfindende Sommerfest diesem besonderen Anlaß zu widmen. Und daß der Wettergott auch dieses Jubiläum respektierte, konnte man nach dem wochenlangen Regen mit Freude feststellen.

Die örtliche Prominenz war auch gekommen und hatte durch kleine Ansprachen des Ereignisses gedacht.

Interessant war vor allen Dingen eine Fotoausstellung in den Räumen der Kita, die bildlich Einblick über die seit 10 Jahren geführte Arbeit gab. Interes-

santer Nebenaspekt für die vielen Neubürger Nordenstadts war dabei zu sehen, wie die Kindertagesstätte vor 10 Jahren auf noch fast freiem Feld stand und damals den Kindern noch nicht das Überqueren der Straße vor der Einrichtung zum tagtäglichen Risiko machte.

Alles in allem wieder einmal ein schönes Fest, daß durch eine Theateraufführung von Eltern für Kinder einen gelungenen Ausklang fand.

Auch ein herzliches Dankeschön dem Engagement der Erzieherinnen, die seit Jahren unseren Kindern viel Liebe und Geduld entgegenbringen.

kk

BLICKPUNKT NORDENSTADT

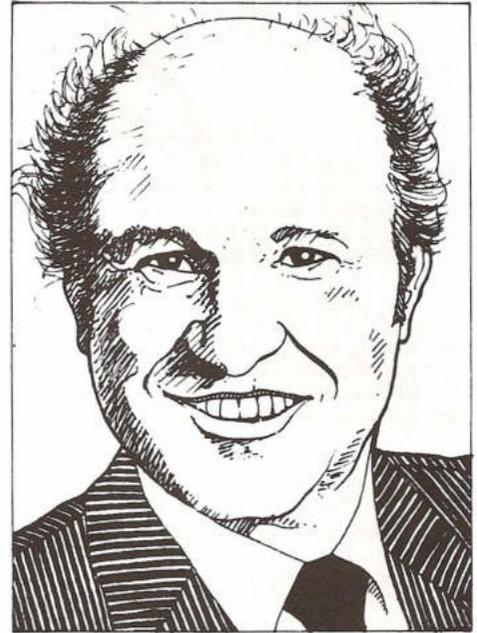
HINDENBURG-BRUNNEN

Nach dem feuchten Frühjahr hatten Gräser und "Gastkräuter" die Beete am HINDENBURG BRUNNEN bedeckt, so daß die Bepflanzung kaum zu entdecken war. Daß Kinder bereit sind, bei der Gestaltung ihrer Umwelt mitzuwirken, bewiesen die FALKEN-Kinder Nordenstadts, die in einer Gruppenstunde die Beete säuberten und die Holzkästen am HINDENBURG BRUNNEN neu bepflanzten.
Auch ein kleiner Beitrag für ein schöneres Nordenstadt.

G.J.

Termine... Termine... Te

- 18./19. Juni 1983
Picknick der Freiwilligen Feuerwehr
- 20. Juni - 20,00 Uhr
NORDENSTADT-Gespräch
Veranstaltung mit Herbert Schneider
- 30.07 - 07.08.1983
oder
- 06.08. - 14.08.1983
Ländchesturnier - Sportzentrum
- 27. - 29. August 1983
Kerb: Ausrichter KZV



Aus dem Ortsbeirat

In der Bürgerfragestunde der letzten Ortsbeiratssitzung im Mai 1983 wurde erneut vorgebracht, daß beabsichtigt sei, auf dem Flugplatz Erbenheim zusätzlich 35 Flugzeuge und 135 Hubschrauber zu stationieren. Es wurde noch einmal Besorgnis wegen der Lärmbelastung geäußert.
Ortsvorsteher Olbrich will ausführliche Informationen einholen und in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Der Ortsbeirat hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die Planung für den Westring nun offensichtlich fortgeschritten ist und daß mit dem Ausbau noch in diesem Jahr begonnen werden kann.

Beschlossen wurde auch, den Magistrat zu bitten, im südlichen Hessenring neben den Parkmarkierungen auch Halteverbotsschilder und Begrenzungspfosten aufzustellen.

Bei den Anträgen zum Haushalt 1984/85 wurden fünf CDU- und acht SPD-Anträge zusammengefaßt. Danach hat die Errichtung von Ampelanlagen im Wallauer Weg und in der Hunsrückstraße erste Priorität erhalten. An zweiter Stelle steht der Antrag zum Ausbau des Regenüberlaufbeckens südlich der Autobahn. Es folgen: der weitere Ausbau des Westrings, die Fertigstellung der Fahrbahn einschl. der Verkehrskreisel und der Verlängerungen bis einerseits zur Kreisstraße in Richtung Erbenheim und andererseits in Richtung Igstadt.

Eine weitere Forderung des Ortsbeirats Nordenstadt für die Planungen im Haushalt ist der Ausbau mehrerer innerörtlicher Fuß- und Radwege.

Die lange Wunschliste endet mit Anträgen zur Bezuschussung einer Jugendeinrichtung - Umbau des alten Feuerwehrgerätehauses - und der Einstellung von Sozialarbeitern für die östlichen Vororte, dem Ausbau der Grünfläche an der Schule und dem Geländeerwerb für den zweiten Bauabschnitt der Sport- und Freizeitanlage.

J. Müller



Was ist das?

Es ist klein, neugierig, sehr beweglich, gepflegt, braun; es schimpft manchmal laut, ohne daß man ein Wort verstehen kann. Es kann hüpfen, laufen, fliegen, sucht Kontakt, besonders bei dem, der ißt oder Eis lutscht. Es erschreckt gestandene Männer genauso leicht wie Kinder und vielleicht auch bald SIE. Und ehe man sich versieht, ist das "kleine Gespenst" schon wieder fort. Daß das alles kein Spuk war, erkennt man nur ab und zu - an einem kleinen Klecks auf der Schulter.

Haben Sie es nun erraten?

Es ist ein zahmer Sperling, der von Anwohnern der Horschheimer Straße großgezogen wurde und jetzt manchmal an der Bushaltestelle dort Wartende erschreckt.

Sprechstunden der NORDENSTADT NACHRICHTEN fallen in den Sommermonaten Juli und August aus.
Nächster Termin:
Dienstag, 06.09.1983

DIE NORDENSTADT-NACHRICHTEN-REDAKTION WÜNSCHT EINEN ERHOLSAMEN URLAUB!



Zu kühn...

waren die Zeitvorstellungen des Leiters des Verkehrsamtes, die er Ende 1982 und Anfang 1983 im Ortsbeirat öffentlich bekundete: im Frühsommer könne mit dem Ausbau des bebauten Teils des Westrings begonnen werden. Im Prinzip ja. Fahrversuche mit einem Mährescher wurden gemacht (wegen der Kreisel). Auch Pläne sind nun detaillierter gezeichnet worden. Also die Sache geht voran. Ein bißchen langsamer. Ende dieses Jahres noch könnten die Bauarbeiten beginnen, hieß es im Mai im Ortsbeirat. Frühsommer im November? In diesem Jahr scheint nichts unmöglich zu sein. Bei dem miesen Wetter.

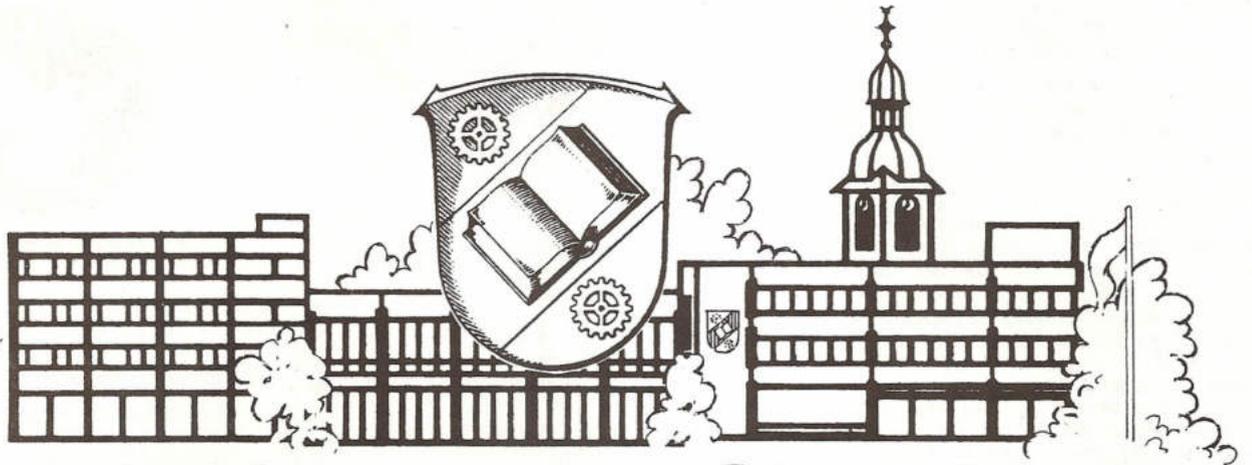
Wir werden aufpassen, daß nicht das ganze Gefüge der Jahreszeiten durcheinander kommt. Bis zum Herbst können wir mit dem Frühsommer warten. Aber dann muß der Westring endlich fertig werden.

S.B.

OBRIGENS

wie gehabt natürlich!! Werfen Sie die Zeitung nach Lektüre nicht einfach in die Mülltonne, sondern haben Sie Geduld bis zur nächsten Altpapiersammlung der Jugendfeuerwehr am

SAMSTAG, 17. September 83



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

7. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Aug./Sept. 1983

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

Nordenstadter Kerb vom 27. bis 29. August 1983

DEUTSCHE MÄRCHEN

unter diesem Motto findet vom 27. bis 29. August 1983 die diesjährige Nordenstädter Kerb statt. Das Veranstaltungsort ist die Taunushalle in der Heerstraße.

Das Kerbetreiben beginnt am Samstag, den 27. August, mit einem Fackelzug, der sich ab 19,30 Uhr durch die Turmstraße, Friedhofstraße, Robert-Stolz-Straße, Junkernstraße und Heerstraße zur Taunushalle bewegt. Aufstellung ist an der Schulstraße.

Ab 20 Uhr wird in der Taunushalle getanzt; für die nötige Stimmung sorgt die Kapelle "THE SPECIAL FOUR". Eintritt 5 DM.

Am Sonntag, den 28. August, wird sich ab 13,30 Uhr der Kerbeumzug, an dem sich die Nordenstädter Ortsvereine be-

teiligen, durch die Straßen Nordenstadts bewegen. Im Anschluß daran wird in der Taunushalle die Kerberede gehalten und die am Umzug beteiligten Musikzüge werden ihr Können noch einmal unter Beweis stellen.

Ab ca. 16,30 Uhr darf wieder das Tanzbein geschwungen werden, denn "THE SPECIAL FOUR" sorgen für die notwendige Musik. Der Eintritt hier ist frei.

Der traditionelle Frühschoppen findet am Montag, den 29. August, ab 10,00 Uhr in der Taunushalle statt. Für Unterhaltung und das leibliche Wohl wird auch hier bestens gesorgt.

Der Kleintierzuchtverein, als Ausrichter der Nordenstädter Kerb, lädt alle Nordenstädter Bürger zu diesen Veranstaltungen recht herzlich ein!

W.Sch.

EIN NORDENSTÄDTER MÄRCHEN:

Die Kokusnuß und der Wadenbeißer!

Geht man den Hessenring hoch zum Gemeindezentrum und immer gerade aus, so kommt man - nein nicht zu kühlem Klaren aus dem Norden - sondern schlicht zum Nordenstädter STADTPARK!

Was viele nicht wissen. Besser, was keiner weiß, ziemlich in der Mitte ist eine Kokusnuß vergraben. Sie hat sich beerdigt, um wieder zu erwachen in einer sommerhellen Nacht.

Zur Vorgeschichte: Mitgebracht von einer Reise in die dritte Welt lag sie lange Zeit in einer rustikalen Nordenstädter Gutbürgerbar als Zierde. Rauch- und Alkoholdunst gaben ihr alles andere als die wilde Natur ihrer Heimat zurück. So beschloß sie, sie zurückzugewinnen - im Nordenstädter Park! Der heiße Sommer vergangenen Jahres und der gute Ansatz in diesem Jahr hatten sie ermutigt. ➔

6. Kinderfest der SPD-Nordenstadt am Sonntag dem 7.9.83 von 14-17 Uhr



Auf dem Bolzplatz an der TAUNUSHALLE.

SPIELANGEBOTE:

Nagelbalken, Büchsenwerfen
Eierlaufen, Sackhüpfen
Sonntagsmaler
Wurstschnappen
Luftballonspießen

LIBERAL SIND KLEINE PREISE ZU GEWINNEN!
Für Hungerige und Durstige wird gesorgt!

Alle Kinder und deren Eltern sind herzlich eingeladen!!

Teilnahme ist kostenlos!

Ein Problem gab es allerdings: Wie sollte sie dahin kommen, ohne daß sie von der CDU zur Wahlwerbung vermarktet würde. Die Lösung war nicht einfach. Nächtelang lag sie wach und dachte nach. Wer sollte der Mittler sein? Ein Kind? Die Gastfamilie? Der Paul Hüllenhütter von der SPD? Der Dr. Sperling von der FDP?

Nein, keinen Zweck. Die von der CDU passen auf, fotografieren alles und geben sie als ihre aus. Es mußte jemand sein, der nicht zu vereinnahmen war. Ein Tier vielleicht? Wer? Der Kater von nebenan? Nein, der ist zu schwarz. Ein Pferd? Zu ungeschickt, kommt nicht in den Keller und zeigt zuviel Gebiß! Achtung Wahlwerbung!

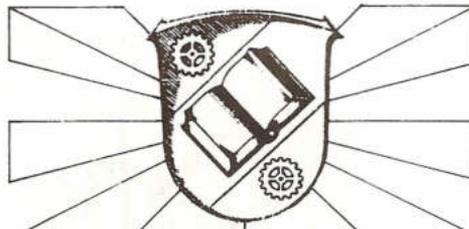
Der weiße Spitz von Hinternachbars, das ist er. Die Farbe unverfänglich, zeigt nur die Zähne, wenn er sie fletscht!

In den folgenden Nächten entließ sie ihre Milch durch die Poren, und ihr Duft verströmte durch's offene Kellerfenster. Der Spitz ging in die Falle!

Er sprang herein, packte die Kokosnuß und verschwand am Morgen durch die kurz geöffnete Haustür, die Kokosnuß im Maul. Der Hausherr in Pantoffeln schaffte es nicht mehr, ihn einzuholen. Schnurstracks lief der Wadenbeißerl von Hinternachbars zum Stadtpark, buddelte in Angst und Eile ein Loch und vergrub seinen Schatz.

Kein Blitzlicht und kein Objektiv haben ihn erkannt. Nur der Wadenbeißerl, die Kokosnuß und die Stille des Sonntagmorgens ahnen, wo eine Palme wachsen wird.

H.P.Sch.



Und abends geht dann ein Lichtlein auf.

... so könnte man singen! Denn seit kurzem erstrahlt das Nordenstädter Wappen am Gemeindezentrum. In der Dunkelheit weithin sichtbar erinnert es an die lange Geschichte unseres Dorfes!

Interessante Termine

- 27. - 29. August 1983
Kerb "Deutsche Märchen" ausgerichtet vom Kleintierzuchtverein
- 03./04. September 1983
Handballturnier der Damen / TUS in der Taunushalle
- 06. September 1983
Sprechestunde der NORDENSTADT NACHRICHTEN, Gemeindezentrum, 1. Stock
- 17. - 25. September 1983
Brandschutzwoche / Gemeindezentrum
- 08. Oktober 1983
Erntedankfest des CBVN im Gemeindezentrum
- 15./16. Oktober 1983
10 Jahre MVN in der Taunushalle



Tag des Friedens

Samstag, 27. August 1983, 10 - 19 Uhr
Pfarrer-Luja-Platz Ortskern Dotzheim

Ihre Meinung ist gefragt:

- Gefährdet Abrüstung Arbeitsplätze?
- Dient die Nachrüstung unserer Sicherheit?
- Ist Widerstand gegen die neuen Raketen gerechtfertigt?

Mit Ihnen wollen diskutieren: Gewerkschafter, Journalisten, Politiker, Pfarrer, Polizisten, Rechtsanwälte, Soldaten.

11 - 12 Uhr : Forum I

"Rüstung und Arbeitsplätze"

15 - 16 Uhr : Forum II

"Nachrüstung - eine Gefahr für den Frieden?"

17 - 18 Uhr : Forum III

"Ist der Widerstand gegen die Nachrüstung gerechtfertigt?"

Zwischendurch gibt es Musik - Folklore - Talkshow - Pantomime - Lieder und während der ganzen Zeit: Video - Filme - Plakatausstellung - Foto-Ausstellung - Bücherstände und natürlich reichlich Essen und Trinken

Die SPD stellt sich den Bürgern zur Diskussion

AOK KRANKENKASSE FÜR WIESBADEN jetzt auch in Nordenstadt

Am 31. Mai diesen Jahres eröffnete die AOK - Krankenkasse für Wiesbaden in der Stolberger Straße 47 in Nordenstadt eine neue Beratungsstelle. Grund genug, mit der AOK ein Gespräch zu führen, über die Aufgaben und Ziele der Beratungsstelle und dem sich daraus ergebenden Nutzen für die Nordenstädter:

Was war für Sie Anlaß, in Nordenstadt eine Beratungsstelle einzurichten?

Die kommunale Neugliederung dehnte die Wiesbadener Stadtgrenzen nach Osten hin aus. Die AOK war in den neuen Stadtbezirken überhaupt nicht vertreten, während in fast allen Wiesbadener Stadtteilen bereits seit vielen Jahren Beratungsstellen existieren. Die Notwendigkeit einer Beratungsstelle in Nordenstadt ergab sich somit fast von selbst. Wenn man bedenkt, daß in den neuen Vororten über 25.000 Menschen leben, und davon nahezu jeder zweite AOK-versichert ist.

Welche Ziele wollen Sie mit der neuen Beratungsstelle erreichen?

Kundennahe Betreuung ist eines unserer wichtigsten Ziele. Die jetzt in Nordenstadt eingerichtete Beratungsstelle ist ein weiterer Schritt auf dem Weg, durch Erweiterungen des Service-Netztes den Versicherten den Kontakt zu ihrer AOK zu erleichtern. Zudem wird in dieser Beratungsstelle ein neues Konzept, sozusagen ein Full-Service, praktiziert.

Was bedeutet dies konkret?

Die Beratungsstelle Nordenstadt ist sowohl personell als auch kommunikationstechnisch so ausgestattet, daß quasi



alle Anliegen unserer Versicherten und auch Arbeitgeber sofort, also vor Ort, erledigt werden können. Lange Wege und lange Antwortzeiten gibt es hier nicht.

Wer kann sich an Sie wenden, welche Aufgaben werden von der Beratungsstelle erledigt?

In erster Linie stehen wir natürlich unseren Versicherten bei Leistungsanfragen und den Arbeitgebern im Rahmen unseres Betriebsdienstes, sowohl in der Beratungsstelle als auch im Betrieb, zur Verfügung. Mittels Datensichtgerät haben wir direkten Kontakt zum AOK-Rechenzentrum; sekundenschnell stehen die benötigten Informationen zur Verfügung. Das bedeutet, daß lange Anfra-

gen zu unserer Hauptgeschäftsstelle entfallen. Darüberhinaus erstreckt sich unser Aufklärungs- und Beratungsangebot auf alle Gebiete der Sozialversicherung und gilt uneingeschränkt für alle interessierten Bürger - auch wenn sie noch nicht Mitglied der AOK sein sollten.

Zusätzlich halten wir umfangreiche Informationen und Tips zu gesundheits- und sozialpolitischen Themen bereit. So enthält z.B. unser Berufsanfänger-Informationspaket wertvolle Tips, von der Suche einer Ausbildungsstelle bis zum Abschluß eines Ausbildungsvertrages. Es rentiert sich also schon, einmal die Beratungsstelle aufzusuchen.

Wann ist die Beratungsstelle geöffnet?

Wir haben für diese Beratungsstelle besonders kundenfreundliche Zeiten gewählt: Montags bis mittwochs ist von 8,30 Uhr bis 15,00 Uhr, donnerstags von 8,30 Uhr bis 18,00 Uhr und freitags von 8,30 Uhr bis 13,00 Uhr, jeweils durchgehend geöffnet. Berufstätige können die AOK also auch in der Mittagspause oder nach Feierabend erreichen. Obriens nicht nur für Versicherte, die in Nordenstadt wohnen, sondern auch für solche, die in Nordenstadt arbeiten und woanders wohnen, ist die Beratungsstelle da. Falls ein Besuch während der Service-Zeiten nicht möglich ist, stehen die Berater auch außerhalb dieser Zeiten für Beratungsgespräche zur Verfügung. Anrufe außerhalb unserer Öffnungszeiten nimmt dann ein Anrufaufzeichner unter der Telefonnummer 06122 - 8424 rund um die Uhr auf.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und danken für das Gespräch!

"Die Seite des Wahlkämpfers"

VOLLBESCHÄFTIGUNG UND SOZIALER FRIEDEN

Die Hessen-SPD hat den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zum wichtigsten Ziel ihrer Politik erklärt. Um in den schweren 80er Jahren Vollbeschäftigung sicherzustellen, fordert die SPD Zukunftsinvestitionsprogramme, die für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen und gleichzeitig die Umwelt, in der wir leben, lebenswert erhalten.

Mit insgesamt acht Programmen hat Hessen im öffentlichen Bereich Arbeitsplätze vorrangig für Problemgruppen geschaffen. Mit vielfältigen Einzelmaßnahmen ist darüberhinaus die Arbeitslosigkeit bekämpft worden: Ausbildungsplätze in der öffentlichen Verwaltung wurden geschaffen, das Sonderprogramm Krankenpflegeausbildung, zusätzliche Ausbildungsplätze für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen gefördert. Zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit wurden Sonderprogramme für Teilzeitarbeit aufgelegt.

Als ganz besonders erfolgreich hat sich das Sofortprogramm zur Schaffung 2.000 zusätzlicher Ausbildungsplätze 1983 gezeigt, das die SPD durchgesetzt hat. Insgesamt wurden in wenigen Wochen 2.200 Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen, die sich bisher vergeblich beworben hatten. In der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause hat der Hessische Landtag dem Vorschlag der SPD-Fraktion zugestimmt, noch einmal 50 Millionen DM für 2.000 neue Ausbildungsplätze zu bewilligen.

Mit einem beschäftigungspolitischen Sofortprogramm hat die SPD-Landesregierung gleich zu Beginn des Jahres auf die wachsende Arbeitslosigkeit reagiert. Mit seinen Schwerpunkten Wohnungsbau und Sanierung, Umweltschutz, Dorferneuerung und Energieeinsparung entspricht es den Beschlüssen des Münchener SPD-Parteitag vom vorigen Jahr, der stark von den hessischen Sozialdemokraten beeinflusst wurde.

Herbert Schneider



Das Sofortprogramm war ein voller Erfolg: Alle Mittel sind vergeben, über 28.000 Arbeitsplätze wurden damit in Hessen neu geschaffen oder gesichert.

Konkrete weitere Maßnahmen der Landesregierung zur Arbeitsbeschaffung werden 2.600 arbeitslosen Arbeitnehmern aus Mitteln der Arbeitsverwaltung und des Landes eine in der Regel einjährige Beschäftigung sichern.

Eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt könnte ebenfalls die Hesseninitiative im Bundesrat für ein "Vorruhestandsgeldgesetz" bringen. Hessen hat hier eine Vorreiterfunktion übernommen, älteren Arbeitnehmern ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zu ermöglichen, damit jüngeren Arbeitslosen der berufliche Einstieg erleichtert wird.

Die Vorteile eines solchen Vorruhestandsgeldes liegen auf der Hand. Es erspart nicht nur vielen älteren Arbeitnehmern das Schicksal der Arbeitslosigkeit. Eine solche Verkürzung der Lebensarbeitszeit macht auch für viele junge Arbeitslose dringend notwendige Arbeitsplätze frei. Wenn nur die Hälfte der hierfür in Frage kommenden älteren Arbeitnehmer die "Tarifrente" in Anspruch nimmt, könnten rund 400.000 Arbeitslose eingestellt werden.

Das Rahmengesetz könnte solche Tarifregelungen erheblich erleichtern und unterstützen. Die Hessische Landesregierung hat deshalb am 10. Juni im Bundesrat einen Gesetzentwurf für ein solches Rahmengesetz vorgelegt.

Am 25. September wird gewählt. Manch einer fragt: "Schon wieder Wahlen? Muß das denn sein?"

Es muß sein. Damit im Landtag wieder klare Verhältnisse herrschen. Keine Partei hat in Hessen die Mehrheit. Koalitionen sind nach Aussagen unserer politischen Gegner nicht möglich. Klare Verhältnisse gibt es nur mit einer starken SPD. Deshalb bitte ich Sie: Machen Sie die SPD stark. Damit Hessen wieder vorn ist!

Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!

Herbert Schneider

Einladung an alle Nordenstädter zum: Nordenstadt-Gespräch

am Mittwoch, 14. Sept. 1983, 20 Uhr
in der Gaststätte Taunushalle
mit **Dieter Berlitz**

„WAS HAT DER REGIONALE RAUMORDNUNGSPLAN MIT NORDENSTADT VOR?“



Zu dem Artikel "Nicht rückholbar" in der letzten Ausgabe der NORDENSTADT NACHRICHTEN über eine Mitgliederversammlung zum Thema "Neue Medien" berichtete, erhielten wir folgende Zuschrift von Johann Eichhorn:

"Ich möchte mich nicht mit dem Kabelfernsehen auseinandersetzen, da die gegebenen Erläuterungen und die sich ergebenden Probleme m.E. korrekt dargestellt wurden. Die Ausführungen über den Bildschirmtext und die sich daraus ergebenden Einflüsse auf die Arbeitsplatzentwicklung sind m.E. nicht richtig dargestellt. Bildschirmtext hat mit der Verkabelung nichts zu tun. Dieser Dienst der Deutschen Bundespost, der voraussichtlich im Frühjahr 1984 bundesweit angeboten wird, kann von jedem Bürger, der einen Telefonanschluß, ein Modem und einen mit Decoder ausgerüsteten Fernseher hat, genutzt werden. Damit kann er von seiner Wohnung aus die Angebote der Bildschirmtextanbieter nutzen, z.B. Katalogbestellungen, Bankgeschäfte, Reisebuchungen usw. Dieser Dienst erweitert auch das Spektrum der Informationsmöglichkeiten (Nachrichten, Warentestergebnisse, usw.) und erleichtert in vielen Fällen die Erledigung von Aufgaben des täglichen Lebens (Einkauf nach Ladenschluß, Bankgeschäft am Sonntagmorgen, usw.). Hierin sehe ich eine erhebliche Verbesserung der Lebensqualität.

Zwangsläufig werden durch die geschilderten Nutzungsmöglichkeiten sich Arbeitsplätze und Aufgaben bei den Bildschirmtextanbietern verändern. Bestimmte Aufgaben, wie z.B. die eintönige und von den Gewerkschaften immer wieder verurteilte Bildschirmdatenerfassung, werden künftig nicht mehr im gleichen Umfang erforderlich. Aber gleich zwei Millionen verlorene Arbeitsplätze? Eine Zahl, die von Experten sicherlich nicht bestätigt würde. Außerdem - wer wird wohl die sich häufig ändernden Bildschirmtextange-

bote eingeben? Bestimmt nicht die 2 Millionen Arbeitslosen! Der Bildschirmtext, bzw. damit gekoppelte Computerverfahren, ermöglichen tatsächlich die Verlagerung bestimmter Aufgaben in die Wohnung der Mitarbeiter. Aber müssen damit gleich 'die seit dem 19. Jahrhundert mühsam erkämpften Errungenschaften' verschwinden? Ganz im Gegenteil! Die Mitarbeiter arbeiten nicht mehr und nicht we-

niger als im 'zentralen' Bürobetrieb. Sie bestimmen jedoch, wann und an welchem Standort sie arbeiten. An- und Abfahrten zum Arbeitsplatz entfallen. Ein weiteres Stück Lebensqualität?!

Die neuen Medien (z.B. Kabelfernsehen) und die neuen Dienste (z.B. Bildschirmtext) verändern unser Leben. Die Politiker und die Gewerkschafter sind gefordert, negative Auswirkungen zu verhindern. Aber muß es denn immer gleich mehr Staat (öffentlich-rechtliche Kontrolle) sein? Lassen wir bitte die Kirche im Dorf und verbauen wir nicht mit voreiligen Festlegungen die Chancen zur besseren Lebensqualität."

Wir meinen:

1. Herr Eichhorn macht zurecht darauf aufmerksam, daß Bildschirmtext über den Telefonanschluß laufen soll; das kam in unserem Bericht nicht zum Ausdruck. Dennoch ist der Zusammenhang mit der Verkabelung, den wir darstellten, nicht falsch. Erst eine Breitbandverkabelung schafft ein technisches System, das für die Abwicklung von Telefonverkehr und Bildschirmtext genügend Kapazität schafft und dann, gleichsam nebenbei, auch Kabelfernsehen ermöglicht.

2. Die Zahlen über die Arbeitsplatzverluste sind Schätzungen von Experten, auf die unser Referent, W.- R. Schmidt, sich stützte.

3. Ob Bildschirmtext dereinst Lebensqualität erhöht oder nicht - da kann man verschiedener Meinung sein. Nur kommt eine Verbesserung bestimmt nicht von selbst. Wir können Herrn Eichhorn nur zustimmen: "Die Politiker und die Gewerkschafter sind gefordert, negative Auswirkungen zu verhindern." Damit formuliert er die Position, die auch wir als Sozialdemokraten vertreten.

HERBERT SCHNEIDER BESUCHTE NORDENSTADT

Der Wahlkreis 31, dem Nordenstadt zugehört, hat für die vorgezogene Landtagswahl am 25. September 1983 einen neuen SPD-Kandidaten: Herbert SCHNEIDER.

Nicht nur wir Nordenstädter haben Fragen an ihn, auch er will sich über die neuen Stadtteile seines Wahlkreises informieren.

Aus diesem Grund besuchte Herbert Schneider anläßlich einer Sitzung des Arbeitskreises Kommunalpolitik der SPD Nordenstadt. Während der Sitzung wurde Herbert Schneider über die anstehenden Probleme Nordenstadts informiert und gebeten, soweit Entscheidungen des Landtags auch die Interessen Nordenstadts tangieren, diese entsprechend zu vertreten.

Gelegenheit dazu könnte es z.B. schon bei einem evtl. dreispurigen Ausbau der A 66 (Autobahn Frankfurt-Wiesbaden) geben, dessen Realisierung durch die Veröffentlichung des Planfeststellungsverfahrens wieder näher gerückt ist. Weitere Diskussionspunkte waren die im Regionalen Raumordnungsplan für Nordenstadt ausgewiesenen Baugebiete (wir berichteten ausführlich in der letzten Ausgabe der NORDENSTADT NACHRICHTEN), wie auch die immer noch drohende Reaktivierung des Erbenheimer Flughafens, die auch uns Nordenstädter sehr betrifft.



Im Anschluß an die Sitzung machte Herbert Schneider einen Rundgang durch Nordenstadt. Zum Abschluß überreichte er dem Vorsitzenden des TUS-Nordenstadt, Herrn Horst Lottig, einen Scheck zur Förderung des Vereins.

kk

ANTIKRIEGSTAG 1983

Am 1. September 1983 jährt sich zum 44. Mal der Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen.

Aus diesem Anlaß ruft der DGB zu einer Kundgebung am Donnerstag, dem 1. September 1983 um 18 Uhr, auf den Mainzer Domplätzen auf.

Sprechen werden hier:

Dr. Alfred Mechttersheimer
- Friedensforscher

Dr. Franz Alt
- Fernsehjournalist

In einem Aufruf des DGB zu diesem Antikriegstag heißt es:

Die schreckliche Bilanz des Zweiten Weltkrieges sind 55 Millionen Tote, Millionen Verstümmelte, Elend, Verfolgung und Vertreibung. Auf den Trümmern ihrer Heimat schworen damals Frauen und Männer der Arbeiterbewegung "Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg".

Doch was ist heute am 1. September 1983? Atomare Massenvernichtungsmittel, amerikanische Giftgaslager, Kampfflugzeuge und Raketenbatterien machen unser Land zum Nato-Flugzeugträger Nr. 1.

Nach dem Willen der Bundesregierung und der Nato sollen in wenigen Wochen noch schrecklichere Waffen - nämlich Pershing II und Cruise Missiles bei uns stationiert werden. Kurze Vorwarnzeiten und die Strategie der abgestuften Atomkriegsführung machen einen auf Europa begrenzten Atomkrieg wahrscheinlich.

Das macht uns Angst.

Das Wettrüsten in West und Ost ist die größte Bedrohung für die Menschheit. Jedes neue Waffensystem bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Weitere Rüstungsausgaben werden mit noch stärkerem Sozial- und Bildungsabbau bezahlt.

Jede Minute werden weltweit 2,5 Millionen DM für die Rüstung ausgegeben; in der gleichen Zeit sterben 50 Menschen an Hunger. Diese Politik erfordert unseren Widerstand! Frieden ist das Gebot der Stunde! Weil wir den Frieden wollen, wehren wir uns gegen die drohende atomare Vernichtung unseres Landes. Wir wehren uns gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa!

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Werner Wahler, Pommernstr.45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstr.14

Druck:
Breitwieser Werbung & Druck
Leberberg 4, 6200 Wiesbaden

VORKLASSE NIMMT ARBEIT AUF

Mit 28 Wochenstunden Unterricht (täglich 4 Stunden zuzüglich 8 Förderstunden) nahm die Vorklasse zum Schuljahresbeginn an der Grundschule Nordenstadt die Arbeit auf.

Damit brauchen die Schüler nicht mehr wie bisher nach Delkenheim zur Schule, sondern bleiben hier an ihrem Wohnort. Ziel der Vorklasse ist es, bereits schulpflichtige Kinder, die aber noch nicht schulreif sind, so weit zu fördern, daß sie die Voraussetzungen der Aufnahme bis zum Beginn des nächsten Schuljahres erlangen.

Die Vorklasse wurde auf Antrag der Schule durch Beschluß des Magistrats und Genehmigung des Hessischen Kultusministers eingerichtet. Sie ist Bestandteil der Schule.

Die Klasse wird von einer erfahrenen Sozialpädagogin unterrichtet. Rechtzeitig wurde die erforderliche pädagogische-didaktische Ausstattung geliefert, so daß die Arbeit unter den denkbar günstigsten räumlichen und sächlichen Bedingungen beginnen kann.

N.J.

TUS-SPORTWOCHE

Gleich zweimal Besuch hatte der TUS-Nordenstadt während der von ihm durchgeführten Sportwoche.



WIE WERDE ICH JUGEND-FUSSBALLSPIELER BEIM TUS?

Unter der vorstehenden Überschrift wendet sich die Fußball-Jugend-Abteilung des Turn- und Sportvereins an alle fußballinteressierten Kinder und Jugendliche in Nordenstadt.

Interessenten können sich während der Trainingsstunden auf dem Sportplatz beim Trainer melden. Die Trainingsstunden finden statt:

Mittwochs ab 17 Uhr für Kinder, die nach dem 1.8.1975 geboren sind (F-Jugend).

Donnerstags ab 17 Uhr für Kinder, die zwischen dem 1.8.1973 und dem 31.7.1974 geboren sind (E 1 - Jugend)

Dienstags ab 17 Uhr für Kinder, die nach dem 1.8.1974 bis 31.7.1975 geboren sind (E 2 - Jugend).

Ältere Kinder und Jugendliche erkundigen sich über die jeweiligen Trainingszeiten beim Jugendleiter des TUS-Nordenstadt, Herrn Walter Meyer, Tel.: 06121-712227. Herr Meyer steht für weitere Auskünfte gern zur Verfügung.

ORTSBEIRAT GEGEN HUBSCHRAUBER

Im Interesse einer gemeinsamen möglichst einstimmigen Beschlußfassung wurde von der SPD-Fraktion des Ortsbeirates ein Antrag eingebracht, der fast wörtlich aus dem CDU-Mitteilungsblatt entnommen wurde. In diesem Antrag wendet sich der Ortsbeirat erneut gegen die beabsichtigte Stationierung von Hubschraubern und Flugzeugen auf dem Erbenheimer Flughafen.

Dr. Siegfried Brill begrüßte bei der Begründung des Antrages die eindeutige Stellungnahme des CDU-Stadtverbandes Nordenstadt hierzu.

Mit Verwunderung mußte jedoch dann zur Kenntnis genommen werden, daß es zwischen der veröffentlichten CDU-Mitteilung und dem Verhalten der CDU-Ortsbeiratsfraktion geradezu entgegengesetzte Auffassungen gibt. Der Antrag wurde mit den vier Stimmen der SPD und der des CDU-Ortsbeiratsmitglieds Göbel angenommen. Die beiden übrigen anwesenden CDU-Ortsbeiratsmitglieder stimmten gegen diesen Antrag.

Merkwürdig, daß in der CDU-Mitteilung die Aktivitäten des Ortsvorstehers, die er im Auftrag des Ortsbeirates unternahm, als CDU-Aktivität gegen die Stationierung vereinnahmt werden, derselbe Ortsvorsteher dann aber einen entsprechenden Antrag ablehnt.

Merkwürdig auch das Argument von Herrn Schroth (CDU), daß man sich ja bereits 1980 gegen die Hubschrauberstationierung ausgesprochen habe und deswegen der Antrag überflüssig sei. Wenn dieses Argument stimmt, wäre dann nicht eine Stimmenthaltung richtig gewesen? Bedeutet die Ablehnung des Antrages nicht ein Votum für die Stationierung?

Daß wohl letzteres zutrifft, ist auch an dem Abstimmungsverhalten von Herrn Schroth in der Stadtverordnetenversammlung ersichtlich. Hier stimmte er mit der CDU/FDP für einen Antrag, in dem nur eine Stationierung von Flugzeugen, die nicht militärisch gerechtfertigt seien, abgelehnt wird. Oder klar ausgedrückt: Wenn militärisch notwendige Flugzeuge nach Erbenheim sollen, dann hat die CDU/FDP nichts einzuwenden.

Und was steht in der CDU-Mitteilung?

"Wir, die CDU-Nordenstadt, sprechen uns eindeutig gegen eine weitere Hubschrauberstationierung in Wiesbaden-Erbenheim aus und bitten um aktive Unterstützung der Nordenstädter, daß dieses unsinnige Vorhaben in unserem dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet (noch dazu im Nahbereich des Frankfurter Großflughafens) nicht verwirklicht wird."

WW



Hier: Herbert Schneider beim Überreichen einer Spende für den TUS an den Vorsitzenden Horst Lottig. Rechts daneben Siegfried Brill, stellvertr. Ortsvorsteher und Vorsitzender des kommunalpolitischen Arbeitskreises der SPD-Nordenstadt.

Und: Klaus Bensberg (Mitte), Beauftragter der SPD Wiesbaden für Sport und Freizeit, beim Überreichen eines Fußballs an den Spielführer des TUS Helmut Schäfer. Links neben Klaus Bensberg der Leiter der Ortsverwaltungen Nordenstadt und Delkenheim, Harald Schindler.

Tips für Jugendliche

FILMANGEBOTE IN NORDENSTADT

19. September 1983 - 20 Uhr
VALDEZ - klassischer Western mit Burt Lancaster; ab 16 Jahre
17. Oktober 1983 - 20 Uhr
DRESSED TO KILL - harter Krimi mit Angie Dickinson; ab 16 Jahre
31. Oktober 1983 - 20 Uhr
THE ROCKY HORROR PICTURE SHOW - ein Grusel Science Fiction; ab 16 Jahre

Die Filme werden alle im Saal des Gemeindezentrums vorgeführt. Eintritt **k o s t e n l o s !**

KINDERGARTEN IN GEFAHR?

Auch weiterhin sind Kindergartenplätze in Nordenstadt sehr gefragt. An eine weitere Vermehrung der Plätze ist nicht zu denken: es muß gespart werden. Da paßt es wie die Faust auf's Auge, daß das Landesjugendamt der evangelischen Kirchengemeinde die Betriebserlaubnis für 44 Kindergartenplätze nicht erteilen will, sondern nur für 25. Grund: nicht genügende Toilettenzahl und kein separater Zugang zu einem der beiden Gruppenräume.

Die Schwierigkeit für den Kindergarten besteht darin, daß bauliche Veränderungen in dem unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Pfarrgut nur in sehr engen Grenzen vorgenommen werden dürfen. So entsteht eine komplizierte Situation: Die Plätze werden gebraucht, eine Reduktion stellt die Existenz des gesamten Kindergartens in Frage. Die Richtlinien des Landesjugendamtes zielen auf das Wohl der Kinder; das wird auch von der Kirchengemeinde anerkannt. Daß die bauhistorisch wertvollen Gebäude zu schützen sind, steht ebenfalls außer Frage.

Die Lösung des Problems bedarf der Phantasie und der Flexibilität aller Beteiligten. Auf jeden Fall muß für die nächsten Jahre der Betrieb des Kindergartens im bisherigen Umfang gesichert werden. Dafür hat sich auch der Ortsbeirat, einem Antrag der CDU entsprechend, einstimmig ausgesprochen. Auch die Vertreter des Landesjugendamtes haben nun in einem Gespräch mit den zuständigen kirchlichen Stellen ihre Bereitschaft bekundet, einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, der die Existenz des seit dreißig Jahren bestehenden Kindergartens sichert.

S.B.

BLICKPUNKT NORDENSTADT

ALTENTAGESSTÄTTE NORDENSTADT

Nordenstadt gehört zu den Wiesbadener Stadtteilen, die eine überdurchschnittlich junge Wohnbevölkerung haben, nur knapp 6 Prozent der Nordenstädter sind über 65 Jahre.

Dennoch gibt es in Nordenstadt eine Altentagesstätte, seit der Eingemeindung dem Sozialamt Wiesbaden unterstellt. Sie werden sich vielleicht fragen, wo sich diese Einrichtung denn befindet. Als interessierter älterer Mitbürger hat man es nicht ganz einfach, die Räume der Altentagesstätte zu finden. Der Weg dorthin führt über den Treppenaufgang auf der Rückseite des Gemeindezentrums in den ersten Stock (offener Flur); dort gleich an der ersten Tür links steht "Altentagesstätte". Für stark gehbehinderte Mitbürger oder gar Rollstuhlfahrer ein leider nicht erreichbarer Ort. Ein Zimmer, eine kleine Küche und ein WC stehen den Nordenstädter Senioren für ihre Treffen zur Verfügung.

Ein Stamm von 20 Senioren trifft sich dort in unterschiedlicher Zusammensetzung Montags bis Donnerstags von 14 - 17 Uhr, betreut von Frau Hess. Und was erwartet den neugierigen Interessenten dort? Kaffeetrinken, gemeinsames Singen, Spiele; manchmal erzählt man sich ganz einfach Neuigkeiten, begleitet vom Geklapper einiger Stricknadeln. Verschiedene Aktivitäten (Ausflüge,

kulturelle Veranstaltungen) - Sozialamt angeboten - sind dem stift zum Opfer gefallen, zum Bedauern der Betroffenen.

Geblichen sind ein Halbtagesausflug, die Weihnachtsfeier, der Kreppekaffee und die jährliche Einführungsveranstaltung nach der Sommerpause am 1. September.

Ein wenig sorgenvoll wird von den Senioren die Überlassung des großen Saales des Gemeindezentrums an Bürger betrachtet, denn in einem solchen Fall muß der Nachmittag ausfallen. Was für eine Gruppe Nordenstädter zum Vorteil wird, sollte nicht für eine andere Gruppe Nachteile mit sich bringen. Die Ortsverwaltung wird sicher für einen Ausweichraum sorgen können, falls die Treffen in der Altentagesstätte zu oft ausfallen müßten.

Die Altentagesstätte kann jeder Mitbürger über 65 Jahre besuchen. Vielleicht haben Sie oder Sie Interesse, dort einmal reinzuschauen, man freut sich auf Ihren Besuch. Oder gehen Sie einfach am 1. September 83 um 14 Uhr ins Gemeindezentrum und informieren Sie sich.

Sie können sich aber auch an Frau Hess, die Betreuerin der Altentagesstätte, wenden (Telefon 13734), die Ihnen gern nähere Informationen gibt. G.J.

Aus dem Ortsbeirat



Nach der Tagesordnung faßte der Ortsbeirat in fast allen zur Debatte stehenden Punkten einstimmige Beschlüsse. Doch die Harmonie täuscht! Sind doch die Begründungen, mit denen einige Anträge der Fraktionen für und wider kommentiert wurden, von unterschiedlichem Hintergrund-Denken geprägt. So wollte die CDU-Fraktion in Sachen Hubschrauber-Stationierung nur eine Auskunft, während die SPD-Fraktion sich eindeutig gegen eine solche Stationierung ausspricht.

Mit einem einstimmigen Beschluß endete auch die Diskussion um die Frage, ob der westliche Teil der Junkernstraße vom Westring abgekoppelt und somit verkehrsberuhigt werden soll. Auch hier unterschiedliche Begründungen: Für die SPD stehen Bürgerwunsch und Vorschläge aus den Reihen unserer Mitbewohner, eine Straße "Anlieger-freundlich" und verkehrsberuhigt zu gestalten, an erster Stelle. Wenn dadurch auch noch die strapazierte Stadtkasse geschont wird, ist das erfreulich, aber nicht der einzige Grund, diese Planung zu befürworten.

Die Sorge einiger Ortsbeiratsmitglieder, hiermit einen Präzedenzfall zu schaffen, kann ich nicht teilen. Im Gegenteil, vielleicht ist die Zustimmung zu der Abkoppelung der Junkernstraße der Anfang einer Diskussion und Überlegungen zu einem Gesamtkonzept verkehrsberuhigter Zonen und Spielstraßen in unserem Ortsteil.

Elke S... ..

Gegend. Hätten Feuerwehr oder Notarzt das Ziel wohl schneller erreichen können, wenn deren Alarmierung erforderlich gewesen wäre? Auslieferungsfahrer für Baumaterialien und Einrichtungsgegenstände kehrten verzweifelt zu ihren Firmen zurück und baten telefonisch um Lotsendienste.

Um die Jahreswende 82/83 fand die offizielle Benennung der "Sachsenstraße" statt. Ende Juli 1983 wurden die beiden Schilder aufgestellt - ein Jahr nach dem Einzug der Leute. Gibt es in Nordenstadt noch so eine Planstraße???

W.H.



WO IST DENN HIER DIE SACHSENSTRASSE?

Nun sind sie endlich da - die Schilder. Eines an der Mecklenburger und eines an der Pommernstraße. Lange genug hat es aber gedauert.

Im Neubaugebiet der GAGFAH waren bereits im August letzten Jahres die ersten von insgesamt sieben Reihenhäusern bezogen worden. Die Adresse lautete "Planstraße 3267, Hausnummer x". Wer konnte das wohl finden?!

Trotz rechtzeitig beantragter und ordnungsgemäß erteilter Baugenehmigung hatte es die Stadtverwaltung nicht geschafft, der Straße einen ordentlichen Namen zu geben. Für die Neueingezogenen begann ein Martyrium. Die Post sah sich erstmal außerstande, einen Nachsendeantrag mit einer solchen vorläufigen Anschrift zu bearbeiten. Sie tat es dann dankenswerterweise doch, dennoch gingen Geburtstagspakete an Kinder - zu deren Betrübnis - an den Absender zurück. Auch die Polizei fuhr, als sie telefonisch gerufen wurde, erstmal suchend durch die

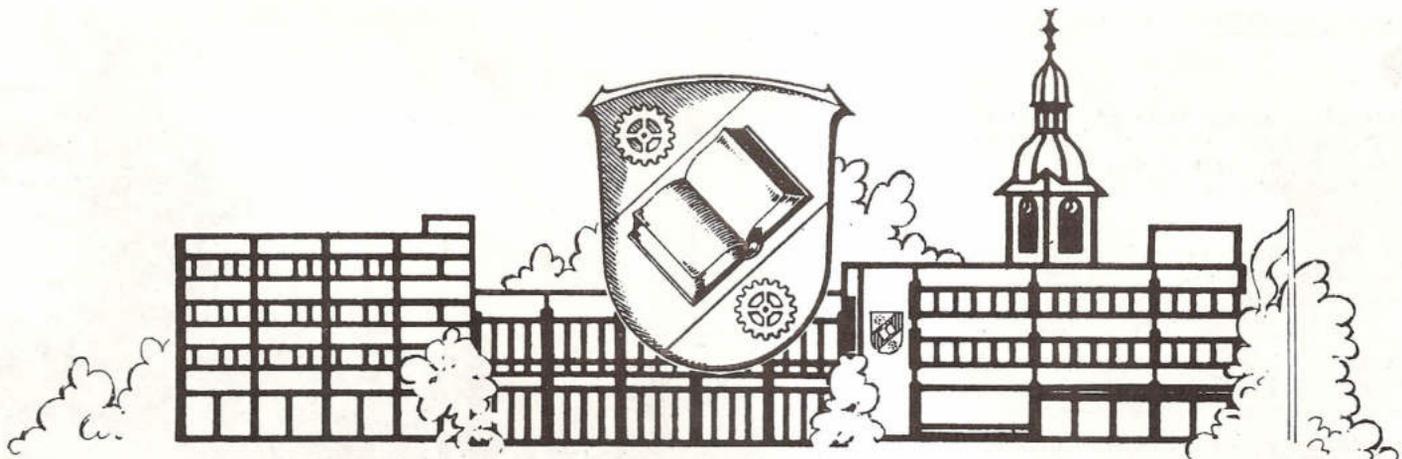
JUGENDHAUS - INITIATIVE

Was passiert in Sachen Jugendhaus? Diese Frage wurde während der Ortsbeiratsitzung im August in der Bürgerfragestunde wieder einmal aufgeworfen. Bislang weiter nichts, da Ortsvorsteher Olbrich noch auf die Ausmaße des früheren Feuerwehrhauses warte, um danach einen entsprechenden Plan und Kostenvoranschlag machen zu können.

Erfreulich, daß im Anschluß an diese Feststellung eine Vertreterin der Kindergruppe DIE FALKEN einen ersten Planvorschlag mit genauen Ausmaßen überreichte. "Fachmännisch", meinte Architekt Olbrich zur überreichten Zeichnung!

Nun können weitere Initiativen anlaufen. Überlegungen zur Gründung eines Trägervereins müssen konkretisiert und Bemühungen zur weiteren Finanzierung des Projekts verstärkt in Angriff genommen werden. Der Ortsbeirat bietet weiterhin seine Hilfe an.

kk



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

7. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Okt./Nov. 1983

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

Ist die Reaktivierung des Erbhm. Flughafens schon beschlossen?

Zwischen Frühjahr und Sommer 1984 soll die Reaktivierung des Erbenheimer Flughafens erfolgen. Das war die Auskunft des Magistrats der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz auf eine Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung.

In einem erneuten Schreiben an den Verteidigungsminister will die Bürgerinitiative wissen, ob diese Information zutreffend ist. Die Bürgerinitiative hatte bereits Anfang September die Gelegenheit, dem Verteidigungsminister die Besorgnis der hiesigen Bevölkerung vorzutragen. Eine zugesagte schriftliche Antwort auf den damals übergebenen Brief steht jedoch seit über zwei Monaten aus.

Nach dem letzten Wissensstand soll das in Auftrag gegebene Gutachten der Bundesanstalt für Flugsicherung noch nicht endgültig abgeschlossen sein. Die Bundesanstalt wendet sich in diesem Gutachten gegen eine Reaktivierung des Erbenheimer Flughafens aus Sicherheitsgründen und, weil hierdurch die Kapazität des Rhein-Main-Flughafens erheblich eingeschränkt würde.

Die Bedenken werden auch vom Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Holger Börner, geteilt. Ebenso hat die Gewerkschaft ÖTV bereits Protest wegen des drohenden Verlustes von Arbeitsplätzen auf dem Rhein-Main-Flughafen angemeldet. Der Verlust von Arbeitsplätzen wird mit der erwarteten Kapazitätseinschränkung von über 30 Prozent begründet.

Der Sprecher der Bürgerinitiative, Horst Domes, weist in einer Stellungnahme ausdrücklich darauf hin, daß es weiterhin das Anliegen der Bürgerinitiative sei, die Reaktivierung zu verhindern. Er betonte weiterhin, daß die Inbetriebnahme eines Militärflughafens bei einer Bevölkerungsdichte wie im Rhein-Main-Gebiet in den USA unvorstellbar wäre. Es sollen 26 Flugzeuge und 135 Hubschrauber stationiert werden. Während des diesjährigen Herbstmanövers waren auf dem Erbenheimer Flughafen kurzzeitig 26 Flugzeuge, jedoch keine Hubschrauber stationiert.

Im Falle einer Reaktivierung des Flughafens muß mit einer erheblichen Wert-

minderung der Grundstücke und Gebäude der umliegenden Stadtteile gerechnet werden. Welche Entschädigungsansprüche daraus erwachsen, falls es nicht gelingt, die Reaktivierung zu verhindern, will die Bürgerinitiative auf einer Veranstaltung vortragen.

Diese ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG wird am MONTAG - 5. DEZEMBER 1983 - 20 UHR im großen Saal des GEMEINDEZENTRUMS in NORDENSTADT stattfinden.

Als Referent wird der auf diesem Gebiet versierte Jurist und ehemalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium ANDREAS VON SCHOELER zur Verfügung stehen. Weiterhin wird ein Experte für das Stationierungsrecht für diesen Abend geladen werden.

WW

LANDTAGSWAHLERGEBNIS LÄßt SPD HOFFEN!

Gegen 19 Uhr am Abend des 25. September 1983, als das endgültige Wahlergebnis für Nordenstadt feststand, machte der SPD-Vorsitzende Paul Hüllenhütter seinem Herzen Luft! "Mit so einem guten Wahlergebnis habe ich nicht gerechnet. Ich freue mich über diesen hohen Vertrauensbeweis, der unterstreicht, daß viele ehemalige SPD-Wähler, die im März noch CDU gewählt haben, aus Enttäuschung und Protest, zu uns zurückgefunden haben. Dieses Ergebnis gibt uns Mut und Zuversicht, bei der Kommunalwahl 1985 für die Mehrheit in Ortsbeirat und Stadtverordnetenversammlung zu kämpfen."

Hüllenhütters Euphorie kam nicht von ungefähr, sondern sie beruhte auf zwei Dingen. Zum ersten Mal seit 1980 war die SPD in Nordenstadt und Wiesbaden stärkste Partei geworden und zum ersten Mal seit 1970 hatte die SPD die CDU bei einer Landtagswahl übertroffen. Bei den letzten zehn Wahlen war ihr das nur bei der Europawahl 1979 und bei der Bundestagswahl 1980 gelungen. Am stärksten war der Vorsprung der CDU bei der Landtagswahl 1974, als sie fast 12 Prozent vor der SPD lag.

EXOTEN..

Exoten, so scheint's, sind große Mode: da hüpfen Affen durch die Fußgängerzone, Krokodile kauern in Glaskästen, in Nordenstadt rüttelt eine Raubkatze an ihrem Käfiggitter - und in Bonn raufen sich die Experten vom Deutschen Tierschutzbund ohnmächtig die Haare. Denn immer mehr Menschen genügt nicht das teure Auto vor dem schmucken Eigenheim, immer mehr Privatleute suchen Prestigegewinn auf Kosten der wehrlosen Kreatur. Bis zum Puma im Partykeller jedenfalls ist es nicht mehr weit.

Doch die Tierschützer, die den Zoo im Wohnzimmer schlicht als Tierquälerei einstufen, sind bislang machtlos. Zwar schränkt das Washingtoner Artenschutz-Abkommen den Handel mit exotischen Tieren international erheblich ein. Aber die meisten dieser attraktiven Tiere kommen auch gar nicht aus freier Wildbahn in fernen Ländern. Sie sind quasi Überschub-Produkte mancher Zoos und Safari-Parks. Dort, so sagen die Bonner Tierschutz-Experten, gibt es mehr Nachwuchs, als man in den Gehegen unterbringen kann. Wenn dann noch ein finanzieller Anreiz da sei, würden die Tiere schnell im Handel landen.

Eingriffsmöglichkeiten in die privaten Menagerien hat zur Zeit allenfalls die Polizei. Die Käfige der Raubtiere müssen so sicher sein, daß eine Gefährdung von Menschen absolut ausgeschlossen ist. Darüber hinaus existiert nur die wachsweiße Vorschrift, die Tiere seien "artgerecht" zu halten, was, wie der Tierschutzbund meint, daheim sowieso nicht möglich ist.

Die Bonner Tierschützer freuten sich deshalb besonders über einen neuen Tierschutz-Geszentwurf, den der Hessische Sozialminister vorgelegt hat, weil es sich dabei um den bisher "besten und fortschrittlichsten Vorschlag" handelt. Die Hessen wollen künftig Privatleuten den Handel mit Exoten gänzlich verbieten, und damit auch den Privatbesitz dieser Tiere weitestgehend einschränken. Unter dessen lag Ende Oktober der Entwurf aus Wiesbaden auch dem Bundesrat zur Diskussion vor.

hjm

Erfreulich ist aus Sicht der SPD aber auch, daß keine Wahlparty in der Vergangenheit so gut besucht war, wie die an jenem Wahlabend nach der Landtagswahl 1983.

So wählte Nordenstadt (im Vergleich zur Bundestagswahl 1983)

	SPD	CDU	FDP	Grüne	Sonst.
LW 83	43,3	39,7	10,4	5,7	0,9
BW 83	38,2	46,3	9,5	5,8	0,2

Wahlbezirk o1 (östliches Nordenstadt, Wallauer Weg, Spessart-/Eschenstraße)

	SPD	CDU	FDP	Grüne
LW 83	42,8	43,6	8,4	4,5
BW 83	39,1	50,1	6,0	4,8

Wahlbezirk o2 (alter Ortskern)

	SPD	CDU	FDP	Grüne
LW 83	44,0	39,9	8,7	7,1
BW 83	39,6	44,4	8,5	6,9

Wahlbezirk o3 (Neubaugebiet Horchheimerstraße/Hessenring)

	SPD	CDU	FDP	Grüne
LW 83	44,6	34,3	13,8	5,9
BW 83	38,3	42,5	13,4	5,6

Wahlbezirk o4 (Neubaugebiet Igstadter Straße/Westrिंग)

	SPD	CDU	FDP	Grüne
LW 83	44,4	38,0	11,8	4,2
BW 83	38,6	44,0	11,4	5,7

Die CDU büßte also innerhalb eines halben Jahres nach der Bundestagswahl 6,6 Prozent oder fast 450 Wähler gegenüber der Bundestagswahl ein. Die Wahlbeteiligung lag diesmal mit 81,3 Prozent (4070 Wähler) um 9 Prozent unter der Bundestagswahl mit 90,3 Prozent (4439 Wähler); die Zahl der Wahlberechtigten stieg im gleichen Zeitraum von 4917 im März auf 5004 im September.

Eine kleine Besonderheit gab es jedoch. Die FDP erzielte mit 420 Wählerstimmen exakt das gleiche Ergebnis wie bei der Bundestagswahl.

Die Grünen büßten gegenüber der Bundestagswahl 0,1 Prozent ein. Die SPD erreichte ihr seit 1970 zweitbestes Ergebnis (bestes Ergebnis Europawahl 1979 mit 46,5 Prozent) und legte gegenüber der Bundestagswahl 5,1 Prozent zu.

War die CDU bei der Bundestagswahl noch stärkste Partei in allen vier Nordenstädter Stimmbezirken, so konnte sie aus der Landtagswahl nur noch in einem Bezirk knapp als Sieger hervorgehen. Rund um den Hessenring, wo die SPD bei der Bundestagswahl die stärksten Einbrüche zu verzeichnen hatte und ihr schlechtestes Wahlergebnis erzielte, erreichte die SPD diesmal ihr bestes Wahlergebnis und erzielte ein Plus von 6,6 Prozent, während die CDU hier 8,2 Prozent einbüßte, gegenüber der Landtagswahl vor einem Jahr sogar 10,2 Prozent.

Wenn man nu diese Zahlen gelesen hat, kann man sich die langen Gesichter der CDU/FDP-Männer erklären, die an jenem Wahlsonntag um 18 Uhr voller Siegeszuversicht die Wahlmaschinen öffneten und fünf Minuten später ihr "schwarzes Wunder" erleben mußten.

W. Sp.



„Ein Männlein steht im Walde...“, wer kennt dieses alte, schöne Kinderlied nicht. Fragten die vorangegangenen Kindergenerationen ihre Eltern noch danach, wer denn das Männlein sei, so könnte die Frage bald anders heißen: „Wald? Was ist denn das?“ — jedenfalls wenn alles so weiter geht wie bisher.

Waldsterben: Warten, bis alles kaputt ist?

Unser Wald stirbt. Zwei von sieben Millionen Hektar Wald, die unser Land ungefähr zu einem Drittel bedecken, sind krank oder bereits abgestorben. Zugrunde gerichtet von über 18 Millionen Tonnen Schadstoffen — Rauch, Abgasen, Staub — die jährlich vom Himmel auf Menschen, Tiere, Bäume und Pflanzen herunterrieseln: der „saure Regen“. Längst gehören die, die vor den schweren Folgen dieser Entwicklung warnen, nicht mehr in die Ecke der Spinner und Fortschrittsverhinderer. Die Öffentlichkeit ist wach geworden. Viele haben begriffen, was es bedeutet, wenn ein Fluß „umkippt“, ein Baum „stirbt“ oder wieder ein Stück Landschaft „zerstört“ wird: letztlich weniger Lebensraum für die Menschen, weniger Zukunft.

Was Autos, Heizkraftwerke, Hausheizungen und Industrie an tödlichen Giftmischungen absondern und welche Schäden dabei verursacht werden, umschreiben Statistiker nüchtern so: Schäden für die Forstwirtschaft — 1,5 Milliarden Mark; Schäden an historischen Gebäuden, Stahlkonstruktionen und Bauten — 3 Milliarden Mark, alles im Jahr.

Was der Verlust an Lebensraum „wert“ ist oder was die Volkswirtschaft die Gesundheitsschäden „kosten“, läßt sich allerdings schon schwerer sagen. Die Amerikaner haben es einmal versucht: Aus einer Studie des amerikanischen Kongresses geht hervor, daß allein 51 000 Todesfälle jährlich auf Schwefeldioxyd-Emissionen zurückgeführt werden können. So makaber vielleicht solche Zahlen sein können, so zeigen sie doch deutlich, daß es später ist, als einige glauben wollen.

Die Sozialdemokraten haben begriffen, daß Eile Not tut, um eine Katastrophe zu verhindern. Sie haben ein Notprogramm zur Rettung des Waldes vorgelegt. Dieses Programm enthält ein Bündel von Maßnahmen, die gegen eine Bundesregierung durchgesetzt werden müssen, die Umweltpolitik unter dem Motto versteht: „Tue möglichst wenig, aber rede viel darüber.“

Die SPD will, daß jetzt getan wird, was machbar ist: bleifreies Benzin und Entschwefelung der Kohlekraftwerke zum Beispiel. Wir müssen unsere Nachbarn in den anderen Ländern drängen, mitzumachen, denn verdreck-

te Flüsse und schmutzige Luft kennen keine Grenzen. Umweltschonende Technik muß angewendet und entwickelt werden. Neue Möglichkeiten, umweltfreundlicher „zu wirtschaften“, müssen erforscht werden. Der SPD-Politiker Volker Hauff: „Bei alledem dürfen wir nicht vergessen, das der Bau von umweltfreundlichen Autos, von Entschwefelungsanlagen und Filteranlagen auch dazu führen wird, daß unsere Industrie auf diesen Gebieten leistungsfähig und wettbewerbsfähig wird. Diese Ökoindustrie ist eine Zukunftsindustrie; und deswegen müssen wir versuchen, die Nase vorn zu haben. Das sind zukunftssichere Arbeitsplätze. Es ist richtig: Für uns gibt es keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in ihr. Und von diesen Alternativen darf man nicht nur reden.“

Wenn ein Baum stirbt . . .

Weißtanne: Auffällig ist die Abflachung der Krone durch weniger „Längenwachstum“ und mehr Seitenzweige. Die Krone sieht aus wie ein „Storchennest“.

Fichte: Grüne Ersatz- oder Angsttriebe finden sich im vorderen Astbereich. Ist die Schädigung schon älter, sehen die Äste aus wie ein „Hexenbesen“.

Buche: Es zeigen sich weniger Langtriebe, dafür mehr Kurztriebe. Manchmal treiben die Endknospen nicht mehr.

Pappeln/Erlen: Die Blätter wachsen nur noch an der windabgewandten Seite.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion:

Katrin Kiehne, Goethering 26
Werner Wahler, Pommernstr.45

Layout:

Sigurd Schneider, Pommernstr.14

Druck:

Breitwieser Werbung & Druck
Leberberg 4, 6200 Wiesbaden

NORDENSTADT — GESTERN UND HEUTE

Im Jahre 950 wird Nordenstadt erstmals in einem Dokument erwähnt!

So können wir es in einer Festschrift aus dem Jahre 1975 nachlesen, die anlässlich der Einweihung der Taunushalle herausgebracht wurde.

Die Gemeinde existiert allerdings wesentlich länger. "Es ist durchaus möglich, daß Nordenstadt, wie der Nachbarort Wallau, als kleine Siedlung bereits seit der Keltenzeit bestand. Der Ort wäre dann mehr als 2.000 Jahre alt." Mit Bestimmtheit ist das Alter Nordenstadts wohl nicht mehr zu klären. Interessant scheinen uns aber unterschiedliche Teilbereiche, die sich aus der Geschichte Nordenstadts zurückverfolgen lassen. Zum Beispiel die schulische Situation:

Wurde in diesem Jahr doch unsere neue Grundschule offiziell eingeweiht - zur Freude der Kinder, der Eltern und der dort tätigen Lehrer -, so ist hier ein Blick in die Schulvergangenheit von Nordenstadt sehr interessant. Nachzulesen im "Alt Nassau" aus dem Jahre 1907: "Ebenso nannte Nordenstadt 1607 einen Lehrer sein eigen, so daß der Ort in diesem Jahre - also 1907 - sein 300jähriges Schuljubiläum feiern könnte." Was verdiente ein Lehrer damals? Im Jahre 1819 wurde das Einkommen des Lehrers auf 500 Gulden festgesetzt. "Die Anzahl der Kinder war in diesem Jahr nur um 28 geringer als heute (1907). Zählte doch die Schule damals 64 Knaben und 61 Mädchen, also 125 Schüler..... Bis 1848 hatte sich die Anzahl der Schüler derart vermehrt, daß für Nordenstadt der zweite Lehrer notwendig wurde.... Von nun an hatte die Nordenstädter Schule zwei Lehrer."

Es gab wohl auch manche Probleme, wenn man zwischen den Zeilen liest.

"1598 war die Nordenstädter Schule mit der Wallauer vereinigt; in den Urkunden begegnen wir bald nachher einem 'Præptores literati' im Orte. 1607 wird der Schulmeister Konrad Gebertshagen in Nordenstadt genannt, über dessen Faulheit in Traktierung des Lateinischen geklagt wird." Er wird danach nach Eppstein versetzt. 1635 kam eine "große Verwüstung über den Ort" und im Jahre 1637 zählt man hier nur

noch "14 Hausgesäß und 3 Wittsben (Witwen) nebst 10 Kindern."

Auch die Versorgung der Lehrer nach deren Ausscheiden aus dem Schuldienst war seinerzeit - wenn auch sehr schmal - geregelt.

"So wurde für den 1809 pensionierten Joh. Phil Gottfried Walther folgender Pensionssatz beschlossen:

1. die Schulwohnung; 2. 80 Gulden aus dem Kirchenkasten; 3. 4 Mltr. Korn aus demselben; 5. das Glockenbrot; 6. sind auf sein Ansuchen aus dem Kirchenkasten jährlich 25 Gulden verwilligt worden."

1824/25 wurde ein neues Schulhaus erbaut. Am 13. November 1825 ist es eingeweiht worden. Christian Schäfer hieß der damalige Lehrer.

"Die Schulverhältnisse der Gemeinde Nordenstadt sind später unter nassauischer und preußischer Herrschaft nach den entstandenen Landesgesetzen geregelt und allmählich in bessere Bahnen übergeführt worden" - schließt der "Alt Nassau" aus dem Jahre 1907 seinen Bericht.

1607 hatte Nordenstadt seinen ersten "eigenen" Lehrer. Heute 1983 haben wir einige mehr. Was in dieser Zwischenzeit sich wohl alles verändert hat? kk

NEUER SCHULELTERNBEIRAT

Mit einer Würdigung und einem herzlichen Dank für seine engagierte und erfolgreiche Arbeit verabschiedete der Schulelternbeirat in seiner Sitzung im September seinen langjährigen Vorsitzenden, Herrn Heinz Fiedler. Er hatte den Vorsitz vier Jahre lang inne. In diese Zeit fiel der Einsatz für eine ausreichende Lehrerversorgung und die Mitarbeit an der Planung und Ausführung des Neubaus der Grundschule.

Zum neuen Vorsitzenden wurde Herr Nils Jensen, bisheriger Stellvertreter, zur neuen Stellvertreterin, Frau Gabriele Wahler, gewählt. Zum Schriftführer wählte der Beirat Herrn Dieter Hippmann. Zusammen mit dem bereits seit Mai 1983 amtierenden Kassierer, Herrn Alois Blees, bilden die Genannten den neuen Vorstand des Schulelternbeirats.

SCHRECKEN IN DEN HERBSTFERIEN

Am späten Freitagnachmittag, ich kam müde von der Arbeit nach Hause und sah nach der Post. Im Briefkasten fand ich ein nacktes Schreiben - ohne Umschlag - an mich adressiert. Sonderbar. Oben drüber stand handschriftlich geschrieben:

S O F O R T !

Sehr geehrter Herr Die Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde ist beauftragt, den Betrag von 53.80 DM einzuziehen.....

Und weiter unten:

Sollten Sie unseren Forderungen nicht nachkommen und ein Betreten ihrer Wohnung bzw. Geschäftsräume nicht möglich sein, werden wir eine richterliche Anordnung zur Öffnung und Durchsuchung ihrer Wohnung bzw. Geschäftsräume beim zuständigen Verwaltungsgericht beantragen.

Und am Ende stand - wie das Leben so spielt

gez. Gierig (Vollstreckungsbeamter)

Niemand kann natürlich etwas für seinen Namen und Herr Gierig möge mir verzeihen, aber niemand ist geschützt gegen seine Vorurteile. Ein Monster, ein grauschwarzer Schatten bedroht meine bescheidene Habe. Meine Vorstellung zeichnet mir Bilder. Ich komme von der Arbeit zurück, finde die Eingangstür gesplittert von den Axtschlägen, die Wohnung ist durchsucht, der Inhalt der Schränke und Kommoden verteilt auf dem Fußboden, und am Schlafzimmerschrank der Bundesadler, der wie ein Kuckuck aussieht, und ein in Maschinschrift geschriebenes Schreiben: Wir haben als Gegenwart zu den 53.80 DM die handgestickten Spitzentaschentücher Ihrer Urgroßmutter mitgenommen! gez. Gierig

Wochenende. Meine Frau, der Schatzmeister der Familie, in Herbstferien. Ich war hilflos ausgeliefert. Das Wochenende war schrecklich, doch der Montag kam. Um acht Uhr stand ich in der Ortsverwaltung. Die freundlichen, hilfsbereiten Damen helfen mir, dem Hilflösen! Mit einem Bestätigungsschreiben, daß der angemahnte Betrag rechtzeitig überwiesen wurde, hielten sie den Herrn Gierig zurück. Was war geschehen? Bei der Umstellung der EDV sind wir mit dem Betrag für die Kegelbahnnutzung Juli einfach herausgefallen! Die Wohnung blieb heil und die Spitzentaschentücher meiner Urgroßmutter an ihrem Platz!

JSCH



Einladung an alle Nordenstädter zum:

Nordenstadt-Gespräch

Freitag, 18. Nov. 20 Uhr, Taunush. (Lokal)

mit **Dr. Adolf Roth**

Leiter des staatl. chem. Untersuchungsamtes

"Wie gesund sind unsere Lebensmittel?"



2 Jahre Falken in Nordenstadt

Seit genau zwei Jahren gibt es sie, die FALKEN. Grund genug, denen zu danken, die auf freiwilliger Basis die Betreuung der mehr als 20 Kinder bzw. Jugendlichen übernommen haben. Gertrud Jensen und Gabi Wahler betreuen die Gruppe seit ihrer Gründung.

Grund genug, auch Falken-Kinder selbst zu Wort kommen zu lassen und berichten zu lassen, was so alles los ist:

"Unsere FALKEN-Gruppe in Nordenstadt besteht jetzt zwei Jahre. Jedes Jahr veranstalten wir einen Basar am Alternachmittag. Da verkaufen wir selbstgebastelte Sachen, z.B. Postkarten, Christbaumschmuck, Gewürztiere oder andere Gewürzsachen, Duftbeutel, Stoffdrucke und anderes. Am Alternachmittag führen wir auch was vor.

An jedem ersten Freitag im Monat machen wir Ausflüge oder Besichtigungen. Wir waren schon bei der Polizei und der

Feuerwehr, beim Wiesbadener Kurier und bei der Eisenbahn. Auch den Freudenberger Schloßpark haben wir kennengelernt. In den Ferien machen wir häufig einen Ganztagesausflug, z.B. in den Zoo und ins Schwimmbad.

Zu Pfingsten findet immer das Pfingstzeltlager statt. Dort sind auch noch Falken aus anderen Bezirken. Dieses Jahr haben wir eine große Friedensveranstaltung gemacht. Da gab es zwei Friedenspuzzles, Friedenslieder und vieles andere. Wir haben uns in den zwei Jahren viele Spiele angeschafft. Wenn wir neue Mitglieder bekommen, sind wir froh, denn die Kinder hängen ihren Eltern nicht jeden Freitag am Hals.

Für alle Interessenten/innen: Gruppenstunde ist immer freitags von 15 Uhr bis 17,30 Uhr. Jeden 1. Freitag im Monat ist Wandertag. Die Jungen und Mädchen haben an Wandertagen besonders viel Spaß."

Eure FALKEN

JUGENDZENTRUM

Schleppend gehen die Vorbereitungen für den Aus- und Umbau des alten Feuerwehrgerätehauses zum Jugendzentrum voran. Da versprach die Junge Union das Gebäude auszumessen und, weil nichts geschah, haben's die FALKEN gemacht. Die Skizzen und Einrichtungsvorschläge liegen derzeit beim Ortsvorsteher.

Um das Ganze zu beschleunigen, wurde jetzt von den Jungsozialisten der Entwurf einer Satzung für einen Trägerverein erarbeitet und dem Leiter der Ortsverwaltung übergeben. Dabei wurde gebeten, daß der Leiter der Ortsverwaltung sich um eine baldige Einladung zu einer Konstituierung bemüht.

Ziel des Trägervereins soll es sein, unter der Mitwirkung des Ortsbeirates und der Ortsverwaltung, die Federführung für den Bau und die Unterhaltung des Jugendzentrums zu übernehmen. Zur Mitarbeit aufgerufen sind alle Vereinigungen, Organisationen und Initiativen, die sich auf dem Gebiet der Jugendpflege betätigen. Interessenten bitten wir, sich mit dem Leiter der Ortsverwaltung in Verbindung zu setzen.

Zur Aufbringung weiterer finanzieller Mittel werden die FALKEN sich am NORDENSTÄDTER HOBBY-KÜNSTLER-MARKT am 20. November 1983 im Gemeindezentrum beteiligen. Zum Verkauf stehen alte Nordenstädter Postkarten an. Als besondere Attraktion wurde von den FALKEN eine "Button-Maschine" besorgt. Hier kann sich jeder seinen eigenen Button gestalten. Der Reinerlös wird für das Jugendzentrum zur Verfügung gestellt.

ww



20. November HOBBY-KÜNSTLER-MARKT



Bereits zum 3. Mal findet der Nordenstädter Hobby-Künstler-Markt statt.

Am 20. November 1983 von 10-17 Uhr im Gemeindesaal des Gemeindezentrums in Nordenstadt. Es werden ca. 30 Aussteller aus dem Raum Wiesbaden-Nordenstadt erwartet. Geboten werden in Handarbeit gefertigte Kunstartikel aus Keramik, Puppen, Salzteig-Arbeiten, Trockenblumengestecke, Bauernmalerei, Webarbeiten, Aquarelle, Gießkeramiken, Blätterbilder, Seidenmalerei, Stoffkollagen bis hin zu weihnachtlichen Kostbarkeiten wie Baumbehang und Adventskränze, etc.

Bisher konnte sich der Hobby-Künstler-Markt über ein sehr reges Interesse bei der Bevölkerung Nordenstadts erfreuen. Es kamen immer neue Aussteller hinzu, so daß es für den Besucher abwechslungsreich bleibt.

Am 20. November - vier Wochen vor Weihnachten - kann man so manch schönes Geschenk erstehen. Und worüber könnte man sich mehr freuen, als über eine echte Handarbeit.

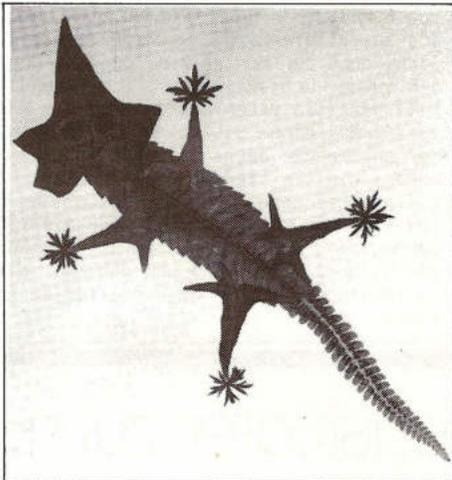
In diesem Jahr wird der Erlös aus den Standgeldern für den Bau des Jugendhauses in Nordenstadt gestiftet. Zu diesem Zweck wird auch eine Sammelbüchse aufgestellt werden!

Ich freue mich auf den diesjährigen HOBBY-KÜNSTLER-MARKT und hoffe, daß wieder viele Freunde der Handarbeit etwas Schönes entdecken und auch erstehen. Sagen Sie es weiter, bringen Sie Ihre Freunde mit, denn dieser Markt soll Tradition werden.

M. Hippmann

Kunst in Nordenstadt

Irene Oekonomopulos



Blätter, die vom Baum gefallen - eigentlich tot - sind, werden von Frau Oekonomopulos wieder lebendig gemacht und kunstvoll zu Tierbildern arrangiert. Mit Pflanzen hatte Frau Oekonomopulos früher beruflich zu tun, so daß die Idee, aus gepreßten Blättern Motive zu entwerfen, nahe lag.

Da sie schon sehr lange bastelte, meist Geschenke für Verwandte und Bekannte, kamen zu den Blätterbildern bald andere kunstvolle Gegenstände hinzu: Spannbäume, Wollmäuse, Körnervögel, Stickbilder. Fensterbilder und Schmuck (Broschen) sind im Augenblick "in Arbeit". Viele der Arbeiten kann man als Miniaturen bezeichnen; ihre Herstellung erfordern viel Fingerfertigkeit und Geduld. Seit einem Jahr stellt Frau Oekonomopulos auf Hobbymärkten aus, beim Nordenstädter Hobby-Künstler-Markt war sie auch dabei. Für Frau Oekonomopulos, Mutter dreier Kleinkinder, ist die künstlerische Tätigkeit eine Möglichkeit, ein wenig zu sich selbst zu finden.

G.J.

Termine... Termine... Termine... Termine... Termini

- | | |
|---|--|
| 20. November 1983
HOBBY-KÜNSTLER-MARKT
10 - 17 Uhr im großen Saal des Gemeindezentrums | 14. Dezember 1983
Weihnachtsfeier der Landfrauen im Gemeindezentrum |
| 03. Dezember 1983
Hallenfußballturnier Alte Herren TUS in der Taunus-Halle | 16. Dezember 1983
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr im Gemeindezentrum |
| 03. Dezember 1983
Weihnachtsfeier der SPD für Nordenstadts Senioren im großen Saal des Gemeindezentrums | 17. Dezember 1983
Weihnachtsfeier der Freiwilligen Feuerwehr im Gemeindezentrum |
| 05. Dezember 1983
20 Uhr Öffentliche Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen Hubschrauber in Erbenheim im großen Saal des Gemeindezentrums mit ANDREAS VON SCHOELER | 18. Dezember 1983
Weihnachtsfeier des MVN im Gemeindezentrum |
| 10. Dezember 1983
Weihnachtsfeier - TUS in der Taunus-Halle | 25. Dezember 1983
Weihnachtsball des Männergesangsvereins Nordenstadt in der Taunus-Halle |
| | 28. November 1983
20 Uhr Filmvorführung im Gemeindezentrum "Theo gegen den Rest der Welt" ab 12 Jahre |

MUSS DAS SEIN?

Immer wieder Ärger am Überweg im Hesselring am Kindergarten

Manche Eltern halten ihr Kind für unselbständiger als es tatsächlich ist. Anders kann man sich nicht erklären, daß Mütter/Väter ihr Kind morgens möglichst noch per Auto in der Kindergarten- oder das Schulgebäude fahren möchten.

Ständiges Mahnen und Bitten der Beiräte von Kindergarten und Schule hatten im letzten Jahr zu einem besseren Verhalten der Eltern am Zebrastreifen vor dem Kindergarten geführt. In letzter Zeit ist nun aber wieder verstärkt zu beobachten, wie die lieben Kleinen vor dem Zebrastreifen oder sogar in der Einfahrt zur Schule aus dem Auto steigen, versehen mit dem mahnenden Zuruf von Vater/Mutter: "Paß gut auf dich auf!"

Tja, worauf sollen die Kleinen denn noch groß aufpassen, wenn sie fast schon vor der Kindergarten-/Schultür stehen? Viel wichtiger wäre es, wenn Mutter/Vater einmal überlegten, was sie/er da tut. Aussteigen lassen an dieser verkehrsreichen Stelle heißt doch bremsen, die Straße blockieren, den Überweg für die kleinen Kinder unübersichtlich machen, anfahren, sich zwischen den anderen haltenden Autos durchschlängeln - und das alles nur für ein paar wenige ersparte Schritte für ihr Kind, die es noch tun müßte, wenn es an einer nicht verkehrgefährdeten Stelle ein Stück vor dem Überweg aus dem Auto entlassen würde und zur Schule oder zum Kindergarten laufen müßte.

Ich meine, alle Eltern sollten sich ihr Verhalten einmal gründlich überlegen. Oder müssen es immer erst Mahnungen/Strafen/Verbote sein, die uns zum Denken bringen?

Übrigens: Für die Schulleitern gilt immer noch die Aufforderung: Setzen Sie Ihr Kind in der "Straße an der Schule" beim Lehrerparkplatz oder vor dem kleinen Schulhof ab! Sie vermeiden Gefahren vor dem Kindergarten!

G.J.

ZU VIELE SPIELPLÄTZE IN NORDENSTADT?

Im Gegenteil, werden diejenigen sagen, die Kinder haben. Die Errichtung von Spielplätzen ist nicht nur eine staatliche oder städtische Aufgabe, sie ist auch denjenigen vorgeschrieben, die mehrere Wohneinheiten errichten.

Vorgesehen war deshalb auch ein Spielplatz für die Reihenhäuser an der Junkern-/Erfurter-/Schlesier-Straße. Das Gelände ist vorhanden. Schön groß und abgelegen vom Straßenverkehr. Ideal für den vorgesehenen Spielplatz! Doch der Bauträger (Regie-Bau), der für die Errichtung verantwortlich gewesen wäre, meldete Konkurs an und ließ die Eigentümer mit den unvollendeten Häusern und Gemeinschaftsanlagen sitzen. Und so liegt seit der Bezugfertigkeit der Reihenhäuser auch dieses ideale Spielplatzgelände brach.

Die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN würde sich freuen, wenn die jetzt erkennbaren Bemühungen um die Errichtung dieses Spielplatzes erfolgreich verliefen. Vielleicht wäre Nordenstadt im Frühjahr dann um einen Spielplatz reicher?!

WW



"Unser Schulhof soll schöner werden"

AMPELANLAGE WIRD GEBAUT

Nun wird sie endlich eingerichtet, die Ampelanlage im Wallauer Weg/Ecke Chattenstraße. So wenigstens sehen es die Planungen der Stadt bis zum Frühjahr 1984 vor. Eine erfreuliche Nachricht besonders auch für den Schulleiternbeirat, der diese Gefahrenstelle seit Jahren immer wieder in die Diskussion brachte.

Diese Ampelanlage wird nicht gegen Autofahrer, sondern für die Sicherheit der Fußgänger - insbesondere der Schulkinder - aufgestellt. Die Autofahrer sollten sie daher nicht als ärgerliches Hindernis, sondern vielmehr als Pluspunkt für die Sicherheit unserer Kinder ansehen!

G.J.

THE ROCKY HORROR PICTURE SHOW

war der Titel des 3. Filmabends, der auf Initiative des Leiters der Nordenstädter Ortsverwaltung, Harald Schindler, vorgeführt wurde. Ungefähr 150 Teilnehmer sahen den Film, zu dem an die Nordenstädter Jugend ein persönliches Anschreiben herausgegeben wurde, nachdem zum ersten Filmangebot nur ein bescheidener Zuschauerkreis gekommen war.

Die Filme, die das Jugendamt zur Verfügung stellt, werden auch in anderen Stadtteilen gezeigt. Dort jedoch unter der Federführung von Filmkreisen, die von Jugendlichen selbst geleitet werden.

Ziel wird es sein, daß sich auch in Nordenstadt ein solcher Jugendkreis etabliert, der die Organisation und die Filmauswahl eigenverantwortlich übernimmt.

Hoffen wir, daß es gelingt, diesen Kreis unabhängig von Parteipolitik zu halten, damit nicht der Parteienproporz oder die Parteiideologen die Filmauswahl bestimmen, sondern lediglich das Interesse der Jugendlichen und die Kultur im Vordergrund stehen. Wünschenswert wäre es auch, daß ein solcher Jugendkreis das geplante Jugendzentrum mit anderen Aktivitäten nutzt.

Der nächste Film wird gezeigt:

Montag, 28. November 1983 - 20 Uhr
"Theo gegen den Rest der Welt"
Ein Lustspiel mit Marius Müller-Westernhagen; Eintritt ab 12 Jahre
Großer Saal im Gemeindezentrum
Eintritt kostenlos!

WW

unter diesem Motto waren die Kinder der Grundschule Nordenstadt fleißig dabei, die von der Stadtgärtnerei auf Anfrage der Schulleiterin Bothe-Scheffler zur Verfügung gestellten 600 Stiefmütterchen einzupflanzen. Ein schönerer Schulhof und größere Motivation, auf die Pflänzchen achtzugeben, sind der Erfolg dieser Aktion.

Wohin mit dem Gartenabfall?

Nun kommt sie wieder, die Zeit, wo vermehrt Gartenabfälle anfallen und wir wieder nicht wissen, wohin damit. Da sehen wir dann wieder die überfüllten Mülltonnen, die noch schnell mit ein paar kleingeschnittenen Zweigen usw. vollgestopft werden.

Gibt es denn da wirklich keine bessere Lösung?

Wenn wir vor unsere Gemeinde/Stadtgrenze sehen, so läßt sich feststellen, daß es wohl bessere Möglichkeiten gibt. Zum Beispiel in Hofheim: Da wurde die Möglichkeit eines zentralen Komposthaufens als besser angesehen. Hat außerdem noch den Vorteil, daß später da auch wieder gute Erde abgeholt werden kann.

Auch in anderen Städten des Main-Taunus-Kreises besteht die Möglichkeit, Gartenabfälle gesondert anzuliefern. Teilweise werden dazu lediglich Container bereitgestellt, die dann gesondert zur Mülldeponie gefahren werden, teilweise erfolgt in den Gemeinden eine Kompostierung der Gartenabfälle. In zwei Fällen werden die Gartenabfälle zweimal jährlich von einem Müllabfuhrunternehmen gesondert abgefahren. Die Bürger erhalten dafür gegen eine geringe Gebühr einen gesonderten Jutesack.

Vielleicht kann der Ortsbeirat in Nordenstadt einmal die Initiative in dieser Richtung ergreifen? Denkbar wäre evtl. eine Sammelstelle für mehrere östliche Vororte, um die Anmietung einer entsprechenden Zerkleinerungsmaschine kostengünstig kalkulieren zu können.

Es wäre schön, wenn es uns gelingen könnte, nicht nur festzustellen, daß unsere Umwelt gefährdet ist, sondern durch eine "umweltfreundlichere Abfallbeseitigung" auch einen entsprechenden Beitrag zu liefern. Denn ich könnte mir gut vorstellen, daß viele Gartenbesitzer, die keinen Platz für einen eigenen Komposthaufen haben, froh wären, wenn sie ihre Mülltonne wieder etwas "entlasten" könnten.

kk

BLICKPUNKT NORDENSTADT

EIN BESUCH IN DER ALTENTAGESSTÄTTE

Am 22. September besuchte der damalige SPD-Landtagskandidat und inzwischen direkt gewählte Abgeordnete Herbert Schneider die Altentagesstätte in Nordenstadt.

Bei einer gemütlichen Kaffeerunde konnte sich Herbert Schneider über die Probleme eines Teils der Bevölkerung seines neu zugeschnittenen Wahlkreises informieren.

Anschließend zeigte Herbert Schneider Dias von einer Reise nach Kenya. Es wurden nicht nur Bilder besonders interessanter Pflanzen und Tiere gezeigt, sondern auch Bilder, die die Armut der Menschen in dieser Region der Erde verdeutlichten. Zum Abschluß versprach Herbert Schneider im November zu einem weiteren Dia-Vortrag nach Nordenstadt zu kommen.

Am 17. November 1983 wird er sein Versprechen einlösen und Dias über "Die Welt der Alpen" zeigen (15 Uhr in der Altentagesstätte).

Möchten Sie sich über die Altentagesstätte Nordenstadt informieren, so rufen Sie bitte Frau Hess (Tel. 13734) oder Frau Seulberger (Tel. 2872) an.

G.J.



Aus dem Ortsbeirat

Zufriedenheit mit der Wohnsituation hängt mehr und mehr von der Wohnumgebung - dem Wohnumfeld - ab. Ein

wichtiger Bestandteil dieses Wohnumfeldes sind die Straßen. Verkehrsgefährdung, Verkehrslärbelastigung, Parkprobleme und Freiflächendefizite bedrängen die Anwohner. Wohnumfeldverbesserung durch Beruhigung des Verkehrs, durch Verbesserung der Wohnlichkeit, Umweltqualität, Verkehrssicherheit und die Erhaltung bzw. Verbesserung des Wohnwertes müssen daher Ziele der neuen Zukunftsplanung für Nordenstadt sein.

Für die SPD Nordenstadt dient die Erweiterung des Gewerbegebietes mit der neuen Erschließungsstraße und deren Anschluß an die Bundesautobahn diesem Ziel.

In der letzten Ortsbeiratssitzung begrüßte deshalb auch die SPD-Ortsbeiratsfraktion die jetzigen Planungsvorstellungen für die Gewerbegebietserweiterung und die Neugestaltung der Anschlußstelle zur Autobahn, und begründete dies wie folgt:

1. Da der BAB-Anschluß an seinem jetzigen Standort bleibt, kann er sofort verkehrsgerecht und verkehrssicher ausgebaut bzw. umgestaltet werden, unabhängig vom sechsspürigen Ausbau der A 66, dessen Realisierung nach 1990 vorgesehen ist. Ob er notwendig ist, darüber kann man ohnehin geteilter Meinung sein.

2. Durch die geplante Erschließungsstraße für das Gewerbegebiet und die damit mögliche Schließung der Kreisstraße K 663 von der Siemensstraße bis zur Stolbergerstraße kann der Unfallschwerpunkt an der Kreuzung Kreisstr./Stolbergerstr./Ostring entschärft und eine Verkehrsentslastung für die Bewohner der Hochhäuser an der Kreisstraße K 663 erreicht werden.

3. Tritt durch das vorfahrtsberechtigtes Abbiegen in den Ostring und durch die mit einer Ampel versehenen Einmündung in die Hunsrückstraße eine Verkehrsberuhigung ein.

4. Wird durch den Anschluß der Gewerbegebiets-Erschließungsstraße an den Westring die dringende notwendige Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit im Hessenring/Eichelhägerstraße bzw. Eichendorffweg erreicht.

5. Ist eine ca. 50 Meter breite Grünzone (Immissionsschutzwald) entlang der Autobahn als Abschirmung für Nordenstadt eingeplant.



KLEINGÄRTEN

Auf dem Gelände hinter dem Friedhof wird seit einigen Wochen abends und an den Wochenenden fleißig geschaufelt und gewerkelt: Eifriges Mitglieder des Kleintierzuchtvereins richten sich dort in ihrem neuen Kleingarten-Revier ein. Vorgelesen sind, so sagte der Vereinsvorsitzende Winfried Schreiner, elf Zuchtparzellen fürs Federvieh, nämlich Hühner und Tauben, drei Parzellen bleiben den Jugendlichen vorbehalten, die dort ihr eigenes Geflügel hegen und pflegen dürfen. Vier Parzellen wurden den Kaninchenzüchtern verpachtet und 16 dienen künftig als Kleingärten.

Spätestens in fünf Jahren, meint Winfried Schreiner, soll alles fertig sein. Aber noch in diesem Jahr, wenn es das Wetter erlaubt, soll das Vereinshaus aufgestellt werden, was übrigens manchem bekannt vorkommen dürfte. Es handelt sich dabei um

jenen Pavillon, in dem früher die Nordenstadter Grundschule untergebracht war.

Daß die Kleintier-Züchter unterdessen alle Parzellen an Vereinsmitglieder abgegeben haben, soll dennoch keinen Kleingarten-Freund betrüben, der diesmal leer ausgegangen ist. Gleich neben dieser Anlage soll in absehbarer Zeit weiteres Gelände für rund fünfzig Kleingärten ausgewiesen werden. Ortsbeirat und Ortsverwaltung müssen freilich nun mit Nachdruck darangehen, die Sache voranzutreiben. Nützlich wäre es in diesem Zusammenhang, wenn sich die Interessenten schon jetzt zu einem Kleingarten-Verein zusammenschließen würden, weil die Stadt eher bereit ist, daß notwendige Gelände aufzukaufen, wenn sie weiß, daß sie es auch verpachten kann. Wer einen solchen Verein mit gründen will, wende sich - möglichst schriftlich - an die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN.

hjm

Aus diesen genannten Gründen wurde auch in der Oktobersitzung ein Änderungsantrag von H. Schrodt (CDU) zum Bebauungsplan "Am grünen Weg", der bereits im Mai diesen Jahres vom Ortsbeirat einstimmig beschlossen wurde, mit 4 Stimmen der SPD bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ein von H. Schindler und A. Olbrich vorgelegter Kompromißantrag, wonach der Magistrat gebeten wird, zu prüfen, ob der südliche Teil des geplanten Gewerbegebietes auch weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden könne solange der nördliche Bereich nicht voll gewerblich genutzt wird, und ob die Anliegerbeiträge für die Dauer der landwirtschaftlichen Nutzung gestundet werden könnten, wurde mit 6 Stimmen gegen 3 Stimmen der CDU angenommen.